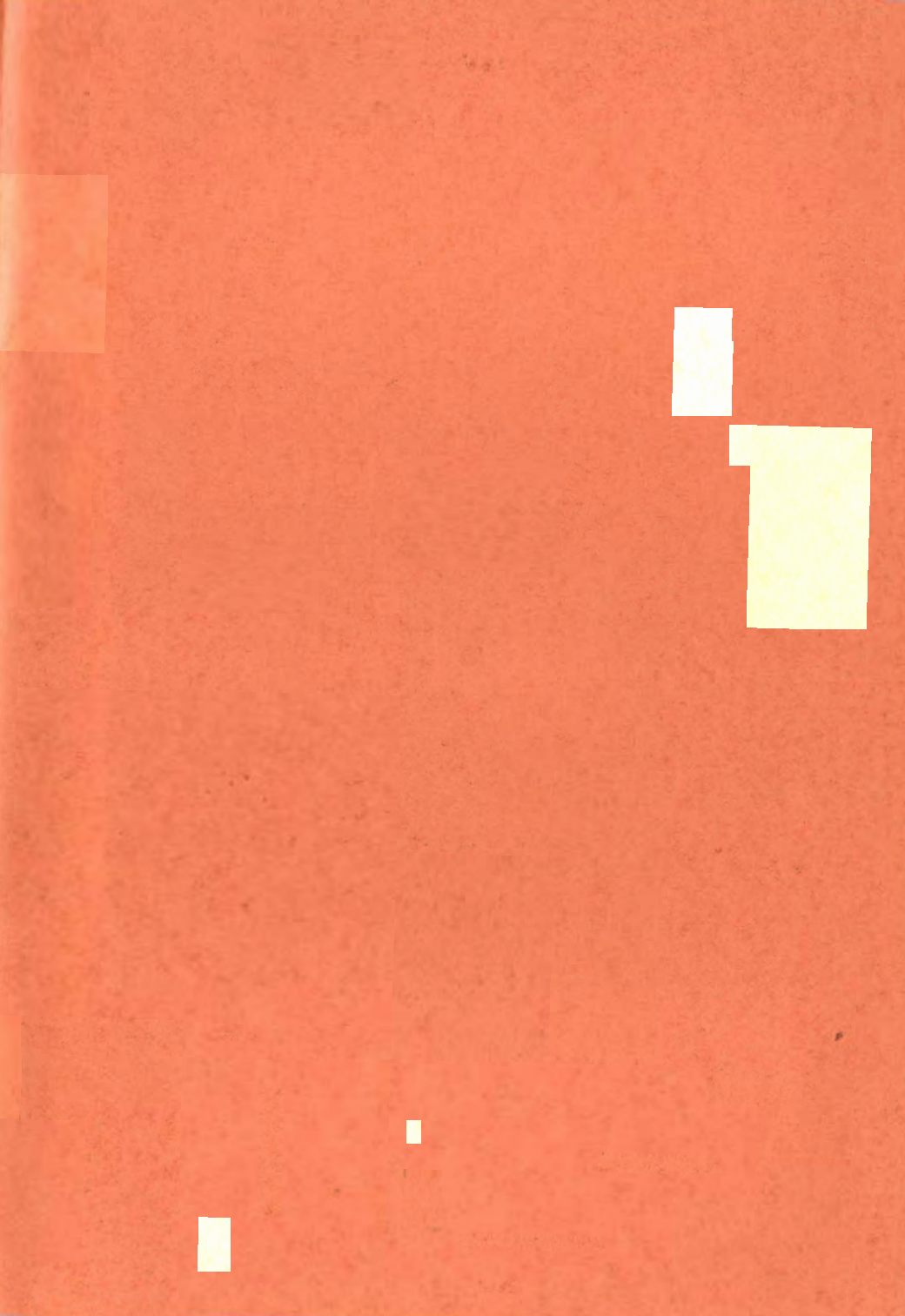


Plattform

der Kommunistischen Partei
Deutschlands (Opposition)

Beschlossen auf der
dritten Reichskonferenz zu Berlin
Dezember 1930

Herausgegeben
von der Gruppe Arbeiterpolitik



DEZEMBER 1930

Plattform

BESCHLOSSEN AUF DER DRITTEN REICHSKONFERENZ ZU BERLIN

**der
Kommunistischen
Partei
Deutschlands
(Opposition)**

Druckfehlerberichtigung

Seite 9, Frage 14	lies: Extraprofit
„ 10, Zeile 13 v. u.	„ : müssen d a r u m (statt „müssen darin“)
„ 11, „ 9 „ „	„ : bloßgelegt
„ 12, „ 1 bis 3 v. o.	„ : kapitalistische Entwicklung in den Kolonial- und Halbkolonialländern und durch den Ausfall der Sowjetunion aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem
„ 12, „ 22 v. u.	„ : wie nach der Zahl
„ 15, „ 27 „ „	„ : Verteidigung
„ 16, „ 11 v. o.	„ : haben sich aber im Unterschied
„ 27, „ 4 und 5 v. u.	„ : Zentralisation in allen Fragen, die einer einheitlichen Regelung fähig sind, mit der
„ 28, „ 7 v. o.	„ : den die bürgerliche
„ 35, „ 13 „ „	„ : „Einheitsfronttaktik nur von unten“
„ 39, „ 15 „ „	„ : widerzuspiegeln
„ 41, „ 11 „ „	„ : vor allem die Räte
„ 43, „ 20 „ „	„ : ANTWORT: So wenig Illusionen
„ 44, „ 1 „ „	„ : für die Umwandlung in den Bürgerkrieg
„ 46, „ 5 „ „	„ : auf die Worte „ökonomischen Interessen des Monopolkapitals“ folgt der zweite Absatz („Die Zersplitterung“ usw.). Der zweite Teil des ersten Absatzes kommt als zweiter Absatz
„ 47, „ 2 „ „	„ : des Landes wider
„ 48, „ 8 v. u.	„ : noch die der-bürgerlichen Wehrformen
„ 53, „ 23 „ „	„ : 3. Die proletarischen Massenorganisationen
„ 53, „ 22 „ „	„ : a. Gewerkschaften
„ 55, „ 18 „ „	„ : den Räten.
„ 57, „ 9 „ „	„ : den späteren Vorstand
„ 58, „ 11 „ „	„ : gewerkschaftlichen Ersatzorganisationen ermöglichen den Reformisten, die Schuld
„ 63, „ 17 „ „	„ : Mitglieder der großen Gewerkschaften
„ 63, „ 5 „ „	„ : Klasse. Der Teil
„ 66, „ 10 „ „	„ : Vereinsdemokratie entstanden.
„ 66, „ 4 „ „	„ : dem kapitalistischen Staat
„ 68, „ 9 v. o.	„ : innerhalb der Führung, in Korruption
„ 72, „ 20 „ „	„ : Sektionen der Kommunistischen Internationale
„ 72, „ 10 v. u.	„ : 1. Der wachsende Abstand

INHALT

	Seite
Einleitung	3
I. Was ist die Kommunistische Opposition?	5
II. Die Lage und Entwicklungstendenzen des Weltkapitalismus	8
III. Der deutsche Kapitalismus	17
A. Der neue deutsche Imperialismus	17
B. Die Klassen und die Staatsform	19
C. Die politischen Parteien	24
IV. Das Ziel der proletarischen Revolution in Deutschland	27
V. Die Klassenstrategie der proletarischen Revolution in Deutschland	29
VI. Die drei Hauptabschnitte der proletarischen Revolution	31
VII. Die Taktik	33
A. Die allgemeine taktische Linie	33
B. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie	37
C. Revolutionäre Umgangslosungen	38
D. Die Arbeiter- und Bauernregierung	41
E. Inhalt und Formen der Tageskämpfe	42
1. Außenpolitisch und international	42
2. Innenpolitisch	44
3. Die proletarischen Massenorganisationen	53
a) Gewerkschaften	53
b) Genossenschaften	65
c) Sportorganisationen	66
VIII. Die Krise der Kommunistischen Partei und ihre Ueberwindung	68
1. Die Krise der Kommunistischen Partei Deutschlands	68
2. Die Krise der Kommunistischen Internationale	71
Sachregister	76

EINLEITUNG

Am 30. Dezember 1928 konstituierte sich die Kommunistische Opposition auf ihrer Reichskonferenz zu Berlin als geschlossene kommunistische Richtung innerhalb und außerhalb des organisatorischen Rahmens der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Internationale. Bereits dieser Gründungskonferenz lag der Entwurf einer Plattform vor. Der Bericht und die Diskussion darüber bildeten den 3. Punkt der Tagesordnung. Zu diesem ersten Entwurf lagen aus den einzelnen Bezirken zahlreiche Abänderungs- und Ergänzungsanträge vor. Die Konferenz wählte eine besondere Kommission, um auf Grund der Diskussion eine neue Redaktion des Entwurfs vorzunehmen, der dann nochmals allen Bezirken zum gründlichen Studium und zur Diskussion zugehen sollte. Die zweite Reichskonferenz zu Weimar, im November 1929, nahm sodann den erweiterten und verbesserten Entwurf im Prinzip an. Die Bezirke und Ortsgruppen arbeiteten auch den zweiten Entwurf eingehend durch. Eine ausgiebige Diskussion fand in den Bezirken, den Ortsgruppen und in der Presse statt. Eine große Anzahl von Anträgen und Vorschlägen wurden aus den Bezirken, den Ortsgruppen und von einzelnen Genossen eingeschickt. Die 3. Reichskonferenz, die zu Berlin im Dezember 1930 stattfand, führte schließlich die Diskussion der Plattform unter gründlicher Erörterung aller Streitfragen zu Ende und erhob sie nunmehr zum Beschluß.

Aus dieser Entstehungsgeschichte der Plattform geht hervor: sie ist keine der Organisation von oben aufgedrängte und unbesehen hingegenommene Arbeit eines Einzelnen, sondern die gründlich durchberatene, kollektive Arbeit der gesamten Gruppe. Sie ist der Niederschlag nicht nur der bisherigen Arbeit und Erfahrung der Kommunistischen Opposition, sondern auch eines Jahrzehnts des revolutionären Kampfes und von Auseinandersetzungen in der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Internationale, eines Jahrzehnts, das überaus reich war an den verschiedenen Formen und Inhalten des revolutionären Kampfes und an Auseinandersetzungen darüber.

Die Plattform entstand zunächst aus dem Bedürfnis, die taktischen Differenzen der Kommunistischen Opposition mit der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Internationale für die Zwecke der inneren Parteauseinandersetzung herauszuarbeiten und festzulegen. Im weiteren Verlaufe aber wurde sie planmäßig ausgeweitet zu einer möglichst umfassenden und eingehenden Darstellung des

Weges zur proletarischen Revolution in Deutschland. Mit anderen Worten, die Plattform umfaßt die Strategie und Taktik der proletarischen Revolution in Deutschland unter dem Gesichtswinkel der Eroberung der Macht. Sie umfaßt also sowohl die Kritik der gegenwärtigen Strategie und Taktik der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Internationale wie die positive Entwicklung dessen, was die Kommunistische Opposition als die richtige und wahrhafte kommunistische Politik, als die wirkliche Anwendung der Ziele und Grundsätze des Kommunismus auf die konkreten Klassenverhältnisse in Deutschland betrachtet.

Der Plattform liegt also das allgemeine Kommunistische Programm zugrunde, wie es in den grundlegenden Thesen der ersten drei Weltkongresse der Kommunistischen Internationale (1919—1921) in den Grundzügen entwickelt und durch den 6. Weltkongreß (1928) im „Programm der Kommunistischen Internationale“ zusammengefaßt und beschlossen worden ist. Eine bewußte Unterscheidung liegt nur vor in Bezug auf die Frage der revolutionären Uebergangslösungen im taktischen Teil des „Programms der Kommunistischen Internationale“, dessen Formulierung in diesem Programm jedoch eine ultralinke Abweichung darstellt, die im Widerspruch steht zu der Formulierung dieser Frage in den „Thesen zur Taktik“ des 3. Weltkongresses, der noch unter Lenins unmittelbarer Leitung und Mitarbeit stattgefunden hat.

Die Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) ist also mit dem Programm der Kommunistischen Internationale zusammenzunehmen. Sie ist als ein spezieller Ueberbau dazu zu betrachten. Das allgemeine Kommunistische Programm enthält die allgemeine Analyse des Kapitalismus und die allgemeine Darstellung zur Begründung der Grundsätze, Ziele, Strategie und Taktik des Kommunismus. Die Plattform enthält ihre Anwendung auf die konkreten Klassenverhältnisse Deutschlands. Die Kommunistische Opposition erfüllt damit die Aufgabe, die die Exekutive der Kommunistischen Internationale bereits im Jahre 1922 allen ihren Sektionen stellte, und die die offizielle Kommunistische Partei Deutschlands bis heute nicht zu erfüllen imstande war.

Für einige Fragen des taktischen Teils, in denen die Plattform sich auf die Darstellung der grundsätzlichen Gesichtspunkte beschränkte, ist die weitere Ausarbeitung in speziellen Aktionsprogrammen ins Auge gefaßt. Dazu gehören die Fragen der kommunistischen Kommunalpolitik, Agrarpolitik, Kulturpolitik.

Zur bequemeren Uebersicht über die in der Plattform behandelten Gegenstände ist am Schlusse ein alphabetisches Sachregister angefügt worden. Mit dem Erscheinen dieses von der 3. Reichskonferenz der Kommunistischen Opposition zum Beschlusse erhobenen Textes verlieren selbstverständlich die bisher als Manuskript veröffentlichten Texte der Entwürfe (3 Auflagen) ihre Gültigkeit.

Berlin, im Februar 1931.

Die Reichsleitung
der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition).

I. WAS IST DIE KOMMUNISTISCHE OPPOSITION?

1. FRAGE: *Worin unterscheidet sich die Politik der Kommunistischen Opposition von der Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands?*

ANTWORT: Sie unterscheidet sich von ihr nicht durch die Grundsätze und Ziele, sondern durch die Taktik, d. h. durch die Mittel zur Verwirklichung ihrer Grundsätze und Ziele. Nur die Anwendung der richtigen Mittel zur Verwirklichung der kommunistischen Grundsätze und Ziele ist die tatsächliche Gewähr der Grundsatztreue. Umgekehrt muß eine falsche Taktik, d. h. die Anwendung von ungeeigneten Mitteln ihrer Verwirklichung auf die Dauer zur Preisgabe ihrer Grundsätze führen.

2. FRAGE: *Welches sind die entscheidenden Grundsätze und Ziele des Kommunismus?*

ANTWORT: Die entscheidenden Grundsätze des Kommunismus sind folgende:

1. Das Mittel, um die bürgerliche Staatsmaschine, die durch den siegreichen bewaffneten Aufstand der Arbeiterklasse niedergeworfen ist, endgültig zu zerbrechen, um die kapitalistische in die sozialistische Wirtschaftsordnung überzuführen und die Aufhebung der Klassen zu verwirklichen ist die Diktatur des Proletariats.

2. Die Staatsform der Diktatur des Proletariats ist die Räterepublik. Das Ziel des Kommunismus ist die Abschaffung der anarchischen kapitalistischen Wirtschaftsweise durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und ihre Ersetzung durch die planmäßige sozialistische Wirtschaftsordnung, die die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum verwandelt. Die vollentwickelte sozialistische Gesellschaft wird eine klassenlose Gesellschaft sein. Der Staat, d. h. die Zwangsorganisation der herrschenden Klasse, ist in ihr abgestorben.

3. Der bürgerliche Staat ist in allen seinen Formen die Diktatur, d. h. die Gewaltherrschaft des Kapitals. Von der Diktatur des Kapitals zur Diktatur der Arbeiterklasse, der Räterepublik, ist kein friedlicher Uebergang möglich. Die „Verankerung der Räte in der Verfassung“ ist durch die Erfahrung als ein unhaltbarer Widerspruch widerlegt worden. Damit das Proletariat seine Diktatur aufrichten kann, muß es die bürgerliche Staatsmaschine, d. h. den Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse, niederwerfen und zerbrechen. Dies kann nur durch Anwendung von Gewalt geschehen.

Der unmittelbare Kampf des Proletariats um die Errichtung und Aufrechterhaltung seiner Staatsmacht ist deshalb ein erbitterter grausamer Bürgerkrieg. Die Errichtung der proletarischen Staatsmacht kann nur

herbeigeführt werden durch den bewaffneten Aufstand des Proletariats.

4. Im Kampf um die Macht stützt sich die Arbeiterklasse der übrigen Länder auf die internationale Solidarität des Weltproletariats und insbesondere auf die einzige bisher existierende proletarische Staatsmacht — die Sowjet-Union. Die Verteidigung der Sowjet-Union als eines proletarischen Staates, in dem der Sozialismus aufgebaut wird, gegen alle Angriffe ist die unbedingte Pflicht der Arbeiterklasse aller Länder. Die Verteidigung der Sowjet-Union ist ein unerläßlicher Bestandteil des Kampfes des Proletariats um die Macht.

5. Im Kampf um die Macht, sowie zum Aufbau des Sozialismus bedarf das Proletariat der Führung durch eine kommunistische Partei. Die kommunistische Partei ist derjenige Teil der Arbeiterklasse, der ein klares Bewußtsein über die Ziele, Grundsätze und Wege zur proletarischen Revolution besitzt und organisiert für ihre Verwirklichung kämpft. Die Aktion der kommunistischen Partei kann nicht die der Klasse ersetzen. Ihr Zweck ist, das Proletariat als Klasse zur sozialistischen Revolution zu führen.

6. Der organisatorische Grundsatz der kommunistischen Partei ist der demokratische Zentralismus.

7. Die kommunistische Bewegung jedes einzelnen Landes ist der internationalen kommunistischen Bewegung untergeordnet. Diesem Zwecke dient die kommunistische Internationale — die Weltorganisation der kommunistischen Partei.

Der demokratische Zentralismus ist der organisatorische Grundsatz auch der kommunistischen Internationale.

3. FRAGE: *Warum hat sich die kommunistische Opposition in den taktischen Streitfragen nicht den Entscheidungen der führenden Instanzen der Kommunistischen Partei Deutschlands und Kommunistischen Internationale unterworfen?*

ANTWORT: 1. Weil es sich um solche taktischen Fragen handelt, die über die Existenz der kommunistischen Partei entscheiden.

2. Weil diese Entscheidungen einen Bruch mit den taktischen Grundsätzen des Leninismus bedeuten.

3. Weil diese Entscheidungen nicht erfolgt sind auf Grund des demokratischen Zentralismus, d. h. in freier Diskussion der Parteimitgliedschaft im Rahmen der kommunistischen Grundsätze, sondern auf Grund selbstherrlicher Entscheidungen der führenden Körperschaften der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Internationale.

4. FRAGE: *Was ist die Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition) als Organisation?*

ANTWORT: Die Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition) ist keine neue Partei. Sie ist eine organisierte kommunistische Richtung. Die Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition) ist keine neue Partei, weil sie keine anderen Grundsätze und Ziele hat als die des Kommunismus, weil sie nichts anderes bezweckt, als die richtige Anwendung dieser Grundsätze und Ziele in Deutschland und in den anderen Ländern.

5. FRAGE: Was ist das Ziel der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)?

ANTWORT: Das Ziel der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) ist:

1. Die Gewinnung der Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands sowie der Sektionen der Komintern für die richtige kommunistische Taktik: also die Eroberung der Parteimitglieder und der Mitglieder der Kommunistischen Internationale für diese Taktik.

2. Gleichzeitig aber, solange die Partei und die Kommunistische Internationale noch eine falsche Taktik einschlagen, die selbständige Führung der Kämpfe der Arbeiterklasse und die Gewinnung von Anhängern innerhalb der Arbeiterklasse.

3. Wenn die falsche Taktik der Kommunistischen Partei Deutschlands unbegrenzt fortgesetzt wird und dadurch sowohl zur Preisgabe der kommunistischen Grundsätze führt wie die Verbindung der Partei mit der Arbeiterklasse und ihren Aktionen zerstört, so wird die kommunistische Partei Deutschlands (Opposition) zur kommunistischen Partei selbst werden. Die kommunistische Opposition ist sich klar bewußt, daß in einem Lande nur eine kommunistische Partei existieren kann. Die offiziellen Instanzen spalten die kommunistische Bewegung. Die kommunistische Opposition will die Kommunistische Partei Deutschlands retten und stärken.

6. FRAGE: Was unterscheidet die Kommunistische Partei Deutschlands und daher auch die Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition) grundsätzlich von der Sozialdemokratie?

ANTWORT: 1. Die Sozialdemokratie steht auf dem Boden des bürgerlichen Staates, der bürgerlichen Demokratie, und daher auch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

2. Die Sozialdemokratie behauptet die Möglichkeit eines allmählichen friedlichen Ueberganges zum Sozialismus im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Republik und mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, vor allem dem allgemeinen Stimmrecht.

3. Da die Sozialdemokratie den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Wirtschaftsordnung schützt, unterdrückt sie tatsächlich den Klassenkampf der Arbeiter. Sie betreibt eine Politik der Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Klasse, den bürgerlichen Parteien und den kapitalistischen Unternehmern. Der Klassenkampf ist bei ihr nur eine Phrase, in Wirklichkeit steht sie auf dem Boden der Klassenharmonie. Der Ausdruck der Klassenharmonie auf politischem Gebiet ist die Koalitionspolitik, die offen oder versteckt sein kann („Tolerierung“), auf wirtschaftlichem Gebiet die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmer, der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie.

4. Die Sozialdemokratie verwirft die gewaltsame, bewaffnete Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse. Dagegen unterstützt sie die bürgerliche Gewaltanwendung gegen die Arbeiterklasse.

5. Die Sozialdemokratie ordnet ihre auswärtige Politik der der Bourgeoisie ihres Landes unter.

Eine revolutionäre proletarische Internationalität ist daher auf dem Boden der Sozialdemokratie nicht möglich.

6. Die Sozialdemokratie hat somit grundsätzlich mit den Lehren des revolutionären Marxismus gebrochen. Sie ist eine bürgerliche Arbeiterpartei.

7. *FRAGE: Wie verhält sich die Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition) zur Sozialdemokratie?*

ANTWORT: Die Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition) steht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der schärfsten unüberbrückbaren, grundsätzlichen Gegnerschaft gegenüber. Ihr Ziel ist die Ueberwindung des Reformismus in der Arbeiterklasse und damit die Vernichtung der sozialdemokratischen Partei.

8. *FRAGE: Worauf sind die taktischen Anschauungen der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) begründet?*

ANTWORT: 1. Auf dem Festhalten an lebenswichtigen Grundsätzen der kommunistischen Taktik, die von Lenin begründet und theoretisch festgelegt, die aber seit dem 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale von der Kommunistischen Partei aufgegeben worden sind.

2. Auf der Beurteilung der gegenwärtigen Lage und Entwicklungstendenzen des Weltkapitalismus im allgemeinen und des deutschen Kapitalismus im besonderen.

Die Taktik der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) ist die Anwendung der Grundsätze des Kommunismus auf die Lage des internationalen Klassenkampfes sowie des Klassenkampfes in Deutschland.

II. DIE LAGE UND DIE ENTWICKLUNGSTENDENZEN DES WELTKAPITALISMUS

9. *FRAGE: In welchem geschichtlichen Stadium des Kapitalismus befinden wir uns?*

ANTWORT: Im Zeitalter des Imperialismus, der das letzte Stadium des Kapitalismus ist; d. h. das Stadium, in dem der Niedergang des Kapitalismus im Weltmaßstab einsetzt.

10. *FRAGE: Welches sind die wichtigsten allgemeinen Merkmale des Imperialismus?*

ANTWORT: Die wichtigsten Merkmale des Imperialismus sind nach Lenin:

1. Eine Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie die für das Wirtschaftsleben entscheidenden Monopole schafft.

2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und — auf der Basis dieses „Finanzkapitals“ — Entstehung einer Finanzoligarchie (Herrschaft einer Handvoll von Trust- und Bankmagnaten).

3. Der Kapitalexport im Unterschied zum Warenexport gewinnt besonders wichtige Bedeutung.

4. Es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen.

5. Die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.

Der Imperialismus ist Kapitalismus auf einer Entwicklungsstufe, auf der die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport eine hervorragende Bedeutung gewonnen, die Verteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde unter die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.

11. FRAGE: Was ist Monopolkapital?

ANTWORT: Monopolkapital beruht auf der vollständigen oder überwiegenden Ausschaltung der Konkurrenz in bestimmten Wirtschaftszweigen oder Teilen von Wirtschaftszweigen in einem Lande oder in mehreren Ländern dadurch, daß die Betriebe in diesen Wirtschaftszweigen zu einem kapitalistischen Ganzen (Trust) zusammengefaßt werden, oder daß kapitalistische Unternehmungen Verabredungen über Preise, Produktionsumfang, Art der produzierten Waren, Verteilung der Märkte usw. miteinander treffen (Kartelle, Syndikate).

Der monopolistische Zusammenschluß des Kapitals, der seinen Ausgangspunkt in der Industrie und dem Bankwesen nahm, greift mehr und mehr über in das Verkehrswesen und in die Warenzirkulation (Groß- und Einzelhandel). Auch die nicht monopolisierten Wirtschaftszweige, wie insbesondere die Landwirtschaft, werden mehr und mehr dem Kommando des Finanzkapitals unterworfen, das die Kreditzufuhr für sie regelt, ihnen Preise, Frachttarife etc. vorschreibt.

12. FRAGE: Welches ist die wirtschaftliche Hauptwirkung des Monopolkapitals?

ANTWORT: Die Kapitalmonopole erzielen höhere Profitsätze als die nicht monopolisierten Wirtschaftszweige — monopolistische Extraprofite.

13. FRAGE: Aus welcher Quelle stammt der monopolistische Extraprofit?

ANTWORT: 1. Daraus, daß die monopolisierten Wirtschaftszweige Teile des Profits der nichtmonopolisierten Wirtschaftszweige an sich reißen.
2. Durch die Aneignung eines Teils der Mehrarbeit der einfachen Warenproduzenten (Kleinbauern, Handwerker, Kleinhändler).

3. Durch die Aneignung eines Teils des Arbeitslohnes der Arbeiterklasse, indem ihre Arbeitskraft unter Wert bezahlt und der industrielle Lebensbedarf ihr über dem Wert verkauft wird.

Die kapitalistischen Monopole erzielen auch Extraprofite durch die Monopolisierung technischer Erfindungen.

14. FRAGE: Wie erzielt das Monopolkapital seinen Extraprofit?

ANTWORT: Durch seine Monopolpreise.

Die Monopolpreise sind durchschnittlich höher als die der nichtmonopolisierten Wirtschaftszweige.

Die Monopole gebrauchen zeitweilig das Mittel der Preisunterbietung gegen Außenseiter. Die kapitalistischen Monopole bewirken keine Durchbrechung des Wertgesetzes, sie greifen nur ein in die Verteilung des nationalen oder internationalen Gesamtmehrwertes.

15. FRAGE: *Führt das Monopolkapital eine planmäßige Regelung der Produktion durch, vermag es die kapitalistische Anarchie auszuschalten?*

ANTWORT: 1. Das Monopolkapital unterzieht jeweils nur einzelne Wirtschaftszweige oder Teile von Wirtschaftszweigen eines Landes oder mehrerer Länder einer planmäßigen Regelung der Produktion.

2. Es vermag eine planmäßige Regelung weder des nationalen noch des Weltmarktes durchzuführen. Das Monopolkapital hebt die bisherige kapitalistische Konkurrenz nur auf, um sie in neuen Formen auf erhöhter Stufenleiter mit verschärften Mitteln von neuem zu erzeugen:

a) Innerhalb der einzelnen Monopole werden hartnäckige Kämpfe um die Produktions- und Absatzquoten geführt, die besonders in Zeiten von Wirtschaftskrisen zur Sprengung von Monopolen führen;

b) Die einzelnen Monopole bekämpfen einander sowohl im Rahmen des einzelnen kapitalistischen Landes als auch auf dem Weltmarkt.

Diese monopolistischen Konkurrenzkämpfe sind häufig mit scharfen innen- oder außenpolitischen Konflikten, Krisen und gewaltsamen Zusammenstößen verbunden.

Ein Ultraimperialismus, d. h. die dauernde Unterwerfung der gesamten Welt unter die Herrschaft eines einzigen kapitalistischen Monopol ist theoretisch wie praktisch unmöglich.

„Unter kapitalistischen Verhältnissen ist eine andere Grundlage für die Verteilung der Interessen- und Einflusssphären der Kolonien usw. als die Kraft der daran beteiligten, ihre allgemein wirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Kraft undenkbar. Die Kräfteverhältnisse der daran Beteiligten aber ändern sich ungleichmäßig, denn eine gleichmäßige Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Trusts, Industriezweige und Länder kann es im Kapitalismus nicht geben. . . . „Imperialistische“ oder „ultraimperialistische“ Bündnisse einerlei in welcher Form diese Bündnisse auch geschlossen werden, ob in Form einer imperialistischen Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition oder in Form eines allgemeinen Bündnisses aller imperialistischen Mächte — müssen darin unvermeidlich nur „Atempausen“ zwischen Kriegen sein.“ (Lenin).

Das Monopolkapital hebt also die Planlosigkeit weder im nationalen noch im internationalen Rahmen auf. Es schränkt sie nur in Teilen der Wirtschaft ein, verschärft sie aber dafür im Ganzen.

16. FRAGE: *Hebt das Monopolkapital die Möglichkeit der Wirtschaftskrisen auf?*

ANTWORT: Nein, weil es die Planlosigkeit der Wirtschaft weder im nationalen noch im internationalen Rahmen aufzuheben vermag.

17. FRAGE: *Wie wirken die teilweisen Regulierungen der Produktion durch das Monopolkapital?*

ANTWORT: Die teilweisen Regulierungen der Produktion durch das Monopolkapital bewirken, daß eine Reihe von wirtschaftlichen Erschei-

nungen, die früher für die Zeit der akuten Wirtschaftskrisen kennzeichnend waren, nunmehr alle Phasen des Wirtschaftszyklus begleiten, d. h. chronisch werden. Bei fallender Nachfrage, bei absteigender Konjunktur schränkt das Monopolkapital die Produktion ein, es schließt Betriebe und ruft Massenarbeitslosigkeit hervor. Es hemmt aber gleichzeitig den Preisfall. Auch bei aufsteigender Konjunktur greift das Monopolkapital zuweilen zu Produktionseinschränkungen, um durch künstliche Einschränkung des Angebots die Preise in die Höhe zu treiben.

Die kapitalistischen Monopole hemmen und unterbinden also die Kräfte, die bei freier kapitalistischer Konkurrenz die Selbstregulierung der kapitalistischen Wirtschaft, die zeitweiligen Lösungen der Krisen, also die Schaffung der Voraussetzungen für neue Konjunkturaufschwünge bewirken.

18. FRAGE: Wie wirken also die kapitalistischen Monopole auf die allgemeinen Wirtschaftskrisen?

ANTWORT: Die kapitalistischen Monopole vermögen den Eintritt von allgemeinen Wirtschaftskrisen zeitweilig zu hemmen, aber nur durch solche Mittel, durch die gewisse Krisenerscheinungen vorweggenommen und zu Dauererscheinungen gemacht werden.

Kommen aber schließlich allgemeine Wirtschaftskrisen zustande, so werden sie um so tiefer und allgemeiner. Sie verwandeln sich in tiefe soziale Krisen und Katastrophen. Sie steigern bei den Kapitalisten die Neigung zu einer gewaltsamen Lösung: sei es durch die gewaltsame Niederwerfung der sich empörenden werktätigen Massen, sei es durch Verstärkung der bürgerlichen Staatsgewalt überhaupt (Faschismus), sei es durch die gewaltsame Erschließung neuer Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Gebiete für Kapitalanlagen, also durch imperialistischen Krieg.

19. FRAGE: Worin unterscheidet sich im allgemeinen der Imperialismus nach dem Weltkrieg von dem Imperialismus vor 1914?

ANTWORT: In der Vorkriegszeit von etwa 1890 bis 1914, wurden die dem Imperialismus im allgemeinen innewohnenden Tendenzen zur Zersetzung und Stagnation, d. h. zum Niedergang des Kapitalismus verdeckt und überwogen durch den stürmischen Aufschwung der Produktivkräfte (imperialistische Sturm- und Drangzeit). Aber gerade dieser stürmische Aufschwung der Produktivkräfte führte zu einer gewaltigen Steigerung der Gegensätze innerhalb des Weltkapitals, die in der Katastrophe des Weltkrieges zum Ausdruck kam.

Der Weltkrieg von 1914 bis 1918 hat die Niedergangstendenzen des imperialistischen Kapitalismus bloßgelegt und verwirklicht.

20. FRAGE: Welches sind die wichtigsten Niedergangerscheinungen des Imperialismus nach dem Weltkrieg?

ANTWORT: 1. Der Widerspruch zwischen den Produktions- und Absatzmöglichkeiten der kapitalistischen Wirtschaft, den der Weltkrieg lösen sollte, ist durch ihn nicht gelöst, sondern verschärft worden. Absolut sind die Produktivkräfte des Weltkapitalismus mächtig gewachsen, dagegen hat der Weltmarkt sich nicht nur nicht im selben Tempo erweitert, er hat sich relativ im Vergleich zum Wachstum der Produktivkräfte

verengert. (Vor allem durch die kapitalistische Entwicklung in Kolonial- und Halbkolonialländern und durch den Ausfall der Sowjet-Union als Bestandteil des kapitalistischen Wirtschaftssystems).

Die Folge des Mißverhältnisses zwischen den Produktions- und Absatzmöglichkeiten ist eine ständige und umfangreiche Brachlegung lebender und toter Produktivkräfte. Selbst in Zeiten der Hochkonjunktur gibt es Millionen von Arbeitslosen und wird die Produktionskapazität der Industrie nicht voll ausgenutzt.

2. Die parasitären Erscheinungen im Kapitalismus sind gewachsen. Die wichtigsten sind:

- a) die Kriegstribute;
- b) Herausbildung neuer kapitalistischer Rentnerschichten, z. B. abgefundene Inhaber stillgelegter Betriebe;
- c) gesteigerter Bank- und Finanzwucher.

3. Die Agrarkrisen, die in der Nachkriegszeit besonders umfangreich und anhaltend geworden sind. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion stößt besonders scharf auf die Schranken des kapitalistischen Privateigentums.

4. Die Widersprüche des Kapitalismus werden durch das weitere Fortschreiten der monopolistischen Zusammenfassung der großen Kapitale gesteigert. Das Monopolkapital beherrscht die Wirtschaft der wichtigsten kapitalistischen Länder. Dabei ist die höchste Form des Monopols, die Trustform, absolut wie relativ gewaltig fortgeschritten. Der Umfang der nationalen und internationalen kapitalistischen Monopole hat sich riesig erweitert, sowohl nach der Größe der zusammengefaßten Kapitale, nach ihrem territorialen Wirkungsbereich und nach der Zahl der von den Monopolen erfaßten Wirtschaftszweige.

21. FRAGE: *Welches sind die Hauptetappen in der Entwicklung des Kapitalismus nach dem Weltkriege?*

ANTWORT: 1. Die Nachkriegskrise, die von dem ersten offenen Ausbruch der Weltrevolution begleitet war. Die Nachkriegskrise äußerte sich in der absoluten Verminderung der Produktion, in dem Rückgang des Welthandels, der Zerrüttung des internationalen Kreditwesens und dem Zusammenbruch der Währungen in einer Reihe von Ländern. Der erste offene Ausbruch der Weltrevolution führte zur Errichtung der proletarischen Diktatur in der Sowjet-Union. In Mitteleuropa wurden die beginnenden proletarischen Revolutionen mit Hilfe der Sozialdemokratie niedergeschlagen. Die bürgerliche Konterrevolution führte hier aber die noch nicht gelösten Aufgaben der bürgerlichen Revolution mehr oder weniger zu Ende. (Deutschland, Oesterreich, Tschechoslowakei, Polen.)

Der erste offene Ausbruch der Weltrevolution wurde abgeschlossen durch die Ueberwindung der Nachkriegskrise und der Wiederbefestigung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie in allen Ländern außerhalb der Sowjet-Union.

Den Abschluß der ersten Etappe der Weltrevolution bildet in Europa die Ueberwindung der Inflationskrise in Deutschland 1923—24; in Asien

die Niederwerfung der revolutionären Arbeiter und Bauern durch die chinesische Bourgeoisie (1927).

2. Die sogenannte Stabilisierung des Kapitalismus. Sie beruht auf der Ueberwindung der Nachkriegskrise und der Wiederbefestigung der erschütterten politischen Herrschaft der Bourgeoisie.

Die sogenannte Stabilisierung des Kapitalismus ist also keine nur wirtschaftliche Erscheinung. Sie umfaßt sowohl die politische als die wirtschaftliche relative Wiederbefestigung des Kapitalismus. Die relative Stabilisierung ist nur ein Abschnitt in der allgemeinen Niedergangsperiode des Kapitalismus. Die Feststellung des allgemeinen Niedergangs des Kapitalismus bedeutet aber nicht, daß der Kapitalismus in jedem einzelnen Lande oder in allen Ländern gleichmäßig im Niedergang begriffen ist. Vielmehr erfolgt ebensowohl der Niedergang des Kapitalismus ungleichmäßig in den einzelnen Ländern — wie sein Aufstieg ungleichmäßig vor sich gegangen ist. Z. B. hat der Niederbruch des Kapitalismus in Europa seinen Aufstieg in Nordamerika zur Folge gehabt. Vor der Menschheit steht die Frage: Entweder Fortgang durch die Weltrevolution zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei durch die Vernichtung aller bisherigen menschlichen Errungenschaften.

22. *FRAGE: Wann wird die relative Stabilisierung des Kapitalismus beendet sein?*

ANTWORT: Sie wird beendet sein durch einen neuen Ausbruch der Weltrevolution, d. h. dadurch, daß die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten wieder zum unmittelbaren Angriff gegen die Herrschaft des Kapitals vorgehen.

Dieser zweite Ausbruch der Weltrevolution steht unvermeidlich bevor. Die revolutionären Kämpfe in Indien und China zeigen, daß die Weltrevolution im Osten bereits weitergeht.

23. *FRAGE: Welches sind die objektiven Voraussetzungen für einen neuen Ausbruch der Weltrevolution?*

ANTWORT: Die objektiven Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des unmittelbaren Kampfes um die Macht, d. h. für eine neue akut revolutionäre Situation, können geschaffen werden durch Wirtschaftskrisen oder Kriege.

24. *FRAGE: Bedeutet eine Wirtschaftskrise an sich schon das Ende der sogenannten Stabilisierung?*

ANTWORT: Sie bedeutet es nur dann, wenn die Arbeiterklasse die durch sie geschaffenen objektiven revolutionären Möglichkeiten ausnützt zum Sturz der Kapitalsherrschaft.

Es gibt für die Bourgeoisie keine ausweglose Situation. Wenn die Arbeiterklasse versagt, dann wird die Bourgeoisie die Wirtschaftskrise auf Kosten der Werktätigen überwinden, unter bestimmten Umständen durch den Sieg der äußersten Konterrevolution.

25. FRAGE: Ist es richtig, von einer besonderen „dritten Periode zu sprechen wie das die Kommunistische Interdes Nachkriegskapitalismus“, die seit 1927 datiert, nationale tut?

ANTWORT: Es ist nicht richtig. Die Annahme einer dritten Periode beruht nicht auf einer wirklichen Analyse des Weltkapitalismus, sondern auf einer schematischen Uebertragung der Hauptetappen des sozialistischen Aufbaus der Sowjet-Union auf die kapitalistischen Länder. In der Entwicklung der Wirtschaft der Sowjet-Union werden folgende drei Hauptetappen unterscheiden:

- a) die Periode des Kriegskommunismus;
- b) die Wiederaufbauperiode, in der es sich darum handelte, die alten Betriebe wieder in Gang zu setzen und den Stand der Vorkriegsproduktion wieder zu erreichen.
- c) die Rekonstruktionsperiode, in der die Produktion auf Grund der Schaffung neuer Betriebe erweitert wird

Die Uebertragung dieser Perioden auf die Entwicklung der kapitalistischen Länder ist falsch,

- a) weil es überhaupt falsch ist die kapitalistische Wirtschaft nach dem Beispiel des sozialistischen Aufbaus zu beurteilen;
- b) weil in den kapitalistischen Ländern im allgemeinen keine solche Zerstörung des Produktionsapparates stattgefunden hat, wie in der Sowjet-Union während des Bürgerkrieges und
- c) weil in den kapitalistischen Ländern der Vorkriegsstand der Produktion bereits auf der Grundlage der Erneuerung des Produktionsapparates erreicht wurde.

Auch die Behauptung, daß eine besondere dritte Periode der Erschütterung der Stabilisierung angenommen werden müsse ist irreführend:

- a) wird dadurch der Eindruck erweckt, als ob die kapitalistische Stabilisierung keine Widersprüche und Erschütterungen kenne;
- b) dient diese Annahme zur Begründung der These von dem unmittelbar bevorstehenden revolutionären Aufschwung, der unmittelbar bevorstehenden Revolution, die von der Kommunistischen Internationale fortwährend angekündigt werden. In Wirklichkeit hängt es von der Aktivität der Arbeiterklasse und der richtigen Politik der Kommunistischen Parteien ab, ob die objektiven revolutionären Möglichkeiten wirklich zu einem revolutionären Aufschwung und zum Machtkampf führen. Nutzt also die Arbeiterklasse die objektiven Möglichkeiten nicht aus, dann geht die Erschütterung der Stabilisierung vorbei und damit auch die dritte Periode, die nach den Behauptungen der Kommunistischen Internationale die unmittelbare Vorstufe der Revolution ist. Die schädliche praktische Wirkung der Konstruktion der dritten Periode besteht darin, daß die Kommunistischen Parteien von ihrer Aufgabe abgelenkt werden die organisatorischen und politischen Vorbereitungen zum Kampf um die Macht durchzuführen. Die Folgen davon sind Putschismus oder Passivität

26. FRAGE: Wie ändert sich die Form der bürgerlichen Herrschaft im niedergehenden Kapitalismus?

ANTWORT: 1. In Zeiten des revolutionären Ansturms der Arbeiterklasse sammelt sich in der Regel die bürgerliche Konterrevolution auf dem Boden der Demokratie. (Deutschland, Oesterreich). Sie tut das hauptsächlich zu dem Zweck, um das Kleinbürgertum von der Arbeiterklasse und die Arbeiterklasse in sich selber zu spalten. In solchen Zeiten ist der Reformismus die Hauptstütze der bürgerlichen Herrschaft.

2. In dem Maße, wie die Schwierigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft zunehmen und andererseits die Passivität der Arbeiterklasse das Angriffsfeld der Bourgeoisie erweitert, wachsen die faschistischen Tendenzen innerhalb der Bourgeoisie. Der Faschismus tritt dort auf, wo die Bourgeoisie nicht mehr im Stande ist, größere Massen durch materielle Zugeständnisse an ihre Herrschaft zu fesseln; sondern im Gegenteil, ihre Profitwirtschaft nur durch eine radikale Herabdrückung der Lebenshaltung der Werktätigen aufrecht zu erhalten vermag: wo ferner die Bourgeoisie bereits die unmittelbare Gefahr der proletarischen Revolution vor Augen sah und deshalb einen zeitweiligen Niedergang der Arbeiterbewegung ausnützt zu einem Bürgerkrieg, einer gewaltsamen Niederwerfung der Arbeiterklasse, die künftigen revolutionären Erhebungen vorbeugen soll.

3. Der Faschismus ist die offene, aber indirekte Diktatur der Bourgeoisie. Der Faschismus ersetzt die bürgerliche Demokratie durch die direkte Gewaltherrschaft besonderer Partei- und militärischer Organisationen von vorwiegend kleinbürgerlicher Zusammensetzung. Der Klasseninhalt der Politik des Faschismus ist die Verteidigung der kapitalistischen Ordnung durch Zerstörung der proletarischen Partei- und Massenorganisationen, durch die gewaltsame Unterdrückung aller Regungen des proletarischen Klassenkampfes, durch die Aufrichtung des Organisationsmonopols für die faschistischen Organisationen. Der bürgerliche Staatsapparat unter faschistischer Herrschaft beruht auf der Verselbständigung der Exekutivgewalt und der Unterordnung der gesamten gesellschaftlichen Organisationen unter sie.

Auch die bürgerliche Demokratie ist eine Gewaltherrschaft der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Das Kennzeichen des Faschismus ist nicht die Gewalt als solche, sondern die Erweiterung des Umfanges und die Ständigkeit ihrer Anwendung.

Der Faschismus ist also die zugespitzteste, gewaltsamste und „prostituierteste“ Form der bürgerlichen Klassenherrschaft. Auch ihm, wie der bürgerlichen Demokratie, liegt der Widerspruch zwischen den wirklichen Klasseninteressen der Teile des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse, die zwangsweise oder freiwillig die Träger des Regimes bilden und den Interessen des Großkapitals und Großgrundbesitzes zugrunde.

Die Entfaltung und Verschärfung der grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus muß auch diese Form der bürgerlichen Klassenherrschaft schließlich sprengen, sei es, daß der innere Klassenkampf, sei es, daß ein imperialistischer Krieg den Anstoß dazu gibt.

Der Faschismus ist eine internationale Erscheinung der Niedergangsperiode des Kapitalismus. Da aber dieser Niedergang in den verschiedenen Ländern ungleichmäßig vor sich geht, tritt auch der Faschismus nicht in allen Ländern gleichzeitig und gleichmäßig auf.

27. FRAGE: Welches ist der allgemeine Charakter der heutigen imperialistischen Gegensätze und wohin treiben sie?

ANTWORT: 1. Das Ergebnis des Weltkrieges ist eine neue imperialistische Weltaufteilung. Der Weltgegensatz zwischen dem englischen und deutschen Imperialismus, der zum Kriege führte, ist durch die Niederlage des letzteren aufgehoben worden. An seine Stelle sind aber neue imperialistische Gegensätze getreten, hervorgerufen durch den Gegensatz zwischen der neuen imperialistischen Weltverteilung und den veränderten ökonomischen und finanziellen Kräfteverhältnissen der imperialistischen Hauptmächte.

Die neuen imperialistischen Gegensätze haben sich aber im Gegensatz zu den letzten Jahren vor dem Kriege noch nicht fixiert, ein beherrschender, fester imperialistischer Gegensatz hat sich noch nicht herausgebildet. Die imperialistischen Gruppierungen sind noch unfest.

2. Innerhalb des kapitalistisch-imperialistischen Weltsystems hat sich die erste proletarische Staatsmacht — die Sowjet-Union — aufgerichtet und behauptet.

3. Der Gegensatz der Kolonialvölker oder der Halbkolonialvölker zu den imperialistischen Ausbeutermächten ist in ein neues verschärftes Stadium getreten (China, Indien, Niederländisch-Indien, Türkei, Arabien usw.).

4. Es ist bereits zu Teilbündnissen einzelner Staaten gegen die USSR. gekommen (z. B. Frankreich-Polen, Polen-Rumänien). Eine allgemeine Weltkoalition gegen die USSR. hat sich noch nicht herausgebildet. Die revolutionäre Arbeiterklasse hat die Pflicht, alle Schritte bürgerlicher Regierungen in dieser Richtung sorgfältig zu beobachten und energisch zu bekämpfen.

5. Die gegenwärtigen imperialistischen Gegensätze treiben geschichtlich einem neuen gewaltsamen Lösungsversuch, einem zweiten imperialistischen Weltkrieg entweder unter den imperialistischen Staaten oder gegen die Sowjet-Union zu.

28. FRAGE: Welche Rolle spielt der Pazifismus der Bourgeoisie und der Reformisten bei den imperialistischen Kriegsvorbereitungen?

ANTWORT: Die pazifistische Ideologie dient der Maskierung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Die Reformisten, die die eifrigsten Verfechter dieser Ideologie sind, wirken heute bereits bei den Kriegsvorbereitungen mit (Gesetz Paul-Boncour in Frankreich, Panzerkreuzerbau in Deutschland usw.).

Die verschiedenen Antikriegspakte (Kellog-Pakt, Locarno-Vertrag, Völkerbundssatzung usw.) sind keine wirksamen Hemmnisse für den Ausbruch des imperialistischen Krieges. Im Gegenteil, sie sind Instrumente nicht des Friedens, sondern des Krieges. Aber sie stellen die propagandistische Kriegsvorbereitung in den Massen auf einen neuen Fuß. Sie sind die Instrumente, um die Kriegshetze mit den Mitteln des Pazifismus, und das heißt, umso wirksamer zu führen. Der imperialistische Gegner wird durch den Apparat, den diese Abkommen geschaffen haben, als Störer des Weltfriedens hingestellt und die Kriegführung gegen den

Gegner als völkerrechtliche Verpflichtung und als moralische Pflicht hingestellt.

Die erste Probe für diese neue Art der ideellen imperialistischen Kriegsvorbereitung bot der Konflikt zwischen China und der Sowjet-Union um die ostchinesische Bahn.

29. FRAGE: *Was ist das Neue in einem künftigen imperialistischen Weltkrieg?*

ANTWORT: 1. Die gewaltige Steigerung der Wirksamkeit der maschinellen und chemischen Vernichtungsmittel (z. B. Gase).

2. Die Nutzbarmachung der gesamten Industrie für den Krieg.

3. Die Einbeziehung der gesamten Zivilbevölkerung in den Kriegsdienst, sei es für unmittelbar militärischen Dienst, sei es für Verwendung in der Kriegsindustrie.

4. Die Herausbildung von Spezialtruppen, von Berufssoldaten, die militärtechnisch hochqualifiziert und gleichzeitig nach dem Gesichtspunkt besonderer kapitalistischer Zuverlässigkeit ausgelesen und ausgebildet worden sind.

5. Die Bekämpfung des Gegners nicht nur an der Front, sondern auch im Hinterland, vor allem den Industrie- und Verkehrszentren.

30. FRAGE: *Ist ein zweiter imperialistischer Weltkrieg unvermeidlich?*

ANTWORT: Nur in dem Sinne, daß er notwendig eintreten muß, wenn nicht zuvor die Weltrevolution einen entscheidenden Sieg davongetragen hat.

III. DER DEUTSCHE KAPITALISMUS

A. Der neue deutsche Imperialismus

31. FRAGE: *Welches sind die wirtschaftlichen und politischen Grundlagen des neuen deutschen Imperialismus?*

ANTWORT: Deutschland ist wieder ein imperialistisches Land, weil die Bourgeoisie hier, wo die ökonomischen Grundlagen für den Imperialismus bestehen blieben, einstweilen über die Arbeiterklasse gesiegt hat und daher imstande ist, wieder tatsächlich imperialistische Ziele zu verfolgen. Die Politik, die der Durchsetzung dieser neuen imperialistischen Ziele dient, macht den „neuen deutschen Imperialismus“ aus.

Die wirtschaftliche Hauptgrundlage des neuen deutschen Imperialismus ist die relative Stabilisierung des deutschen Kapitalismus, die auf der Grundlage einer gewaltigen Steigerung der kapitalistischen Zentralisation, einer weit höheren Ausbildung des Monopolkapitals erfolgte, als sie vor dem Kriege vorhanden war.

32. FRAGE: *Welche Rolle spielen die kapitalistischen Monopole im heutigen Deutschland?*

ANTWORT: Die kapitalistischen Monopole spielen die beherrschende Rolle in der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands.

1. Der Kapitalumfang der einzelnen kapitalistischen Monopole ist vergrößert.
2. Neben die Riesenmonopole in der Schwerindustrie sind die der chemischen Industrie getreten, der Elektrizitätsindustrie usw.
3. Monopole beherrschen heute ebenfalls die Fertigungindustrie und den Handel.
4. Unter den verschiedenen Formen der kapitalistischen Zentralisation ist ihre höchste Form, die Trustform herrschend geworden. Der Trust beruht auf einheitlicher kapitalistischer Leitung der von ihm zusammengefaßten Betriebe.

33. FRAGE: Welches sind die allgemeinen Ziele des neuen deutschen Imperialismus?

ANTWORT: Abbau und Beseitigung der Bestimmungen des Versailler Vertrags und zwar:

- a) die volle Rüstungsfreiheit,
- b) die Reduzierung und schließliche Beseitigung der auswärtigen Schuld,
- c) Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen, namentlich im Osten,
- d) der Anschluß Oesterreichs,
- e) Erwerb von imperialistischen Einflußsphären und Kolonien.

34. FRAGE: Welcher Mittel bedient sich die deutsche Bourgeoisie zur Erreichung dieser Ziele?

ANTWORT: Die wichtigsten Mittel sind:

1. Die Ausnützung der Gegensätze der imperialistischen Mächte untereinander, vor allem des englisch-französischen und des amerikanisch-englischen.
2. Die Ausnützung des Gegensatzes zwischen den imperialistischen Großmächten einerseits und der Sowjet-Union andererseits.

35. FRAGE: Was hat der neue deutsche Imperialismus bereits erreicht?

ANTWORT: 1. Eine Festsetzung der äußeren Kriegsschuld (Dawes-Plan, Young-Plan).

2. Die Räumung der besetzten Gebiete.
3. Die Aufnahme in den Völkerbund, d. h. die Teilnahme an der Behandlung der imperialistischen Weltfragen.
4. Die teilweise Wiederherstellung der vollen Souveränität (Steuer- und Finanzhoheit).

36. FRAGE: Kann der neue deutsche Imperialismus seine Ziele auf friedlichem Wege erreichen?

ANTWORT: Nein. Er gebraucht einstweilen friedlich-diplomatische Mittel, er propagiert die allgemeine Abrüstung, um die Gleichberechtigung zur Aufrüstung für sich zu erlangen, er spielt den Vorkämpfer der

nationalen Minderheiten und der unterdrückten Nationen usw. Aber er kann mit der vollen Beseitigung des Versailler Vertrages, der vollen imperialistischen Aufrüstung, der aktiven Teilnahme an einer neuen imperialistischen Weltverteilung nur rechnen im Gefolge eines neuen imperialistischen Krieges. Der neue deutsche Imperialismus bereitet sich für neuen imperialistischen Krieg vor.

37. FRAGE: *Worin bestehen die Vorbereitungen des neuen deutschen Imperialismus für den imperialistischen Krieg?*

ANTWORT: 1. In der Ausbildung der Reichswehr als eines Kader-Heeres, ihrer höchsten technischen Ausbildung, in der Ausbildung ihrer Mannschafts- und Offiziersbestände nach dem Gesichtspunkt der bürgerlichen Klassenzuverlässigkeit.

2. In der Modernisierung der Kriegsflotte.

3. In der systematischen Förderung der sportlichen und halbmilitärischen Schulung der breitesten Massen.

4. Der staatlichen Förderung und dem Ausbau des Handelsflugwesens.

5. In der besonderen Entfaltung derjenigen Industrien, die für die moderne Kriegführung ausschlaggebend sind (Chemie, Motore usw.).

6. In der systematischen Propaganda einer neuen nationalistischen und imperialistischen Ideologie.

B. Die Klassen und die Staatsform

38. FRAGE: *Wie hat sich im Gefolge der Kriegsniederlage und der Novemberrevolution die Staatsform in Deutschland geändert?*

ANTWORT: Die Novemberrevolution gab zunächst der Arbeiterklasse, den Arbeiter- und Soldatenräten die Macht in die Hand. Die Novemberrevolution war insofern der Beginn der proletarischen Revolution in Deutschland. Aber die Arbeiter- und Soldatenräte gaben sofort die volle Macht preis, indem sie den alten bürgerlichen Staatsapparat unangetastet ließen und sich nur formell, als Kontrolle, an seine Spitze setzten. Das unmittelbare Ergebnis der Novemberrevolution war eine Doppelregierung, Arbeiterrat auf der einen Seite, die Regierung der Volksbeauftragten auf der anderen Seite, von denen der erstere nichts tat, um die wirkliche Macht der Arbeiter zu organisieren und sie sich Schritt für Schritt aus den Händen winden ließ, während die letztere vom ersten Augenblick an gegen den Arbeiterrat konspirierte, alle Kräfte der Konterrevolution um sich versammelte und sich eine feste konterrevolutionäre Militärmacht schuf.

Die Regierung der Volksbeauftragten, formell und scheinbar bis zum 1. Rätekongreß ausführendes Organ des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte, war in Wirklichkeit vom ersten Augenblick an eine versteckte Koalition mit der Bourgeoisie vermittels des bürgerlichen Staatsapparates und der bürgerlichen Militärs.

Auf konterrevolutionärem Wege wurde im Laufe des Frühjahrs 1919 der revolutionäre Teil der Arbeiterklasse niedergeschlagen, der dafür kämpfte, alle Macht den Räten zu verschaffen, die Diktatur des Prole-

tariats aufzurichten, die Kapitalisten zu enteignen und den Aufbau des Sozialismus im Bunde mit Sowjet-Rußland einzuleiten.

Das Ergebnis der siegreichen Konterrevolution war die Errichtung der bürgerlich-demokratischen parlamentarischen Republik, der Abschluß der bürgerlichen Revolution, deren erster Akt die Revolution von 1848 war.

39. FRAGE: *Welche Klasse herrscht in der bürgerlich-demokratischen Republik?*

ANTWORT: In der bürgerlich-demokratischen Republik herrscht ebenso wie in der Monarchie die kapitalistische Klasse. In ihr dominiert das Monopolkapital, seine Interessen bestimmen den Inhalt ihrer inneren wie äußeren Politik.

40. FRAGE: *Inwiefern unterscheidet sich die bürgerliche Republik von der Hohenzollernmonarchie?*

ANTWORT: In der Hohenzollernmonarchie wurde die Regierung ausgeübt vom Junkertum, das die obersten Leiter der Militärmacht und die obersten Spitzen der Verwaltung stellte. Die Großbourgeoisie übte ihre Macht indirekt aus, teils durch Beeinflussung der regierenden Kaste, teils indem sie in diese eintrat.

In der bürgerlichen Republik herrscht die Großbourgeoisie unmittelbar: durch Besetzung leitender Posten der Regierung, durch von ihr abhängige Vertreter in den Parlamenten, durch die Subsidierung der bürgerlichen Parteimaschinen, durch die Konzentration der großen Presse, der Kinos usw. in ihrer Hand. Das Großkapital zieht zur Regierung Teile des Kleinbürgertums und der Arbeiteraristokratie heran. Das bedeutet aber nicht eine Teilung der Macht. Diese kleinbürgerlichen und arbeitendaristokratischen Elemente sind abhängig vom Großkapital, seine ausführenden Organe.

Das Großkapital hat durch die Heranziehung kleinbürgerlicher und arbeitendaristokratischer Elemente in der Regierung und Verwaltung die Massengrundlage seiner Herrschaft verbreitert.

41. FRAGE: *Wessen Interessen sind in der bürgerlichen Republik ausschlaggebend?*

ANTWORT: Wie in der Wirtschaft das Monopolkapital herrscht, so ist auch in der bürgerlichen Republik das Interesse des Monopolkapitals innerhalb der herrschenden bürgerlichen Klasse das Bestimmende.

42. FRAGE: *Was ist die Bedingung dafür, daß die demokratische Republik „normal“ im Sinne des ungestörten Ganges der bürgerlichen Klassenherrschaft funktioniert?*

ANTWORT: Die Bedingung dafür ist, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums der Herrschaft der Großbourgeoisie zustimmt, sie ohne Widerstand über sich ergehen läßt. Dies wird im allgemeinen dann und solange der Fall sein, als diese Klassen, die die große Mehrheit der Bevölkerung bilden, die Herrschaft der Bourgeoisie wirtschaftlich, politisch und kulturell erträglich finden, oder sich zum

Teil von ihr noch Aufstiegsmöglichkeiten erhoffen. Dies setzt voraus, daß die Bourgeoisie bestimmte Zugeständnisse an die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum oder einzelne ihrer Schichten macht.

43. FRAGE: *Wodurch wird die bürgerlich-demokratisch-parlamentarische Staatsform der Herrschaft des Monopolkapitals erschüttert?*

ANTWORT: Durch die Verschärfung der Widersprüche zwischen den Interessen des Kapitals und denen der werktätigen Klassen. Die Verschärfung dieser Widersprüche ist unausbleiblich schon durch den Fortschritt der kapitalistischen Zentralisation, deren Folge die Steigerung der Massenausplünderung durch das Monopolkapital ist. Der Boden für reformistische Politik, d. h. für bestimmte Zugeständnisse an die Arbeiteraristokratie und das Kleinbürgertum wird mehr und mehr eingeschränkt.

Dieser Widerspruch muß besonders scharf hervortreten in Zeiten von Wirtschaftskrisen und überhaupt, wenn das Monopolkapital weitgehende Angriffe auf die Lebenshaltung der werktätigen Klassen unternimmt.

Aus diesen Tatsachen und Tendenzen geht hervor, daß die Grundlagen der bürgerlich-demokratischen Republik in Deutschland keineswegs stabil sind, sondern daß sie durch den Gang der ökonomischen Entwicklung und des Klassenkampfes mehr und mehr verengt, erschüttert und schließlich gesprengt werden müssen. Die vorhandenen Tatsachen und Tendenzen bestätigen den Satz von Marx, daß die bürgerliche Republik nicht die konservative Form der bürgerlichen Klassenherrschaft ist, sondern die Form ihrer Umwälzung.

44. FRAGE: *Wie kann die bürgerliche Demokratie aufgehoben werden?*

ANTWORT: Nach zwei entgegengesetzten Richtungen:

... revolutionärem Wege durch die Arbeiterklasse, indem sie durch die Räterepublik, die Staatsform der proletarischen Diktatur, ersetzt wird. Auf konterrevolutionärem Wege, durch die Großbourgeoisie, durch den Staatsstreich, indem der faschistische Staat an ihre Stelle gesetzt wird.

Die proletarische Revolution bedeutet die Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparates und damit die Aufhebung des bürgerlichen Staates überhaupt. Die faschistische Konterrevolution ist die Verselbständigung der bürgerlichen Exekutivgewalt, die Stärkung des bürgerlichen Staatsapparates, sie bewirkt nur eine Aenderung der Form des bürgerlichen Staates.

45. FRAGE: *Welche Tendenz ist heute in der deutschen Großbourgeoisie vorherrschend?*

ANTWORT: Zu Beginn der Stabilisierung sprach sich das Monopolkapital für die bürgerliche Republik aus. Es war dies das Mittel, um die durch die Inflationskrise empörte Arbeiterschaft zu spalten und das Kleinbürgertum auf die großkapitalistische Seite herüberzuziehen. So schuf sich zunächst die deutsche Großbourgeoisie eine breite Massengrundlage für ihre Herrschaft. Sie war begründet auf der Hoffnung des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft, daß durch die Stabili-

sierung ein neuer wirtschaftlicher Aufstieg herbeigeführt würde und daß beide Klassen im Stande wären, an diesem Aufstieg teilzunehmen.

Inzwischen aber enthüllte sich mehr und mehr das wahre Gesicht der Stabilisierung, ihre Widersprüche entfalteten sich, die Enttäuschung in der Arbeiterklasse und im Kleinbürgertum wuchsen.

Gleichzeitig aber geht die Großbourgeoisie zu einem offenen ökonomischen und politischen Angriff auf die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum über, um die Voraussetzungen für neue Eroberungen auf dem Weltmarkt zu schaffen (Angriff auf die Sozialpolitik, die Steuer- und Zollgesetzgebung, Aufhebung der Parlamente oder ihre Verwandlung in bloße Scheinparlamente usw.). Die Großbourgeoisie wendet sich infolgedessen in steigendem Maße von der bürgerlich-parlamentarischen Republik ab, entwickelt faschistische Tendenzen, hilft die faschistische Konterrevolution ideologisch und organisatorisch vorbereiten.

46. FRAGE: Was ist das politische Ziel der faschistischen Konterrevolution?

ANTWORT: Die Beseitigung der bürgerlichen Demokratie. Dies schließt im Endergebnis ein die Aufhebung der Parlamente oder ihre Verwandlung in bloße Scheinparlamente; die Aufhebung der Versammlungsfreiheit, des Vereinsrechts, der Pressefreiheit, des Koalitionsrechts, des Streikrechts; die Vernichtung der parlamentarischen Parteien oder ihre Umwandlung in vollständig vom Faschismus abhängige Bestandteile; die Vernichtung der proletarischen Massenorganisationen, vor allem der vom Staat unabhängigen Gewerkschaften.

An die Stelle der bürgerlichen Demokratie setzt der Faschismus die offene Diktatur des faschistischen staatlichen Apparates; alle gesellschaftlichen Organisationen werden in rein bürokratische Organisationen verwandelt, deren Leitungen von oben ein- und abgesetzt werden. Ihre Tätigkeit wird durchgehend vom faschistischen Staatsapparat bestimmt. Während in der bürgerlichen Demokratie die Parteien und andere gesellschaftlichen Organisationen mit dem Staatsapparat zusammenarbeiten, sind hier alle Organisationen direkte Bestandteile des Staatsapparates, ihm untergeordnet. Die bewaffnete Macht des Staates wird ergänzt durch Terror-Banden. Die Hauptbestandteile der faschistischen Ideologie sind erstens: Nationalismus, d. h. die Illusion von der Aufhebung der Klasseninteressen und ihre Ersetzung durch das einheitliche nationalstaatliche Interesse; zweitens die Ideologie des berufsständischen (korporativen) Staates; drittens die Ideologie vom Staat als patriarchalischem Wohltäter und Vermittler zwischen allen Klassen.

47. FRAGE: Welches sind die wirtschaftlichen Ziele des Faschismus?

ANTWORT: Die wirtschaftlichen Ziele des Faschismus sind das gerade Gegenteil derer, die die Faschisten in ihrem Programm und in ihrer Agitation vorgeben.

Die tatsächlichen Ziele des Faschismus sind:

1. die Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutung, vor allem durch einen radikalen Lohnabbau und den Generalabbau der Sozialpolitik.

2. Korrumpierung gewisser kleinbürgerlicher und Arbeiterschichten durch Beteiligung am Staatsapparat und Plünderung der Staatskasse.

Die Faschisten sind außerdem die radikalsten Vertreter der imperialistischen Expansion.

48. FRAGE: Welche Kräfte mobilisiert die Bourgeoisie für die faschistische Konterrevolution?

ANTWORT: In erster Linie die des Kleinbürgertums, insbesondere der Intellektuellen, dann von Teilen der Arbeiterklasse, des Lumpenproletariats (d. h. deklassierter Schichten aller Klassen).

49. FRAGE: Wie wirkte die Stabilisierung auf das Kleinbürgertum?

ANTWORT: 1. Während die Inflation den Klein- und Großbauern erlaubte, ihre Schuldenlast größtenteils abzuschütteln, hat die Deflation und Stabilisierung eine neue Schuldenlast geschaffen, die Preise der aus der Industrie stammenden landwirtschaftlichen Produktionsmittel erhöht, die der Agrarprodukte relativ gesenkt und vor allem die kleinbäuerlichen Betriebe in steigendem Maße verelendet.

Die Folge ist verstärkter Uebergang vom Kleinbauern in die Industrie. Großgrundbesitzer und Großbauern bilden das führende Element der faschistischen Organisationen der Landbevölkerung.

2. Das städtische Kleinbürgertum sah sich ebenfalls betrogen in seiner Hoffnung auf Aufstieg durch die Stabilisierung. Bestimmte Schichten des Kleinbürgertums beginnen ihre Deklassierung und Verelendung als einen dauernden, ausweglosen Zustand anzusehen. Auch in diesen Schichten gewinnt der Faschismus ein sich verbreiterndes Rekrutierungsfeld. Andere wichtige Schichten, aus denen der Faschismus seinen Anhang rekrutiert, sind:

- a) die Junker, die das Monopol auf die führenden Posten im Staatsapparat verloren haben und infolge der veränderten wirtschaftlichen Lage ihre alte Lebensweise bedroht sehen;
- b) große Teile der Bürokratie, die in ihrer Karriere gehemmt sind;
- c) Berufsmilitärs, frühere und jetzige Offiziere und Unteroffiziere.

50. FRAGE: Wie wirkte die Stabilisierung auf die Arbeiterklasse?

ANTWORT: Die Stabilisierung war verbunden mit gesteigerter kapitalistischer Konzentration und Zentralisation und mit der Rationalisierung. Die Hauptwirkungen der Stabilisierung und Rationalisierung sind:

1. Chronische Massenarbeitslosigkeit, selbst bei aufsteigender Konjunktur, die das Durchschnittsniveau der Arbeitslosigkeit in der Vorkriegszeit weit übersteigt.
2. Gewaltige Steigerung sowohl der Produktivität wie der Intensität (Anspannung) der Arbeit.
3. Der dauernde Druck der industriellen Reservearmee der Arbeitslosen hält die Reallöhne bei gesteigerter Arbeitsintensität unter dem Niveau der Vorkriegsreallöhne; die Reallöhne sind daher selbst bei einem Steigen der Nominallöhne gesunken.

Der Ausbeutungsgrad der Arbeiterklasse ist daher gestiegen, d. h. das Verhältnis der Löhne zu den Profiten ist kleiner geworden.

51. FRAGE: *Wie wirken Stabilisierung und Rationalisierung auf die Schichtung innerhalb der Arbeiterklasse?*

ANTWORT: 1. Die Zahl der Ungelernten und Angelernten ist im Verhältnis zu den gelernten Arbeitern gewachsen.

2. Während ein Teil der Arbeiterklasse in das Lumpenproletariat hinabgestoßen wird, wird ein kleiner Teil vom Monopolkapital bevorzugt, durch kleine Anteile am Monopolextraprofit korrumpiert.

3. Die Verhältniszahl der weiblichen (und jugendlichen) Arbeitskräfte ist gewachsen.

52. FRAGE: *Wie wirkt die Stabilisierung auf die Angestellten?*

ANTWORT: Die frühere relative Sicherheit ihrer Lebenslage ist schwer erschüttert. Die Rationalisierung macht sie in steigendem Umfang arbeitslos. Qualifizierte wird häufig durch unqualifizierte Angestelltenarbeit ersetzt.

C. Die politischen Parteien

53. FRAGE: *Welche allgemeinen Wirkungen hat die Entwicklung der Klassenverhältnisse auf die bürgerlichen Parteien gehabt?*

ANTWORT: 1. Eindringen der unmittelbaren Vertreter des Monopolkapitals in die parlamentarischen Parteien.

2. Gleichzeitig bildet sich ein steigender Gegensatz heraus zwischen den bürgerlichen Klassen als solchen und ihren parlamentarischen Vertretern. Diese Erscheinung bildet ein wichtiges Moment der sogenannten „Krise des Parlamentarismus“ und des parlamentarischen Parteiwesens.

3. Faschistische Gedankengänge zersetzen in steigendem Maße alle bürgerlichen Parteien.

4. Wachstum der faschistischen Parteien und Gruppen.

5. Alle bürgerlichen Parteien vertreten heute das Programm der Kapitaloffensive, d. h. das Programm des Groß-Kapitals.

In dem Bündnis zwischen Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Stahlhelm usw. vollzieht sich gleichzeitig das Vordringen der faschistischen Ideologie und die tatsächliche Unterordnung des Faschismus unter die Interessen der Großindustrie und des Großgrundbesitzes.

54. FRAGE: *Wie haben sich die faschistischen Parteien und Organisationen entwickelt?*

ANTWORT: Ihre soziale Zusammensetzung, wie ihre Ziele und Ideologie haben sich seit 1918-1923 gründlich geändert.

Der Kern der faschistischen Organisationen von 1918-1923 waren weißgardistische Offiziere und Bürokraten. Ihre Ideologie offen konterrevo-

lutionär — „gegen die Novemberverbrecher“. Die Bewegung brach 1923 zusammen an den Versuchen, gegen den Willen der Großbourgeoisie den Ruhrkonflikt auf die Spitze zu treiben und die bürgerlich-parlamentarische Republik zu sprengen.

Heute sind die konterrevolutionären Organisationen politisch-militärische Massenorganisationen. Die Ideologie ist geändert. Der Faschismus tritt scheinrevolutionär und scheinbar antikapitalistisch für die „nationale Revolution“, gegen das „internationale Finanzkapital“ auf.

Der Faschismus trifft jetzt jetzt zusammen mit einer wachsenden Tendenz des Großkapitals, mit der bürgerlichen Demokratie Schluß zu machen. Die Hauptquellen, aus denen der Faschismus seine aktive Anhängerschaft zieht, sind:

1. Die Enttäuschung des Kleinbürgertums und von Teilen der mittleren Bourgeoisie über die Ergebnisse der Stabilisierung, im Bauerntum die Agrarkrise.
2. Die Enttäuschung und Entmutigung von Teilen der Arbeiterschaft über die Früchte der sozialdemokratischen Koalitionspolitik und die Ergebnislosigkeit der ultralinken Taktik der Kommunistischen Partei.

55. FRAGE: Was hat die Sozialdemokratie mit den übrigen bürgerlichen Parteien gemein?

ANTWORT: Sie steht auf dem Boden des bürgerlich-demokratischen Staates und deshalb auch der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

56. FRAGE: Was unterscheidet die Sozialdemokratie von den übrigen bürgerlichen Parteien?

ANTWORT: 1. Die traditionell fortgeschleppte scheinsozialistische Ideologie und Phraseologie.

2. Der Aufbau ihrer Organisation vorwiegend aus Arbeitern, d. h. die Bildung von proletarischen Klassenorganisationen, die den Zwecken bürgerlicher Politik dienstbar gemacht werden. (Gewerkschaften, Genossenschaften usw.)

57. FRAGE: Hat sich die Sozialdemokratie seit 1914 grundsätzlich geändert?

ANTWORT: Der grundsätzliche Bruch mit dem revolutionären Marxismus ist seit dem 4. August 1914 bestehen geblieben. Ebenso die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie in Staat und Wirtschaft. Form ihrer Zusammenarbeit ist die offene oder verhüllte Koalitionspolitik. — Der grundsätzliche Charakter der Sozialdemokratie hat sich demnach seit 1914 nicht geändert.

58. FRAGE: In welcher Beziehung hat sich die Sozialdemokratie seit 1914 geändert?

ANTWORT: 1. Die oberen und ein Teil der mittleren Funktionäre der Sozialdemokratie sind am bürgerlichen Staatsapparat und den staatskapitalistischen Monopolbetrieben direkt beteiligt.

2. Bis zu Beginn des Weltkrieges bekämpfte die Sozialdemokratie den Kriegausbruch. Heute wirkt sie durch Annahme des Wehrprogramms, der Kredite für die Reichswehr, durch Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Bau von Panzern an der neuen imperialistischen Aufrüstung aktiv mit.

59. FRAGE: *Wie verhalten sich der rechte und zentristische linke Flügel der Sozialdemokratie zueinander?*

ANTWORT: 1. Sie stehen beide grundsätzlich auf dem Boden des bürgerlich demokratischen Staates, der Koalitionspolitik, der Vaterlandsverteidigung usw.

2 Der rechte Flügel vertritt die sozial gesättigten, konservativen, kleinbürgerlichen und arbeiteraristokratischen Elemente. Er spricht mehr oder weniger offen die ideologische Anpassung der Partei an ihre Praxis aus.

3. Der zentristische linke Flügel versucht durch teilweise Wiederbelebung der sozialdemokratischen Vorkriegsideologie (des Klassenkampfes) den Widerspruch der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Verletzung ihrer Klasseninteressen und -Traditionen abzustumpfen und in ihnen die Illusion zu erwecken, als ob die Sozialdemokratie noch in eine revolutionäre Partei des Proletariats umzuwandeln sei. Den zentristischen linken Flügel zeichnet besonders der klaffende Widerspruch zwischen grundsätzlichen Bekenntnissen und praktischer Stellungnahme aus.

Den rechten Flügel beseelt der Haß gegen die Revolution, die Führer des zentristischen linken Flügels die Furcht vor ihr.

Ein Teil sozialdemokratischer Arbeiter befindet sich bereits im Beginn einer Opposition gegen die zentristische Politik.

60. FRAGE: *Hat sich die Sozialdemokratie bereits in eine faschistische Partei umgewandelt oder kann sie es?*

ANTWORT: Die sozialdemokratische Führung arbeitet dem Faschismus vor durch ständige Anwendung von Gewaltmaßregeln gegen den revolutionären Teil der Arbeiterklasse, durch die Verfolgung kommunistischer und revolutionärer Organisationen, durch das Gewährenlassen der faschistischen Organisationen, vor allem aber durch die Erzeugung von Passivität und Enttäuschung in der Arbeiterklasse als Folge der Koalitionspolitik und durch die bewußte Verschärfung der Gegensätze innerhalb der Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratie stellt sich in den Dienst der Kapitaloffensive.

Trotzdem können die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaften in ihrer heutigen Gestalt, d. h. als Massenorganisationen sich nicht in Bestandteile des Faschismus verwandeln.

Einzelne Führer oder Schichten der Sozialdemokratie können und werden zum Faschismus überlaufen.

Die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsorganisationen können sich nicht in faschistische Organisationen umwandeln, weil

1. durch Preisgabe des bürgerlich-demokratischen Gedankens das letzte ideelle Band, das diese Organisationen zusammenhielt, zerreißen und somit diese Organisationen als Massenorganisationen mit proletarischem Bestand zusammenbrechen würden;

2. weil das Hauptziel des Faschismus die Zerstörung der proletarischen Massenorganisationen ist.

Der sogenannte „Sozialfaschismus“ war und ist ein Phantasieprodukt.

61. FRAGE: *Welches sind die Perspektiven der weiteren Entwicklung der Sozialdemokratie?*

ANTWORT: Die Entfaltung der Widersprüche der kapitalistischen Stabilisierung muß die Sozialdemokratie weiter zermürben, den Gegensatz zwischen Führung und proletarischer Mitgliedschaft steigern. Der Ausbruch dieser Widersprüche in akuten Krisen muß die Sozialdemokratie zersprengen: entweder zu Gunsten des Faschismus oder des Kommunismus. Welche von diesen beiden Möglichkeiten eintritt, hängt sehr wesentlich von der Politik der Kommunistischen Partei ab.

IV. DAS ZIEL DER PROLETARISCHEN REVOLUTION IN DEUTSCHLAND

62. FRAGE: *Welchen Inhalt hat die Deutschland bevorstehende Revolution?*

ANTWORT: Die bürgerliche Revolution ist in Deutschland abgeschlossen. Die Revolution kann in Deutschland nur noch eine proletarische und sozialistische sein. Ihr politisches Ziel ist die proletarische Diktatur in Gestalt der Räterepublik.

63. FRAGE: *Welche Form wird die deutsche Räterepublik haben?*

ANTWORT: Die Form des einheitlichen Rätestaates.

64. FRAGE: *Wird die deutsche Räterepublik die jetzige Einteilung Deutschlands in Länder beibehalten?*

ANTWORT: Nein, das Gebiet des Rätestaates wird nach wirtschaftlichen, geographischen und kulturellen Gesichtspunkten völlig neu in Untergebiete (Bezirke, Provinzen) aufgeteilt werden.

Die Räterepublik wird gründlich mit dem Partikularismus aufräumen, mit dem die bürgerliche Republik nicht hat fertig werden können.

Dies schließt ein, nicht nur das Aufräumen mit dem kleinstaatlichen Partikularismus, sondern auch mit dem ihn ergänzenden und stützenden groß-preußischen Partikularismus. Die Räterepublik verbindet die straffste Zentralisation in allen Fragen einer einheitlichen zentralen Regelung mit der weitestgehenden Dezentralisation oder Selbstverwaltung in den Fragen, die lokaler oder provinzieller Art sind.

Die Räterepublik gewährt allen Völkern und nationalen Minderheiten das volle Recht auf Selbstbestimmung bis zur Loslösung.

65. FRAGE: Welche Gebiete wird die deutsche sozialistische Räterepublik umfassen?

ANTWORT: Sie wird bereit sein, alle deutschsprachigen Gebiete zu umfassen, die sich ihr freiwillig, auf Grund vollständig unabhängiger Volksabstimmungen der werktätigen Bevölkerung, anschließen wollen. Die deutsche sozialistische Räterepublik wird so den nationalen Zusammenschluß der deutschen Nation vollbringen, die die bürgerliche Revolution nicht zustande brachte, und an dem von Marx und Engels immer festgehalten worden ist.

Im Gegensatz zum neuen deutschen Imperialismus, der die frühere nationale Vergewaltigungspolitik wieder aufnehmen will, anerkennt die deutsche sozialistische Räterepublik das volle Selbstbestimmungsrecht aller umliegenden Nationen.

66. FRAGE: Wie wird sich die deutsche sozialistische Räterepublik zum Bund sozialistischer Räterepubliken verhalten (Sowjetunion)?

ANTWORT: Sie wird ein gleichberechtigtes Glied dieses föderativen Bundes sein, der fähig ist, den Zusammenschluß nationaler Räterepubliken in beliebiger Zahl zu bewerkstelligen und dadurch die durch den Krieg vermehrte staatliche Zersplitterung Europas zu überwinden.

67. FRAGE: Welche besonderen Züge des Rätestaates lassen sich bereits heute für eine deutsche sozialistische Räterepublik voraussehen?

ANTWORT: 1. Sie wird von vornherein ein hochentwickelter Industriestaat sein. Die wirtschaftlichen Zerstörungen des unmittelbaren Bürgerkriegs können deshalb leichter überwunden werden.

Der Aufbau der sozialistischen Industrie wird in verhältnismäßig schnellem Tempo vor sich gehen.

Ebenso die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe und die freiwillige Kollektivisierung der landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe.

2. Die aktive Beteiligung der gesamten werktätigen Bevölkerung an der Regierung und Verwaltung des Rätestaates wird vermöge der langen Schule der Selbstverwaltung in den proletarischen Massenorganisationen schnell und in weitem Umfange verwirklicht werden.

Dies schließt ein die größte Beschränkung der rätestaatlichen Bürokratie und ihre weitestgehende Kontrolle durch die werktätige Bevölkerung. Das Ziel der vollen Beseitigung einer staatlichen Bürokratie wird daher in Deutschland relativ schnell erreicht werden können.

Die proletarische Diktatur verwirklicht die proletarische Demokratie, d. h. die Demokratie der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung. Die proletarische Diktatur kennt zum Unterschied von der bürgerlichen Demokratie keinen von der werktätigen Volksmasse getrennten und sie unterdrückenden Staatsapparat. Der Staatsapparat der proletarischen Diktatur beruht auf der Selbstbetätigung der werktätigen Volksmasse und

ihrer Organisationen. Die Räte vereinigen vollziehende, gesetzgebende und richterliche Gewalt. Sie sind eine arbeitende Körperschaft. Die gewählten Vertreter sind jederzeit abberufbar. Der rätestaatliche Funktionär wird nach den Sätzen der Arbeiterlöhne bezahlt. Der Rätestaat wird die volle politische und soziale Gleichberechtigung der Frau verwirklichen.

68. FRAGE: *Welches werden die ersten Maßnahmen der Räterepublik auf wirtschaftlichem Gebiet sein?*

ANTWORT: Die Verstaatlichung der gesamten Großindustrie, der Banken (die zu einer Staatsbank zusammengefaßt werden), der Verkehrsmittel und ihre einheitliche planmäßige Leitung durch die Organe der Räterepublik, das staatliche Außenhandelsmonopol. Die kapitalistische Zentralisation in Deutschland hat dafür in großem Umfang Vorarbeiten geleistet.

69. FRAGE: *Was wird mit den landwirtschaftlichen Betrieben geschehen?*

ANTWORT: 1. Die kleinbäuerlichen Betriebe bleiben unangetastet. Ihr freiwilliger kollektiver Zusammenschluß wird vom Rätestaat unterstützt.

2. Von den landwirtschaftlichen Großbetrieben werden die Teile abgetrennt, die notwendig sind, um der umliegenden Kleinbauernschaft je eine Ackernahrung zu sichern.

3. Von diesen Teilen abgesehen, werden die landwirtschaftlichen Großbetriebe in sozialistische Staatsgüter verwandelt.

Großbäuerliche Betriebe werden jeweils auf eine Ackernahrung beschränkt und der Ueberschuß Kleinbauern zur Nutzung übertragen.

70. FRAGE: *Wie wird sich die deutsche sozialistische Räterepublik zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages und des Youngplanes verhalten, falls und soweit sie bei der proletarischen Revolution noch in Geltung sein werden?*

ANTWORT: 1. Sie tritt im Bunde mit den revolutionären Arbeitern der anderen Länder für die revolutionäre Liquidierung des Versailler Vertrages ein und für die Streichung der internationalen Kriegsschulden.

2. Sie wird grundsätzlich keinen durch bürgerliche Regierungen geschlossenen internationalen Vertrag anerkennen. Sie wird aber, wenn und solange das internationale Kräfteverhältnis sie dazu nötigt, zeitweise Opfer bringen, wie das Sowjet-Rußland in Brest-Litowsk getan hat.

V. DIE KLASSENSTRATEGIE DER PROLETARISCHEN REVOLUTION IN DEUTSCHLAND

71. FRAGE: *Gegen welche Klassen richtet sich die proletarische Revolution in Deutschland?*

ANTWORT: Gegen die vom Monopolkapital geführte und zusammengefaßte Bourgeoisie und ihren Anhang. Das sind Großindustrielle, Bankiers, Großhändler, Großgrundbesitzer, Großbauern, sowie diejenigen Teile der „Intelligenz“, der „freien Berufe“, die eine privilegierte

Stellung genießen, dadurch, daß sie in großem Umfang am kapitalistischen Mehrwert teilnehmen, die hohe republikanische Bürokratie, Offiziere, sowie die frühere wilhelminische Bürokratie, Pfaffen und Offizierskaste; aber auch gegen denjenigen Teil der Arbeiterschaft, der sich mit der bürgerlichen Republik oder kapitalistischen Gesellschaft praktisch solidarisiert.

72. FRAGE: Welche Klasse führt die proletarische Revolution?

ANTWORT: Die Arbeiterklasse als die einzige Klasse, die vermöge ihrer Stellung im Produktionsprozeß in der kapitalistischen Gesellschaft bis zu Ende und konsequent revolutionär ist.

73. FRAGE: Welche Rolle spielen die Mittelschichten in der proletarischen Revolution?

ANTWORT: Sie schwanken zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse. Die Aufgabe der Arbeiterklasse ihnen gegenüber besteht darin, sie von der Bourgeoisie zu sich herüberzuziehen, sie zu neutralisieren und dann ein festes Bündnis mit ihnen zu schließen.

Die wichtigsten Schichten, die hierfür in Betracht kommen, sind die Zwerg- und Kleinbauern (worin der untere Teil der Mittelbauern einbegriffen ist), die unteren und mittleren Angestellten in Industrie, Handel, Verkehr, sowie die unteren und mittleren Schichten der Beamten und die unteren und mittleren Schichten der Intellektuellen.

74. FRAGE: Auf welcher Grundlage kann ein Bündnis zwischen Arbeiterklasse und den Mittelschichten zustandekommen?

ANTWORT: Auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes gegen den gemeinsamen Gegner: das Monopolkapital und die mit ihm verbundenen bürgerlichen Schichten, vor allem auch der Großgrundbesitzer. Der Sturz des Monopolkapitals, der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer ist das gemeinsame Ziel, das die Mittelschichten mit der Arbeiterschaft verbündet.

75. FRAGE: Worin besteht die Eigenart der proletarischen Revolution in Deutschland in klassenstrategischer Hinsicht?

ANTWORT: 1. In dem zahlenmäßigen Uebergewicht der Arbeiterklasse über alle anderen Klassen.

2. Darin, daß auf der Gegenseite keine feudalen oder halbfeudalen Klassen mehr stehen, sondern die Großbourgeoisie in ihrer klassisch reinen Ausprägung.

3. Darin, daß die Großbourgeoisie sich gegenwärtig nicht auf ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht stützt, sondern auf ein klassenmäßig ausgerlesenes Berufsheer und konterrevolutionäre halb-militärische Verbände.

4. In der Möglichkeit, sich auf einen ausgebildeten proletarischen Staat, die Sowjet-Union, zu stützen.

76. FRAGE: *Was bedeutet das Bestehen der Sowjetunion für die Durchführung der proletarischen Revolution in Deutschland?*

ANTWORT: Sie bedeutet eine mächtige Hilfe. Sie bedeutet aber nicht, daß die revolutionäre Aktion der deutschen Arbeiterklasse durch die der Sowjet-Union ersetzt werden kann. Die proletarische Revolution in Deutschland wird nur siegen können, wenn die deutsche Arbeiterklasse imstande sein wird, die eigene Bourgeoisie aus eigener Kraft zu schlagen.

Dies ist die unerläßliche Voraussetzung, damit die Hilfe der Sowjetunion für die proletarische Revolution in Deutschland wirksam werden kann. Diese Hilfe wird hauptsächlich wirksam werden müssen:

1. militärisch, für den Fall eines Angriffes kapitalistischer Kräfte gegen die proletarische Revolution in Deutschland,
2. wirtschaftlich: für die Versorgung des revolutionären Deutschland mit Lebensmitteln (vor allem Getreide).

Die deutsche Räterepublik wird den Vorteil haben, die großen positiven und negativen Erfahrungen der Sowjet-Union für ihren staatlichen und wirtschaftlichen Aufbau nutzbar machen zu können.

VI. DIE DREI HAUPTABSCHNITTE DER PROLETARISCHEN REVOLUTION

77. FRAGE: *In welchem Abschnitt des proletarischen Klassenkampfes in Deutschland stehen wir gegenwärtig?*

ANTWORT: Wir stehen in dem Abschnitt der Tageskämpfe auf politischem, wirtschaftlichen und kulturellem Gebiet, d. h. in dem Abschnitt, in dem die Arbeiterklasse sich beschränkt auf Kämpfe im Rahmen des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft und den Kampf um die Macht noch nicht unmittelbar aufgenommen hat.

78. FRAGE: *Welches ist der nächste Abschnitt?*

ANTWORT: Der nächste Abschnitt ist der des unmittelbaren Kampfes der Arbeiterklasse um die Macht. Dieser Kampf füllt eine bestimmte Periode aus, die, entsprechend der Stärke und Organisiertheit des Gegners, voraussichtlich nicht kurz sein wird.

Diese Periode beginnt, sobald der Kampf der Arbeiterklasse den Rahmen der bloßen Tageskämpfe überschreitet und sich gegen die Grundlagen der staatlichen und politischen Macht der Bourgeoisie wendet. Ihr Inhalt ist die Desorganisation der bürgerlichen Staatsgewalt wie der Unternehmermacht im Betrieb und der Beginn der Organisation der proletarischen Staatsmacht sowie der sozialistischen Wirtschaft (Räte - Arbeiterkontrolle der Produktion).

Ihr Abschluß ist der bewaffnete Aufstand des Proletariats, der im Falle des Sieges die bürgerliche Staatsgewalt niederwirft und die proletarische Staatsmacht aufrichtet, oder im Falle der Niederlage die Niederwerfung der aufständischen Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie und die Ver-

nichtung aller vorher geschaffenen Ansätze zur proletarischen Staatsgewalt und zur sozialistischen Wirtschaft.

79. FRAGE: Welches ist der dritte Abschnitt der proletarischen Revolution?

ANTWORT: Er beginnt mit dem Sieg der proletarischen Staatsmacht. Er umfaßt ihre Verteidigung und Sicherung gegen konterrevolutionäre Angriffe von innen und außen, den Aufbau einer revolutionären proletarischen Wehrmacht zu diesem Zweck, den sozialistischen Umbau der gesamten Wirtschaft, den Ausbau der rätestaatlichen Regierung und Verwaltung, die Entwicklung einer proletarisch-revolutionären Kultur der werktätigen Massen.

Die drei Abschnitte der proletarischen Revolution stehen untereinander im engsten Zusammenhang insofern, als jeder vorhergehende die realen Voraussetzungen des folgenden enthält und insofern jeder folgende Abschnitt in der ersten Zeit noch teilweise Erscheinungen des vorhergehenden aufweist.

80. FRAGE: Welche Voraussetzungen müssen vorhanden und geschaffen sein, damit der Uebergang vom Tageskampf zum Kampf um die Macht stattfindet?

ANTWORT: 1. Die objektive Voraussetzung ist eine tiefe Erschütterung der gesamten Klassenverhältnisse.

2. Das grundlegende Gesetz der Revolution besteht in folgendem: Für die Revolution genügt es nicht, daß die ausgebeuteten und unterdrückten Massen die Unmöglichkeit erkannt haben, in der alten Weise zu leben und daß sie eine Veränderung fordern. Zur Revolution ist es notwendig, daß die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können... (Lenin); in anderen Worten lautet diese Wahrheit: Die Revolution ist unmöglich ohne eine Krise, die die gesamte Nation, sowohl die Ausgebeuteten als auch die Ausbeuter trifft.

81. FRAGE: Welche Voraussetzungen erfordert der Sieg der proletarischen Revolution?

ANTWORT: Das Vorhandensein einer genügend starken Kommunistischen Partei, die die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Grundsätze und Ziele des Kommunismus und die Sympathie der Mehrheit der Werktätigen überhaupt erobert hat. Nur gestützt auf diese Mehrheit kann die Kommunistische Partei den bewaffneten Aufstand unternehmen.

82. FRAGE: Was bedeutet die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die Ziele und Grundsätze des Kommunismus?

ANTWORT: Sie bedeutet nicht nur eine statistische Tatsache, sie bedeutet auch nicht, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse in der Kommunistischen Partei organisiert ist, sie bedeutet auch kein nur formales Bekenntnis zur Kommunistischen Partei, sondern sie bedeutet zugleich eine Aenderung des Zustandes der Arbeiterklasse, d. h. „daß die Mehrheit der Arbeiter (oder jedenfalls der bewußten, denkenden, politisch aktiven Arbeiter) vollkommen die Notwendigkeit des Umsturzes der bürgerlichen Staatsmacht begriffen hat und bereit ist, um seinetwillen in den Tod zu gehen“. (Lenin, „Kinderkrankheiten“, Kapitel 9.)

83. FRAGE: *Wann und wie wird die Kommunistische Partei die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus erobern?*

ANTWORT: 1. „Der Sieg der Kommunistischen Partei Deutschlands steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution“ (Programm des Spartakusbundes), d. h. die Eroberung der Mehrheit erfolgt erst in der revolutionären Krise. Sie setzt aber voraus, daß die Kommunistische Partei bereits im vorhergehenden Abschnitt verstanden hat, Massen um sich zu sammeln und sie vom Reformismus loszulösen.

2. Ein Hauptfaktor der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus ist der Kampf um revolutionäre Uebergangslösungen.

VII. DIE TAKTIK

A. Die allgemeine taktische Linie

84. FRAGE: *Worin besteht die allgemeine taktische Linie, die taktische Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei im gegenwärtigen Kampfabschnitt?*

ANTWORT: Sie besteht darin, durch Führung der Tageskämpfe in Verbindung mit einer konkreten, revolutionären Propaganda die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Grundsätze und Ziele des Kommunismus zu gewinnen, sie ideologisch und organisatorisch für den Kampf um die Macht vorzubereiten, und, bei vorhandenen objektiven Voraussetzungen, in den Kampf um die Macht zu führen.

85. FRAGE: *Durch welche besonderen Umstände wird diese allgemeine taktische Aufgabe in Deutschland näher bestimmt?*

ANTWORT: Durch folgende Tatsachen:

1. Daß der entscheidende Teil der Arbeiterklasse in politischer, gewerkschaftlichen und anderen Massenorganisationen zusammengefaßt ist.

2. Daß die organisierten Arbeiter in zwei Hauptlager gespalten sind: das des Reformismus (der Sozialdemokratie) und das des Kommunismus.

3. Daß die Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft heute noch dem Lager der Reformisten angehört, während die Kommunisten noch die Minderheit bilden.

86. FRAGE: *Welche Folgerungen haben die Kommunisten daraus zu ziehen?*

ANTWORT: Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit, die im Lager des Reformismus organisierten Arbeiter für gemeinsame Kämpfe um Tageslösungen und Teilforderungen zu gewinnen.

87. FRAGE: *Wie gewinnt man die im Lager des Reformismus organisierten Arbeiter für Tageskämpfe?*

ANTWORT: 1. Durch eine sorgfältige Festsetzung des jeweiligen Inhalts und Zieles der Tageskämpfe entsprechend den tatsächlichen Be-

bedürfnissen der Arbeiterklasse und dem Reifegrad ihres Verständnisses für sie.

„Bei der Aufstellung ihrer Teilforderungen haben die kommunistischen Parteien darauf zu achten, daß diese in dem Bedürfnis der breitesten Massen verankerten Forderungen nicht nur diese Massen in den Kampf führen, sondern auch, daß sie ihrem Wesen nach die Massen organisierende Forderungen sind.“ (3. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Thesen über die Taktik, 5. Abschnitt).

2. Durch die Ausnützung der bereits vorhandenen Massenorganisationen und darüber hinaus die Bildung von gemeinsamen Organen (Einheitsfrontorgane) zur Führung dieser Tageskämpfe.

„An Stelle des Minimalprogramms der Reformisten und Zentristen setzt die Kommunistische Internationale den Kampf um konkrete Bedürfnisse des Proletariats um ein System von Forderungen, die in ihrer Gesamtheit die Macht der Bourgeoisie zersetzen, das Proletariat organisieren, Etappen im Kampf um die proletarische Diktatur bilden und deren jede für sich dem Bedürfnis der breitesten Massen Ausdruck verleiht, auch wenn diese Massen noch nicht bewußt auf dem Boden der proletarischen Diktatur stehen.“ (3. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Thesen zur Taktik, 5. Abschnitt).

88. FRAGE: Was ist die Taktik der Einheitsfront?

ANTWORT: Sie ist eine Methode, um Arbeiter und Werk tätige, die in reformistischen oder ähnlichen Organisationen zusammengefaßt sind, dadurch für gemeinsame Kämpfe gegen die Unternehmer und den bürgerlichen Staat zu gewinnen, daß die Kommunisten die Leitungen und die Mitglieder dieser Organisationen zu gemeinsamen Aktionen auffordern, und sie damit vor praktische Entscheidungen stellen.

89. FRAGE: Was ist der Zweck der Taktik der Einheitsfront?

ANTWORT: 1. Die Durchführung geschlossener Massenaktionen der Arbeiterschaft für Tagesziele, Tageslösungen und Uebergangsforderungen.

2. Die Ueberzeugung der reformistischen Arbeiter durch die eigene Kampferfahrung, d. h. nicht allein durch Agitation und Propaganda von der Notwendigkeit, über den bloßen Kampf im Rahmen des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft, also über den bloßen Tageskampf hinauszugehen, also ihre praktische Ueberzeugung von der Falschheit des Reformismus und von der Richtigkeit des Kommunismus.

Die Taktik der Einheitsfront bewirkt also, wenn richtig angewandt, zunächst die ideologische und weiterhin die organisatorische Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiter von ihrer reformistischen Führung und die Verbindung der kommunistischen Führung mit den Arbeitern.

90. FRAGE: Wird die Notwendigkeit der Taktik der Einheitsfront aufgehoben durch die Tatsache, daß die oberen und ein Teil der mittleren Funktionäre der Sozialdemokratie fest an die Bourgeoisie gebunden sind?

ANTWORT: Nein, die Notwendigkeit der Taktik der Einheitsfront wird durch die Haltung der reformistischen Führer nicht bestimmt, sie wird

bestimmt durch die Notwendigkeit, die reformistisch organisierten Arbeiter für gemeinsame Tageskämpfe zu gewinnen.

Durch die Einstellung der sozialdemokratischen Führer wird lediglich die Form der Taktik der Einheitsfront bestimmt.

91. FRAGE: Worin unterscheiden sich die verschiedenen Formen der Einheitsfronttaktik?

ANTWORT: Sie unterscheiden sich danach, an welche Stufe der reformistischen Organisationen wir uns wenden, ob an die zentralen oder unteren (lokalen oder betrieblichen) Organisationen.

Der Appell an die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter und anderer Arbeiterschichten, der natürlich die Hauptsache ist, wird nur durch den Appell an ihre Organisationen wirksam gemacht.

92. FRAGE: Was ist die sogenannte „Einheitsfronttaktik von unten“?

ANTWORT: Sie bedeutet das tatsächliche Fallenlassen der Taktik der Einheitsfront, d. h. die Wendung an die Organisationen der Arbeiterschaft. Das Außerachtlassen der Organisationen führt praktisch dazu, daß der angebliche Appell an die Mitglieder der Organisation als Einzelne wirkungslos bleibt. Eine weitere Folge ist, daß der organisierte Arbeiter überhaupt übergangen und der Unorganisierte zur Hauptfigur gemacht wird.

Die unorganisierten Arbeiter können unter bestimmten Umständen, vor allem in revolutionären Situationen die vorwärtsdrängende Kraft proletarischer Aktionen sein. Die organisierten Arbeiter sind aber jederzeit das tragende Element der Arbeiterbewegung.

93. FRAGE: Sind Kompromisse für Kommunisten zulässig und welcher Art sind die zulässigen Kompromisse?

ANTWORT: „Die deutschen Kommunisten sind deshalb Kommunisten, weil sie durch alle Durchgangsstadien und Kompromisse, die nicht durch sie, sondern durch den Gang der historischen Entwicklung hervorgebracht wurden, hindurch, klar ihr Endziel sehen und es ständig verfolgen“ (F. Engels, Internationales aus dem Volksstaat, 1874).

„Der Kapitalismus wäre kein Kapitalismus ... wenn nicht innerhalb des Proletariats selbst Teilungen in mehr oder weniger entwickelte Schichten, Teilungen nach landmannschaftlichen, beruflichen, ja manchmal religiösen usw. Merkmalen vorhanden wären. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die unbedingte Notwendigkeit, für die Vorhut des Proletariats, für seinen klassenbewußten Teil, für die Kommunistische Partei, zu lavieren, Vereinbarungen und Kompromisse mit verschiedenen Gruppen von Proletariern, mit verschiedenen Parteien der Arbeiter und der kleinen Produzenten zu schließen. Es kommt nur darauf an, daß man diese Taktik zum Zwecke der Hebung und nicht der Herabdrückung des allgemeinen Niveaus des proletarischen Klassenbewußtseins, des revolutionären Kampfgeistes, der Tätigkeit zum Kampf und Sieg anwendet.“ (Lenin, Kinderkrankheiten, Kapitel VIII.)

Kompromisse in grundsätzlichen Fragen sind unter keinen Umständen zulässig. Kompromisse, die den von Lenin gestellten Anforderungen genügen müssen, können sich nur auf taktische Fragen beziehen.

94. FRAGE: *Worin unterscheidet sich der kommunistische Kampf um Tagesforderungen (d. h. Reformen) von dem der Reformisten?*

ANTWORT: 1. Die Reformisten haben das Bestreben, die Tageskämpfe der Arbeiter in dem Rahmen zu halten, der mit dem Bestand des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen „Ordnung“ verträglich ist, d. h. diese nicht erschüttert. Dadurch sind sie genötigt, diese Kämpfe möglichst zu vermeiden, ihre Ziele möglichst niedrig zu setzen, sie in ihrer Entfaltung zu hemmen und sie zu verraten, sobald sie in revolutionäre Gleise, d. h. in den Kampf um die Macht überzugehen drohen.

Die Reformisten gehen in bestimmten Zeitabschnitten sogar dazu über, gemeinsam mit der Bourgeoisie Reformen selbst direkt abzubauen.

Die Kommunisten kennen keine solchen Rücksichten. Sie bestimmen die Ziele der Tageskämpfe nicht entsprechend den Bedürfnissen der Erhaltung der kapitalistischen „Ruhe und Ordnung“, sondern entsprechend der vorhandenen Kampfkraft der Arbeiter. Sie sind bestrebt, die Kampfkraft der Arbeiter zu steigern. Entsprechend dem Wachstum der Aktion in bezug auf die Zahl der Beteiligten und der Zunahme ihrer Stoßkraft müssen die ursprünglichen Kampfziele gesteigert werden. Die Kommunisten sind bestrebt, diese Kämpfe so weit zu führen, wie die entwickelte Kampfkraft es ermöglicht.

2. Die Kommunisten verbinden die Tageskämpfe mit einer konkreten Propaganda der kommunistischen Grundsätze und Ziele.

95. FRAGE: *Welche Grundbedingungen müssen bei der Durchführung der Taktik der Einheitsfront eingehalten werden?*

ANTWORT: Diese Grundbedingungen sind:

1. die volle Freiheit und Selbständigkeit der kommunistischen Propaganda,
2. die volle Freiheit der kommunistischen Kritik an der Aktion,
3. die Unterbreitung sämtlicher Kampffragen den Entscheidungen der am Kampf beteiligten Arbeiter und ihrer Organe.

96. FRAGE: *Bedeutet die Einheitsfronttaktik ein festes Bündnis oder eine organisatorische Verschmelzung mit reformistischen, zentristischen und ähnlichen Organisationen?*

ANTWORT: Nein. Sie ist kein festes Bündnis zwischen kommunistischer Partei und Sozialdemokratie, schließt aber zeitweilige Kompromisse zeitweilige Bündnisse mit ihr ein. Noch weniger ist ihr Zweck eine Verschmelzung der sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen.

Vielmehr wird die Taktik der Einheitsfront begründet gerade durch die Tatsache, daß die Arbeiterorganisationen bereits gespalten, daß der Kommunismus eine selbständige Parteiorganisation besitzt, die um die reformistischen Arbeiter wirbt. Die Schaffung einer selbständigen kom-

munistischen Parteiorganisation ist aber die erste, unerläßliche und nicht mehr rückgängig zu machende Voraussetzung für den Fortschritt des Kommunismus und der proletarischen Revolution.

97. FRAGE: *Unter welchen Voraussetzungen ist die Taktik der Einheitsfront überholt?*

ANTWORT: Unter der einen Voraussetzung, daß die Kommunisten bereits die Mehrheit der Arbeiterklasse gewonnen haben.

98. FRAGE: *Kann die Taktik der Einheitsfront auch im unmittelbaren Kampf um die Macht angewandt werden?*

ANTWORT: Nein. Der Kampf um die proletarische Diktatur überschreitet den Rahmen der Taktik der Einheitsfront. Seine Voraussetzung ist die bereits vollzogene Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse, auch der reformistischen Arbeiter, für den unmittelbaren Kampf um die proletarische Diktatur. Er muß und kann nur von vornherein gegen die Sozialdemokratie geführt werden. Die Sozialdemokratie war im November 1918 der Schutzwall, hinter dem sich alle Kräfte der Konterrevolution sammelten. Sie wird, falls es nicht dem Faschismus gelingen sollte, zu siegen, der letzte Schutzwall des bürgerlichen Staates sein.

Der siegreiche Kampf der Arbeiterklasse um die Macht, d. h. um die Räterepublik setzt voraus, daß der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiterklasse zu einem verschwindenden Faktor geworden ist, daß die kommunistische Partei zur Führerin der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterklasse geworden ist, die sie als geschlossene Macht in den Kampf führt.

Alle Niederlagen der Revolution gehen letzten Endes zurück auf die Spaltung der Arbeiterschaft durch den Reformismus in zwei Lager.

B. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie

99. FRAGE: *Was bedeutet die Ueberwindung des Reformismus, der Sieg über die Sozialdemokratie?*

ANTWORT: Das bedeutet in der Regel nicht, wie die Ueberwindung des bürgerlichen Staates, den Kampf gegen die sozialdemokratischen Arbeiter mit Mitteln der Gewalt, sondern ihre Ueberzeugung durch Agitation, Propaganda und Aktion. Die gewalttätige Austragung von Meinungsverschiedenheiten unter der Arbeiterschaft nützt nur dem Reformismus.

100. FRAGE: *Welche Taktik ist gegenüber dem linken Flügel der Sozialdemokratie einzuschlagen?*

ANTWORT: Aus dem Wesen des linken Flügels der Sozialdemokratie ergibt sich als notwendig:

1. Der Zentrismus ist keine Brücke zum Kommunismus, er hemmt vielmehr die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiter zum Kommunismus. Deshalb ist es nicht Aufgabe der Kommunisten, bei der Organisation eines zentristischen Flügels der Sozialdemokratie oder an

dem Zustandekommen einer zentristischen Partei mitzuwirken, sondern die sozialdemokratischen Arbeiter durch unerbittliche Kritik am Reformismus und Zentrismus und durch Aktionen von ihren Führern loszulösen und sie zum Kommunismus zu führen.

2. Die schärfste und klarste Kritik der zentristischen Auffassungen des linken Flügels, die ideologisch gefährlicher und verwirrender sind als die offenen rechten Auffassungen.

Gleichzeitig gilt es, den linken Flügel zum Kampf voranzutreiben, ihn vor die Frage zu stellen, entweder mit denjenigen seiner Losungen ernst zu machen, die wirklichen Interessen der Arbeiterklasse entsprechen oder sie als bloße Phrasen zu enthüllen.

C. Revolutionäre Uebergangslösungen

101. FRAGE: Können die Millionen des Proletariats und der Werktätigen zum Kampf um die Diktatur allein durch Tageslosungen und Propaganda der Endlosungen geführt werden?

ANTWORT: Nein. Es bedarf dazu noch der Propaganda solcher Losungen, die noch nicht kommunistische Endlosungen sind, aber den Rahmen des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bereits überschreiten, die also geeignet sind, den Tageskampf zunächst geistig mit dem Kampf um die Macht zu verbinden und sodann, in Zeiten revolutionärer Krisen, ihn tatsächlich in den Machtkampf überzuleiten.

102. FRAGE: Was sind Uebergangslösungen in der Periode der Tageskämpfe?

ANTWORT: Losungen, die der Massenpropaganda und -Agitation dienen.

103. FRAGE: Wann verwandeln sie sich in Aktionslosungen?

ANTWORT: In der Periode des Kampfes um die Macht.

104. FRAGE: Wie verhalten sich die revolutionären Uebergangslösungen zu den Endlosungen?

ANTWORT: Die revolutionären Uebergangslösungen werden verwirklicht im Kampf um die Macht. Der Kampf um ihre Verwirklichung führt zur Zermürbung der bürgerlichen Macht im Staat und in der Wirtschaft und zur revolutionären Vereinigung und Schulung der proletarischen Kräfte. Dieser Kampf mündet aus in die tatsächliche Eroberung der Macht. Nach Eroberung der Macht wird von den revolutionären Uebergangslösungen weiter gegangen zur Verwirklichung der Endlosungen.

105. FRAGE: Wie werden revolutionäre Uebergangslösungen propagiert?

ANTWORT: Sie müssen an die konkrete Lage des Klassenkampfes anknüpfen und aus ihr heraus entwickelt und näher bestimmt werden.

Von der konkreten Lage hängt auch ab, welche bestimmte revolutionäre Uebergangslösung jeweils in den Vordergrund gerückt wird.

106. FRAGE: Welche allgemeinen revolutionären Uebergangslösungen ergeben sich als die wichtigsten für Deutschland?

- ANTWORT: 1. Die Losung der Arbeiterräte.
2. Die Losung der Soldatenräte.
3. Die Losung der Arbeiterkontrolle der Produktion

107. FRAGE: Welche propagandistische Bedeutung hat die Losung der politischen Arbeiterräte?

ANTWORT: Sie hat die Bedeutung einer konkreten revolutionären Propaganda gegen den bürgerlich-demokratischen wie gegen den faschistischen Staatsapparat, sowie für die einzige Kampforganisation, die alle Werktätigen ohne Unterschied umfaßt. Um die Reife der revolutionären Entwicklung wiederzuspiegeln, müssen die politischen Arbeiterräte aus der revolutionären Situation heraus gewählt und jeweils mit dem Fortschreiten des revolutionären Bewußtseins der Arbeiter erneuert werden.

108. FRAGE: Wie und wann können die politischen Arbeiterräte geschaffen werden?

ANTWORT: Nur in Zeiten revolutionären Aufschwungs. Ihre Bildung leitet den Kampf um die Macht ein. Sie sind die Organe des Kampfes um die Macht.

Die Arbeiterräte können sich nur halten, wenn sie den Kampf der Arbeiterklasse um die Macht organisieren und durchführen. Tun sie das nicht, so werden sie von der Bourgeoisie niedergeschlagen. Die Verankerung der Räte in der bürgerlichen Verfassung bedeutet ihren Verzicht auf den Kampf um die Macht und daher ihre Selbstvernichtung.

109. FRAGE: Können Betriebsräte die politischen Arbeiterräte ersetzen?

ANTWORT: Nein Die Betriebsräte sind spezielle Organe der Arbeiter der einzelnen Betriebe mit beschränkten Funktionen. In revolutionären Zeiten sind sie Organe zur Durchführung der Kontrolle der Produktion. Die politischen Arbeiterräte sind die alles umfassenden politischen Organe der revolutionären Arbeiterklasse zum Kampf um die Macht.

110. FRAGE. Wie können politische Arbeiterräte entstehen?

ANTWORT: Sie können bei Uebergang der Tageskämpfe in den Machtkampf durch Erneuerung und Erweiterung aus wirklichen Einheitsfrontorganen entstehen.

111. FRAGE: Welche Funktionen üben die politischen Arbeiter-
räte nach Uebernahme der Macht aus?

ANTWORT: Sie verwandeln sich in die Organe der proletarischen Staatsmacht, der Räterepublik.

112. FRAGE: Welche Bedeutung hat die Losung der Soldatenräte?

ANTWORT: Die Soldatenräte dienen der Untergrabung des Kommandoapparates bürgerlicher Heere und der Sammlung und Führung der revolutionären Kräfte im bürgerlichen Heer.

113. FRAGE: Welche Bedeutung hat die Losung der Arbeiterkontrolle der Produktion?

ANTWORT: 1. In der Periode der Tageskämpfe ist sie eine Propagandalosung, die geeignet ist, allen vom Monopolkapital ausgebeuteten Klassen in konkreter Form den Weg zur revolutionären Ueberwindung der Trustherrschaft zu zeigen, indem sie dem Gedanken der Leitung der Wirtschaft durch die kapitalistischen und bürgerlichen Staatsorgane den Gedanken der Wirtschaftsleitung ausschließlich durch die Werk-tätigen und ihre revolutionären Klassenorgane gegenüberstellt.

2. Die Losung der Arbeiterkontrolle der Produktion ist so der revolutionäre Gegenpol zu der reformistischen Losung der Wirtschaftsdemokratie, der paritätischen „Kontrolle“ der kapitalistischen Wirtschaft durch Organe des bürgerlichen Staates und der Gewerkschaften, wobei die bürgerlichen Organe immer das Uebergewicht haben.

3. Die wichtigsten konkreten Anknüpfungspunkte für die Propaganda der Arbeiterkontrolle der Produktion sind: Betriebsstilllegungen, durch die Monopole verursachte Teuerung, Wirtschaftskrisen, vor allem aber die Unzulänglichkeit des Gewerkschaftskampfes.

Die Agitation für die Arbeiterkontrolle kann besonders wirksam gemacht werden dadurch, daß die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben, und insbesondere die Betriebsräte alle Tatsachen auswerten, die die ausbeuterische Praxis des Monopolkapitals beleuchten. „Die Ent-larvung der Kapitalisten ist der erste Schritt zu ihrer Beseitigung“ (Lenin).

4. Die Losung der Arbeiterkontrolle der Produktion ist aufs engste verknüpft mit der Losung der Räte und dem Kampf um die Macht. Die Verwirklichung dieser Losung ist der erste Schritt zur Expropriation der Kapitalisten.

5. Die Arbeiterkontrolle der Produktion wird verwirklicht in der Periode des Kampfes um die Macht. Sie bedeutet dann den Kampf um die Leitung in den einzelnen Betrieben und ihre tatsächliche Uebernahme durch die Belegschaft.

6. Nach Eroberung der Macht macht die Arbeiterkontrolle der Produktion der zentralisierten Leitung der Produktion durch die Wirtschaftsorgane des Rätestaates Platz, die die Enteignung der Kapitalisten voraussetzt.

Die Arbeiterkontrolle der Produktion, d. h. das Ringen der Arbeiter in jedem Betrieb um die Leitung, ist ein notwendiges vorbereitendes Glied des Kampfes um die Macht auf wirtschaftlichem Gebiet.

D. Die Arbeiter- und Bauernregierung

114. FRAGE: Was ist die Arbeiter- und Bauernregierung?

ANTWORT: Die Arbeiter- und Bauernregierung ist das Ergebnis des Kampfes um die Macht, des siegreichen proletarischen Aufstandes. Sie ist die Diktatur des Proletariats in ihrem Anfangsstadium.

Die proletarische Staatsmacht kann sich nicht stützen auf Organe des bürgerlichen Staates. Sie kann nur entstehen und wirken, gestützt auf Klassenorgane des Proletariats, vor allem der Räte. Sie bedarf der Führung durch die Kommunistische Partei, die die Regierung nur übernehmen kann, wenn sie vorher die Mehrheit der Arbeiter für ihre Ziele und Grundsätze gewonnen hat. Sie setzt die Niederschlagung der Gewaltmittel des bürgerlichen Staates voraus und vollendet die Zertrümmerung des bürgerlichen Staatsapparates. Die proletarische Staatsmacht bedarf dieser Voraussetzung, um sofort diktatorische Maßregeln gegen die Bourgeoisie durchzuführen, die ihr allein das Vertrauen und die Unterstützung der werktätigen Klassen sichern können.

Die proletarische Staatsmacht bedarf zu ihrer Errichtung der bewaffneten Arbeiterschaft. Keine proletarische Staatsmacht ohne bewaffnete Arbeiter.

Der Versuch, eine Räteregierung vor dem siegreichen Aufstand zu bilden, muß unbedingt zur Niederlage führen. Entweder führt dieser Versuch zum Putschismus oder zur Diskreditierung der Räte und der Kommunistischen Partei, weil eine solche Regierung gegenüber dem noch intakten bürgerlichen Staatsapparat machtlos ist. Die lokale oder gebietsweise Uebernahme der Macht durch die Räte ist nur dann richtig, wenn sie in unmittelbarer Verbindung steht mit der allgemeinen Uebernahme der Macht und wenn die Voraussetzungen für die Machtübernahme im nationalen Umfang vollständig ausgereift sind.

Die Diktatur des Proletariats ist dann voll ausgebildet, wenn alle Reste bürgerlich-parlamentarischer Einrichtungen vollständig vernichtet sind, wenn die Kommunistische Partei sich das politische Monopol erkämpft hat. Das Anfangsstadium der Diktatur kann dagegen noch zeitweilige Reste des bürgerlichen Parlamentarismus einschließen (in Rußland 1917 die Konstituante). Es kann ebenfalls zeitweilige Bündnisse mit revolutionären Parteisplintern einschließen, die sich im Kampf um die Macht auf die Seite der Räte geschlagen haben.

Die Arbeiter- und Bauernregierung ist keine Uebergangslosung. Sie wird nicht im Laufe des Kampfes um die Macht verwirklicht. Ihre Verwirklichung ist der Abschluß des Kampfes um die Macht. Die Arbeiter- und Bauernregierung ist weder eine parlamentarische Koalitionsregierung, noch ein bloßes Synonym oder Pseudonym der proletarischen Diktatur. Sie ist ein bestimmtes Stadium der proletarischen Diktatur, nämlich ihr Anfangsstadium.

E. Inhalt und Formen der Tageskämpfe

1. Außenpolitisch und international

115. FRAGE: *Welches sind die Hauptgegenstände des Tageskampfes auf außenpolitischem Gebiet?*

ANTWORT: 1. Der Kampf zur Verteidigung der Sowjetunion gegen alle Anschläge der kapitalistischen Staaten.

2. Die tatkräftige Unterstützung des Kampfes der unterdrückten Kolonialvölker gegen den Imperialismus.

3. Der Kampf gegen neuen imperialistischen Krieg.

4. Der Kampf für die Liquidierung des Versailler Raubvertrages durch die internationale revolutionäre Aktion des Proletariats und gegen die imperialistische Revision des Vertrages.

5. Der Kampf gegen alle internationale Unterdrückung, für die Selbstbestimmung aller Nationen.

116. FRAGE: *Wie muß die Sowjetunion gegen imperialistische Anschläge verteidigt werden?*

ANTWORT: 1. Durch Propaganda der vollen und aktiven Solidarität der Arbeiterklasse mit der Sowjetunion.

2. Durch die höchstmögliche Steigerung der revolutionären Aktivität im eigenen Lande entsprechend den dafür vorhandenen Voraussetzungen. Die wirksamste Verteidigung der Sowjetunion ist die Förderung der Revolution im eigenen Land.

3. Die Agitation und Propaganda zur Verteidigung der Sowjet-Union muß von dem Grundgedanken ausgehen, daß die Sowjet-Union als erstes Beispiel der proletarischen Machtergreifung in einem großen Lande, als erstes Beispiel der Behauptung dieser Macht und ihrer Anwendung zum sozialistischen Aufbau von der größten geschichtlichen Bedeutung ist. Die Vernichtung der Sowjet-Union würde sich in der Arbeiterbewegung aller Länder verheerend auswirken, würde die Macht und das Machtbewußtsein der Bourgeoisie ungeheuer stärken und die Kraft und das Klassenbewußtsein des Proletariats ungeheuer schwächen.

Die Sowjet-Union ist die einzige wirkliche Friedensmacht. Sie greift nur zur Abwehr gegen imperialistische Angriffe und zur Verteidigung internationaler revolutionärer Interessen zur Waffe.

Der „rote Imperialismus“ ist eine von den Verteidigern des wirklichen Imperialismus erfundene böswillige Legende.

117. FRAGE: *Wie muß der Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr, gegen neue imperialistische Kriege geführt werden?*

ANTWORT: 1. Durch konkrete Analyse, Kritik, Anklage der imperialistischen Politik.

2. Insbesondere durch die kritische Zerstörung des pazifistischen Schleiers, mit dem die imperialistische Politik sich umgibt, (Völkerbund, Abrüstung, Schiedsgerichte, Antikriegspakte usw.).

3. Durch laufende Verfolgung der Kriegsrüstungen und den Kampf gegen sie.

4. Durch die höchstmögliche Steigerung der allgemeinen revolutionären Aktion zur Verhinderung des Ausbruches imperialistischer Kriege, von Demonstrationen bis zum Massenstreik und zum revolutionären Aufstand.

5. Dadurch, daß den Arbeitern ihre internationale Verbundenheit durch die kommunistische Agitation, die den Nationalismus und Chauvinismus in jeder Form zu bekämpfen hat, zum Bewußtsein gebracht und daß jede Gelegenheit ausgenützt wird, um die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zu verwirklichen.

118. FRAGE: Was muß zur Kontrolle der Rüstungen der eigenen Bourgeoisie geschehen?

ANTWORT: Die sorgfältige und laufende Ueberwachung der gesamten Industrie durch die Betriebsräte vom Gesichtspunkt ihrer Einstellung für militärische Zwecke (Verbindung mit dem Kampf um die Kontrolle der Produktion).

119. FRAGE: Kann die Arbeiterklasse den Ausbruch imperialistischer Kriege unter keinen Umständen verhindern?

ANTWORT: Nein. So wenig Illusionen am Platze sind über die Möglichkeiten der Arbeiterklasse im Augenblick unmittelbarer Kriegsgefahr, wenn die Bourgeoisie ihren gesamten Macht- und Propagandaapparat spielen läßt, so falsch ist es, in der Arbeiterklasse die Vorstellung zu verbreiten, als ob ihre Aktion ohne Einfluß auf den Ausbruch imperialistischer Kriege sei.

Ganz unmöglich machen kann die Arbeiterklasse neue imperialistische Kriege nur durch die Durchführung der proletarischen Revolution. — Aber die Neigung der Bourgeoisie zur Entfesselung imperialistischer Kriege wird auch bereits durch starke Massenkundgebungen und Aktionen der Arbeiterklasse gehemmt, die sie einen revolutionären Ausbruch befürchten lassen.

Bricht aber trotzdem der imperialistische Krieg aus, so ist die Mobilisierung der Massen zum Sturz der Bourgeoisie, zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg nur unter der Bedingung möglich, daß die revolutionäre Arbeiterpartei zuvor alle Kraft angeboten hat, um den imperialistischen Krieg zu verhindern.

120. FRAGE: Wie erfolgt die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg?

ANTWORT: Sie setzt voraus:

1. In der Heimat die Organisation von revolutionären Massenaktionen gegen die Folgen des Krieges, d. h. gegen die konkreten Nöte, die der Krieg hervorbringt.
2. Die dauernde revolutionäre Propaganda im Heer
3. Die Verbindung der Aktion der Soldaten- und der Zivilbevölkerung

4. Einer der wirksamsten Hebel für den Bürgerkrieg ist der propagandistische Nachweis, daß die Revolution, d. h. die Niederschlagung der bürgerlichen Staatsmacht durch den proletarischen Aufstand das einzige Mittel ist, um den Krieg zu beenden und den Frieden gemäß den Interessen der Werktätigen zu gestalten.

„Die Macht der kapitalistischen Regierung und der herrschenden Klassen Deutschlands, wie aller anderen Länder auf allen Gebieten, auch in erster Linie ihre militärische Macht zu schwächen, zu brechen und durch die bestimmende Macht des Proletariats zu ersetzen, das ist das politische Ziel des internationalen Sozialismus. Im proletarischen Kampf um den Frieden, um einen Frieden im sozialistischen Geist... vollzieht sich der Kampf um jenes allgemeine Ziel der sozialen Revolution“. (Eingabe Karl Liebknechts an das Kriegsgericht, 1916)

121. FRAGE: Wie muß der Kampf gegen den Versailler Raubvertrag geführt werden?

ANTWORT: Durch gemeinsames internationales Vorgehen der kommunistischen Parteien.

2. Die Kommunisten propagieren die Aufhebung aller imperialistischen Friedensverträge, insbesondere die Annullierung aller Kriegsschulden, die Aufhebung aller imperialistischen Annexionen, aller Einschränkungen der vollständigen Selbstbestimmung der Völker. Sie propagieren die Aufhebung der imperialistischen Verträge nicht auf dem Wege des imperialistischen Revanchekrieges, wie die Nationalisten, auch nicht auf dem Wege der Verhandlungen und Abmachungen der imperialistischen Mächte untereinander, sondern auf dem Wege der internationalen proletarischen Revolution.

122. FRAGE: Was haben die revolutionären Proletarier unmittelbar nach Ausbruch des Krieges zu tun?

ANTWORT: 1. Sie melden sich nicht freiwillig zum imperialistischen Heer, weil das eine moralische und materielle Unterstützung der imperialistischen Kriegführung wäre.

2. Sie propagieren nicht die Kriegsdienstverweigerung, weil sie als individuelle Aktion an dem Widerstand der Militärmaschine notwendig scheitert.

Sie propagieren ebensowenig die Kriegsdienstleistung. Sie propagieren die revolutionäre, gegen den imperialistischen Kriegsdienst gerichtete, aber nicht pazifistische Massenaktion, die Massenmeuterei, den Massenaufstand, weil nur so der Wille, sich nicht für die Interessen des Kapitals im Kriege zu opfern, erfolgreich durchgesetzt werden kann. Wenn Kriegsdienstverweigerung massenhaft auftritt, ist sie in die Bahn der revolutionären Massenaktion zu leiten.

2. Innerpolitisch

123. FRAGE: Welche Stellung nehmen die Kommunisten zur bürgerlich-demokratischen Republik ein?

ANTWORT: 1. Sie stehen in grundsätzlichem Gegensatz zu ihr. Sie kämpfen für ihre Beseitigung und ihre Ersetzung durch die Räterepublik.

2. Sie kämpfen gegen alle Versuche, die bürgerlich-demokratische Republik zu Gunsten des Faschismus umzustürzen. Die Arbeiterklasse muß ihre demokratischen Rechte verteidigen, weil diese Rechte ihr die besten Möglichkeiten geben, sich zum Kampfe gegen den Klassenfeind zu organisieren. Der erfolgreiche Kampf gegen den Faschismus kann aber nicht vom Boden der bürgerlichen Demokratie geführt werden. Es ist die bürgerliche Demokratie, die den Faschismus erzeugt. Der Staatsapparat der bürgerlichen Demokratie ist kein Instrument des Kampfes gegen den Faschismus, sondern wird in dem Maße, wie sein Einfluß zunimmt, zu dessen Werkzeug. Ein erfolgreicher Kampf gegen den Faschismus für die Erhaltung der demokratischen Rechte der Arbeiterklasse kann nur geführt werden als Kampf für die proletarische Demokratie, für die Räterediktatur. Die Bewaffnung der Arbeiter, die von Klassenorganen der Werktätigen geführt werden, bringt die Entscheidung im Kampf gegen den Faschismus.

124. FRAGE: Wie verhalten sich die Kommunisten zu Versuchen, die demokratischen Rechte in der bürgerlich-demokratischen Republik einzuschränken, zu verschlechtern usw.?

ANTWORT: Sie haben alle solche Versuche aufs schärfste zu bekämpfen vom Standpunkt der demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und der Werktätigen (Verschlechterung des Wahlrechts, des Versammlungsrechts, der Justiz, Einführung von Zensurbestimmungen usw.). Der Kampf gegen diese Verschlechterungen muß verbunden werden mit der Propaganda für die proletarische Diktatur.

125. FRAGE: Dürfen die Kommunisten für Reformen im bürgerlich-demokratischen Staat eintreten?

ANTWORT: Sie sind dazu verpflichtet. Sie haben zu kämpfen für die möglichste Erweiterung der demokratischen Rechte der Arbeiter und der Werktätigen überhaupt, insbesondere für die möglichste Ausdehnung der lokalen Selbstverwaltung, für die möglichste Einschränkung der Rechte der staatlichen Bürokratie. Der Kampf um Reformen im bürgerlich-demokratischen Staat steht nicht im Gegensatz zu seiner grundsätzlichen Ablehnung, so wenig wie der Kampf um die Erleichterung der wirtschaftlichen Lage der Werktätigen im Widerspruch steht zur prinzipiellen Gegnerschaft gegen den Kapitalismus.

Der Kampf um die Erweiterung der demokratischen Rechte der Werktätigen im bürgerlichen Staat stößt unausweichlich auf den Widerstand der herrschenden Klassen. Diese sind vielmehr ständig bestrebt, diese Rechte einzuschränken oder wirkungslos zu machen.

Diese Erfahrung, die die Arbeiterklasse^a im Kampf um Reformen macht, fördert daher in ihr die Einsicht in die Notwendigkeit, den Kampf zum Sturz des bürgerlichen Staates zu führen.

126. FRAGE: *Ist der „Einheitsstaat“ in der bürgerlichen Demokratie zu verwirklichen?*

ANTWORT: Nein. Die in der bürgerlichen Republik erhaltenen Reste des Partikularismus geraten mehr und mehr in Widerspruch zu den ökonomischen Interessen des Monopolkapitals. Erst die proletarische Revolution wird mit den mittelalterlichen Resten fertig werden, die die bürgerliche Revolution in Deutschland nicht hat beseitigen können — weil sie beinahe von Anfang an unter dem drohenden Schatten der proletarischen Revolution stand.

Die Zersplitterung der Staatsverwaltung durch den Partikularismus wird umso mehr ein Hemmnis für das Monopolkapital, je größere Gebiete die einzelnen Monopole umfassen. Trotzdem ist der bürgerliche Staat nicht mehr imstande, damit aufzuräumen, weil er bei dieser Aufräumung zu viele reaktionäre Interessen verletzen würde, auf deren Hilfe er angewiesen ist.

127. FRAGE: *Was verstehen die Kommunisten unter „Einheitsstaat“?*

ANTWORT: Wir verstehen darunter das vollständige Wegräumen der Reste des Partikularismus bei gleichzeitigem vollständigen Ausbau der lokalen und provinziellen Selbstverwaltung. Die Bourgeoisie versteht darunter die staatliche bürokratische Zentralisation auf Kosten der Selbstverwaltung.

128. FRAGE: *Lehnen wir deshalb den „Einheitsstaat“ unter bürgerlicher Herrschaft ab?*

ANTWORT: Wir sind für den Einheitsstaat, soweit er der Arbeiterklasse verbesserte Kampfbedingungen gegen den bürgerlichen Staat gewährt.

129. FRAGE: *Worin besteht die Eigenart der militärischen Verhältnisse in Deutschland?*

ANTWORT: Darin, daß die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft und an ihre Stelle eine durch die Versailler Vertragsbestimmungen nach Zahl und Bewaffnung beschränkte Armee von Berufssoldaten gesetzt ist. Die Mannschaft dieser Armee, der Reichswehr, ist zudem politisch und klassenmäßig besonders ausgewählt.

Die Wirkungen dieser Aenderungen sind vom Gesichtspunkt der proletarischen Revolution folgende:

1. Bei allgemeiner Wehrpflicht wurde auch die Arbeiterklasse militärisch ausgebildet.

Nach ihrem Wegfall wächst jedes Jahr der Prozentsatz der Arbeiter, die nicht mehr militärisch ausgebildet sind.

2. Der Kriegsfall gab automatisch den Arbeitern und den Werkträgern Waffen in die Hand.

Das Heer der allgemeinen Wehrpflicht spiegelte im großen Ganzen die durchschnittliche Klassenzusammensetzung des Landes wieder. Die Revolutionierung der Volksmasse spiegelte sich daher im Heere ab.

Dies ist bei der Reichswehr nur in sehr geringem Maße der Fall. Bei den Mannschaften der Reichswehr sind die proletarisch-revolutionären Elemente sorgfältig ausgeschieden. Die Reichswehrmannschaft rekrutiert sich größtenteils aus den rückständigen Schichten des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums und „rückständigen, unentwickelten Schichten der Arbeiterklasse.

Die Reichswehrmannschaft ist also mehr oder weniger abgeschlossen gegen das Leben der Arbeiterklasse. Sie wird in Zeiten revolutionärer Krise mehr oder weniger die Massenbewegungen des Kleinbürgertums und rückständiger Arbeiterschichten widerspiegeln. Das bedeutet, daß sie schwerer revolutionär zu beeinflussen ist, als die Armee der allgemeinen Wehrpflicht.

130. FRAGE: *Ueber welche militärischen Reserven verfügt die deutsche Bourgeoisie?*

ANTWORT: Ueber die Schupo. Ueber zahlreiche reaktionäre Verbände halb-militärischer Art, insbesondere die faschistischen Kampforganisationen, die bürgerlichen Sportorganisationen, die Offiziersverbände, die Studentenorganisationen, die Reitervereine usw.

131. FRAGE: *Welche allgemeinen historischen Lehren ergeben sich für die Arbeiterklasse aus der Vergangenheit der Bürgerkriegskämpfe?*

ANTWORT: 1. Daß die Frage der Bewaffnung der Arbeiter nicht rein technisch-organisatorisch zu lösen ist, sondern daß sie in der engsten Abhängigkeit steht vom allgemeinen politischen Kampf. Die Gewinnung der Waffen durch die Arbeiter ist selbst das Ergebnis von Kämpfen. Sie setzt voraus die revolutionäre Geschlossenheit der Arbeiterklasse, die nur die Folge einer völlig reifen und zugespitzten revolutionären Situation und einer richtigen und entschlossenen Politik der Kommunistischen Partei sein kann.

2. Daß die Bewaffnung der Arbeiter nur dann zustande kommt, wenn eine entsprechende Propaganda vorausgegangen ist.

3. Daß die Gegner der Arbeiterklasse nur dann geschlagen und entwaffnet werden können, wenn sie vorher bereits dem revolutionären Einfluß bis zu einem gewissen Grade unterlegen sind.

132. FRAGE: *Was kann die Arbeiterschaft heute tun, um den konterrevolutionären Bürgerkriegsvorbereitungen zu begegnen?*

ANTWORT: 1. Sie muß für die Ausbreitung und die Erhaltung der Geschlossenheit der Arbeitersportorganisationen und für ihre Eroberung für den Kommunismus wirken. Die Spaltung der Sportorganisationen, wie sie von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands begünstigt wird, d. h. die Lostrennung der Kommunisten von der breiten Masse

der Arbeitersportbewegung ist daher eine schwere Schädigung der Abwehr der Vorbereitungen für den imperialistischen Krieg und den konterrevolutionären Bürgerkrieg.

2. Ausbildung möglichst breiter proletarischer Abwehrorganisationen. Diese haben nur einen Sinn und Zweck, wenn sie die Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteistellung umfassen, sofern sie nur bereit sind, die Pflichten einer proletarisch-revolutionären Abwehrorganisation zu erfüllen. Abwehrorganisationen, die nur auf Mitglieder der Kommunistischen Partei oder gar die einer bestimmten Richtung der Kommunistischen Partei beschränkt sind, sind zwecklos und sogar schädlich. Es ist Aufgabe der Kommunistischen Partei, diese proletarischen Abwehrorganisationen mit kommunistischem Geist zu erfüllen.

Für die Aufhebung des Verbots des RFB muß eine breite Massenpropaganda entfaltet werden.

Die Abwehr gegen den Faschismus durch die proletarische Einheitsfront ist die wirksamste Grundlage zur Werbung für proletarische Abwehrorganisationen.

133. FRAGE: Welche prinzipielle Stellung nimmt die Arbeiterklasse zu bürgerlichen Klassenheeren überhaupt ein?

ANTWORT: Sie bekämpft bürgerliche Klassenheere prinzipiell. Sie kann sie in keiner Form für ihre eigenen Zwecke benützen. Die Arbeiterklasse tritt für die Schaffung proletarischer Wehrformationen ein.

134. FRAGE: Worin besteht der Klassencharakter des bürgerlichen Heeres?

ANTWORT: 1. Darin, daß es das Machtwerkzeug der bürgerlichen Klassenregierung und der bürgerlichen Klassenpolitik nach innen und außen ist.

2. Daß der Aufbau des Heeres derart ist, daß die Kommandostellen von Angehörigen der herrschenden Klasse besetzt sind.

135. FRAGE: Wird an dem Klassencharakter des Heeres etwas geändert durch die Form des bürgerlichen Staates (Monarchie oder Republik) oder durch die besondere Wehrverfassung (Milizheer, Berufsheer, stehendes Heer auf Grund allgemeiner Wehrpflicht oder irgendeiner Kombination dieser Formen)?

ANTWORT: Weder die Verschiedenheit der bürgerlichen Staatsformen noch der der bürgerlichen Wehrformen berührt den Klassencharakter des Heeres. Sie kann also nichts ändern an der grundsätzlichen Stellung der Arbeiterklasse zum bürgerlichen Heer.

136. FRAGE: Ist die Bewilligung von Heeresforderungen und Kriegskrediten für das bürgerliche Klassenheer mit den Interessen der Arbeiterklasse zu vereinbaren?

ANTWORT: Nein. Die Arbeiterklasse muß festhalten an der Losung: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“, d. h. an der Ab-

lehnung aller Heeresforderungen im Frieden wie im Krieg, solange nicht der Rätestaat an Stelle des bürgerlichen Staates getreten ist.

137. FRAGE: *Schließt die prinzipielle Gegnerschaft gegen das bürgerliche Klassenheer die Aufstellung von Losungen und Forderungen für die Mannschaften aus?*

ANTWORT: Nein. Aber diese Losungen und Forderungen müssen ausschließlich zum Ziele haben, das Gefühl der Verbundenheit der Soldaten mit den werktätigen Massen zu erwecken und zu steigern. Solche Forderungen und Losungen sind z. B. volle politische und gewerkschaftliche Rechte für die Mannschaften, das Eintreten für die wirtschaftlichen Forderungen der Mannschaften, die Beseitigung des Militärstrafgesetzes usw. Die zentrale Losung auf diesem Gebiet ist die Losung der Soldatenräte.

138. FRAGE: *Sind vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus alle bürgerlichen Wehrformen gleichwertig?*

ANTWORT: Nein. Am ungünstigsten ist das reine Berufsheer, am günstigsten die bürgerliche Wehrform, die sich am meisten der Miliz nähert, d. h. mit höchstmöglicher breiter Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht, Verkürzung der Dauer der militärischen Ausbildung, Einschränkung des Elements der Berufssoldaten, Ausdehnung der demokratischen Rechte der Mannschaften, Wahl der Vorgesetzten durch die Mannschaften.

139. FRAGE: *Welchen Charakter hat die Sozialpolitik im bürgerlichen Staat?*

ANTWORT: Die Sozialpolitik ist das Eingreifen des bürgerlichen Staates zum Schutze der Arbeitskraft. Der bürgerliche Staat schützt die Arbeitskraft:

1. Um eine Raubwirtschaft an der Ware Arbeitskraft zu verhindern und ihre dauernde reguläre Ausbeutung zu sichern.
2. Um die Bedingungen der Ausbeutung der Arbeitskraft durch die einzelnen Kapitalisten nach Möglichkeit auszugleichen.
3. Um die für die Bedürfnisse der kapitalistischen Produktion erforderliche Ausbildung der Arbeitskraft zu erzielen.
4. Um durch Zugeständnisse auf diesem Gebiet die Arbeiterklasse mit dem bürgerlichen Staat und der kapitalistischen Ausbeutung zu versöhnen.

Auch insoweit die Sozialpolitik einem kapitalistischen Bedürfnis entspricht, führt sie der bürgerliche Staat in der Regel nur durch unter dem Druck der Arbeiterklasse.

Die deutsche Bourgeoisie kämpft gegenwärtig für den Generalabbau der Sozialpolitik.

140. FRAGE: Welche Stellung nehmen die Kommunisten zur Sozialpolitik im bürgerlichen Staat ein?

ANTWORT: Die Kommunisten betrachten die Sozialpolitik nicht als ein Stück Sozialismus in der heutigen Gesellschaft, wie das der Reformismus tut, sondern lediglich als Maßnahme zur Regelung der kapitalistischen Ausbeutung.

Die Kommunisten treten für sozialpolitische Reformen nicht ein, um die Arbeiter mit der kapitalistischen Ausbeutung auszusöhnen, sondern um sie zu befähigen, gegen die kapitalistischen Ausbeuter und das gesamte kapitalistische Ausbeutungssystem mit größerem Erfolg zu kämpfen. Die Kommunisten treten für jede wirkliche Maßnahme zum Schutz der Arbeitskraft ein und kämpfen gegen jede Verschlechterung der sozialpolitischen Bestimmungen.

Die Kommunisten kämpfen gegen die Belastung der Arbeiterschaft mit den Kosten der Sozialpolitik (Arbeiterbeiträge für Sozialpolitik), für die Aufbringung aller Lasten für die Sozialpolitik durch die Unternehmer und für die volle Selbstverwaltung der sozialpolitischen Institutionen unter Ausschaltung des Unternehmereinflusses.

Der Kampf für sozialpolitische Maßregeln zum Schutze der Arbeitskraft ist eine wesentliche Voraussetzung für den Kampf der Gewerkschaften zur Realisierung des Preises der Ware Arbeitskraft, d. h. für den Kampf um Lohn und Arbeitszeit.

141. FRAGE: Welche Gesichtspunkte sind für Kommunisten maßgebend im Kampf um Reformen auf dem Gebiet der Steuer- und Zollpolitik?

ANTWORT: 1. Der Zweck der Steuererhebung im kapitalistischen Staat ist die Beschaffung der materiellen Mittel, die notwendig sind, damit er seine Aufgaben erfüllen kann. Die Steuerpolitik dient also, so lange die Bourgeoisie herrscht, der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung.

2. Nicht die Steuern bestimmen den Charakter der gesellschaftlichen Produktion und damit der Gesellschaft überhaupt, sondern umgekehrt. Keine Steuerreform kann die Enteignung der Kapitalisten ersetzen.

3. Die Kommunisten kämpfen gegen jede direkte oder indirekte Belastung des Arbeitslohnes und des Arbeitseinkommens nichtkapitalistischer Klassen durch Steuern oder Zölle. Die Kommunisten treten ein für die weitestgehende Besteuerung des Mehrwerts und der kapitalistischen Vermögen.

4. Der Kampf gegen Steuern, die die werktätigen Massen belasten und für die Abwälzung der Steuerlasten auf die Besitzenden ist ein wirksames Mittel, um das Klassenbewußtsein der Werktätigen zu steigern, indem in ihnen die Einsicht erweckt wird, daß sie zur Verteidigung ihrer Lebenshaltung übergehen müssen vom Kampf um Steuerreformen zum Kampf gegen die Grundlagen der kapitalistischen Ausbeutung

142. FRAGE: Welche Gesichtspunkte sind für die Kommunalpolitik der Kommunisten maßgebend?

ANTWORT: 1. Eine volle lokale Selbstverwaltung der werktätigen Klassen ist im Rahmen des bürgerlichen Staates nicht zu verwirklichen. Sie ist nur zu verwirklichen durch lokale Arbeiterräte und im Rahmen des Rätestaats.

2. Die kommunale Selbstverwaltung im bürgerlichen Staat ist stets und überall eine beschränkte Selbstverwaltung. Sie ist beschränkt durch die Einwirkung des bürgerlichen Staates und der wirtschaftlichen Macht der Kapitalisten. Die allgemeine bürgerliche Tendenz in Deutschland geht dahin, die kommunale Selbstverwaltung immer mehr einzuengen.

Der siegreiche Faschismus hat in Italien und Polen die kommunale Selbstverwaltung völlig aufgehoben.

3. Kommunale Verwaltung und bürgerlicher Staatsapparat sind nicht identisch, auch wenn sich der bürgerliche Staatsapparat immer größere Teile der kommunalen Verwaltung direkt unterwirft.

4. Es ist deshalb möglich, die kommunale Selbstverwaltung zur Durchsetzung von Teilforderungen der Werktätigen auszunutzen. Während die Kommunisten unter keinen Umständen politisch verantwortliche Funktionen im bürgerlichen Staatsapparat bekleiden dürfen, können und müssen sie, wenn sie das Vertrauen der Werktätigen genießen, verantwortliche Funktionen in der kommunalen Verwaltung übernehmen, um im Zusammenwirken mit der werktätigen Bevölkerung und ihren Organisationen proletarische Interessen durchzusetzen.

5. Führt diese Vertretung proletarischer Interessen im Rahmen der Gemeinde zu Konflikten mit der Staatsgewalt, so haben die kommunistischen Funktionäre die Pflicht, diese Konflikte auszunutzen, um den Werktätigen begreiflich zu machen, daß sie den Kampf zur Beseitigung der bürgerlichen Staatsgewalt führen müssen.

6. Kommunisten sind verpflichtet, für die Erweiterung der kommunalen Selbstverwaltung, gegen ihre Einschränkung zu kämpfen.

7. Den Etats der Kommunen kann von Kommunisten nur zugestimmt werden, wenn es ihnen gelungen ist, die Interessen der Werktätigen im Etat zu sichern und alle arbeiterfeindlichen Positionen auszumerzen.

8. Die Schaffung kommunaler Betriebe (Gas, Elektrizität, Wasser, Verkehr, Lebensmittelbeschaffung und -Verteilung gemeinsam mit den Konsumgenossenschaften) wird von den Kommunisten gefördert, bestehende kommunale Betriebe werden gegen Angriffe privatkapitalistischer Monopole verteidigt.

Die kommunalen Betriebe im bürgerlichen Staat sind aber im Gegensatz zu den Behauptungen der Reformisten keine sozialistischen Betriebe.

143. FRAGE: Welche Stellung nehmen die Kommunisten zur bürgerlichen Klassenjustiz ein?

ANTWORT: Das Justizwesen in der deutschen Republik ist noch ein halbabsolutistischer Anachronismus, das Richterkorps ist eine reak-

uonare Kaste, das Prozeßverfahren rückständig und schikanös. Wir treten ein für Absetzbarkeit und periodische Wahl der Richter durch allgemeines Stimmrecht, wobei wir uns im Klaren sind, daß die bürgerliche Klassenjustiz dadurch nicht aufgehoben wird (siehe Schweiz, Vereinigte Staaten). Wir sind für die Beseitigung aller rechtlichen Bestimmungen, die der werktätigen Bevölkerung nachteilig sind. Ein proletarisches Recht kann nur im proletarischen Staat geschaffen werden. Das bürgerliche Recht läßt sich nicht auf dem Wege der Reformen in proletarisches Recht verwandeln. Das bürgerliche Recht ist keine Waffe zur Umwälzung der Machtverhältnisse der Klassen im bürgerlichen Staat. Das Recht ist nicht Ursache, sondern Wirkung des jeweils bestehenden Machtverhältnisses.

144. FRAGE: Worin besteht die geschichtliche Mission der Kommunistischen Jugendorganisation?

ANTWORT: Die wirtschaftliche Ausbeutung und politische und kulturelle Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie trifft mit besonderer Schärfe die arbeitende Jugend. „Die geschichtliche Mission der proletarischen Jugendbewegung ist es, in der allgemeinen Kampfbewegung des Proletariats gegen die herrschende Klasse die besonderen Klasseninteressen der arbeitenden Jugend zu verfechten“.
(Karl Liebknecht.)

Die Kommunistische Jugendorganisation formuliert und vertritt die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Forderungen der arbeitenden Jugend. Die Jungkommunisten müssen zu diesem Zweck in die Massenorganisationen der Arbeiterjugend (Jugendsektionen der Gewerkschaften, Jugendabteilungen der Arbeitersport- und Kulturorganisationen, Jugendabteilungen der Freidenker) und die entsprechenden Organisationen der Arbeiterklasse eintreten und dort für diese Forderungen wirken.

Die Kommunistische Jugendorganisation ist Erziehungs- und Kampforganisation, die die Jungarbeiter und -Arbeiterinnen durch ihre Erziehungsarbeit und Teilnahme an den Aktionen der Arbeiterklasse zu Klassenkämpfern, zu Soldaten der Revolution, zu Kommunisten, erzieht.

Der Rahmen der Kommunistischen Jugendorganisation muß deshalb viel offener, breiter und das innere Leben viel freier sein als in der Kommunistischen Partei.

Die Kommunistische Jugendorganisation ist dazu berufen, die Einheitsfront der arbeitenden Jugend im Kampfe für ihre Forderungen herzustellen.

Die Kommunistische Jugend ist eine selbständige Organisation im Rahmen der kommunistischen Gesamtbewegung, denn nur als selbst-

ständige Organisation kann die Kommunistische Jugendorganisation ihre Aufgaben erfüllen.

145. FRAGE: Welche Arbeit ist zu leisten unter den werktätigen Frauen?

ANTWORT: Da die Gewinnung der Millionenmassen der Arbeiter nicht möglich ist ohne die Einbeziehung der proletarischen Frauen, haben die Kommunisten bei der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse ihr Hauptaugenmerk auf die Gewinnung der Arbeiterinnen und proletarischen Hausfrauen zu richten.

Bei allen Aktionen und Kampagnen des Proletariats müssen deshalb die Frauen unter Berücksichtigung ihrer besonderen Interessen für diese Kämpfe mobilisiert werden.

Systematische Arbeit in Betrieb, Gewerkschaft, Genossenschaft und sonstigen proletarischen Massenorganisationen ist notwendig.

Neben den allgemeinen politischen Forderungen sind folgende von besonderem Interesse für die werktätigen Frauen:

Gleicher Lohn für gleiche Leistung.

6-Studentag.

Ausreichender Arbeiterinnenschutz.

Schutz für Mutter und Kind.

Beseitigung des § 218.

III. DIE PROLETARISCHEN

MASSENORGANISATIONEN

A. Gewerkschaften

146. FRAGE: Worin besteht der allgemeine Inhalt des gewerkschaftlichen Kampfes vor Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse?

ANTWORT: Im Kampf um die Realisierung des Wertes der Arbeitskraft, also in der Verfechtung der Interessen des Arbeiters als Verkäufers der Ware Arbeitskraft.

Es ist also ein Kampf, der zunächst sich vollzieht im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der abhängig ist von ihren Gesetzen.

147. FRAGE: Durch welche Mittel wirken die Gewerkschaften auf den Arbeitsmarkt, auf Lohnhöhe, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen ein?

ANTWORT: In erster Linie durch Zusammenfassung und Regulierung des Angebots der Arbeitskraft. Die Hauptwaffen des gewerkschaftlichen Kampfes waren daher bisher die planmäßige Zurückziehung der Arbeitskraft vom Markte (Streik), die Fernhaltung des Angebots durch nichtorganisierte und organisierte Arbeiter, die Sperre über bestimmte Betriebe, die Streikunterstützung an ihre Mitglieder, um ihnen die zeitweilige Zurückziehung ihrer Arbeitskraft möglich zu machen, seltener der Boykott über bestimmte Unternehmungen, deren Abnehmer vorwiegend Arbeiter sind, und passive Resistenz.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Hauptwaffe des gewerkschaftlichen Kampfes bisher bestand: in der Einschränkung oder teilweisen und zeitweiligen Ausschaltung der Konkurrenz der Arbeiter untereinander, d. h. in der Führung von Lohnbewegungen und Streiks zur Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen usw.

148. FRAGE: *Welche Organisationsform der Gewerkschaften ist gegenwärtig die zweckmäßigste?*

ANTWORT: Der Industrieverband, in dem alle Arbeiter eines Industriezweiges in einem Verband zusammengeschlossen sind. Der Industrieverband entspricht: 1. der gegenwärtig herrschenden kapitalistischen Betriebsweise, die in der Regel Arbeiter der verschiedensten Berufe sowie gelernte, ungelernte und angelernte in einem Betrieb vereinigt. 2. der Organisationsform der Unternehmer, die nach Industriezweigen zusammengefaßt sind.

Die Unternehmerverbände werden immer straffer organisiert; die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter nach Berufen ist ihnen gegenüber rückständig.

149. FRAGE: *Was ist Offensive (Angriff) und Defensive (Verteidigung) im gewerkschaftlichen Kampf?*

ANTWORT: 1. Im allgemeinen ist der gewerkschaftliche Kampf die Reaktion auf vorher vollzogene Aktionen des Kapitals, z. B. Preissteigerungen, Steigerung der Produktivität oder Intensität der Arbeit usw. (Marx). Der Boden der gewerkschaftlichen Aktionen ist daher der der strategischen Defensive gegen das Kapital.

2. Taktische Offensive liegt vor, wenn:

- a) die Gewerkschaften die unmittelbare Initiative haben und
- b) die Bewegung eine Erhöhung des Reallohns oder Kürzung der Arbeit oder Verbesserungen der Arbeitsbedingungen gegenüber dem Ausgangspunkt der Bewegung zum Ziele hat.

3. Taktische Defensive liegt vor, wenn:

- a) die unmittelbare Initiative der Bewegung von den Unternehmern ausgeht,
- b) wenn die Bewegung zum Ziele hat, die Abwehr von Verschlechterungen der Löhne, der Arbeitszeit, der Arbeitsbedingungen, die von den Unternehmern angestrebt werden.

Nicht die Bewegung der Nominallohne, sondern der Reallohne bestimmt den offensiven oder defensiven Charakter gewerkschaftlicher Bewegungen.

150. FRAGE: *Kann der nur-gewerkschaftliche Kampf, der Kampf um Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen das kapitalistische Lohngesetz durchbrechen, ist es möglich, eine solche schrittweise Erhöhung der Löhne und Beschränkung der kapitalistischen Profite zu erzielen, daß dadurch schließlich der Kapitalismus beseitigt wird?*

ANTWORT: Nein. Der gewerkschaftliche Kampf beruht auf dem kapitalistischen Lohngesetz, auf den Gesetzen des kapitalistischen Arbeits-

marktes, die ihrerseits auf dem kapitalistischen Wertgesetz beruhen. Das kapitalistische Wertgesetz aber beruht auf dem Eigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln. Eine Durchbrechung der Schranken des kapitalistischen Lohngesetzes ist also nur möglich durch Aufhebung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln. Das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln ist aber gestützt auf die bürgerliche Staatsgewalt. Es kann also nur beseitigt werden durch den Sturz dieser Staatsgewalt durch die Arbeiterklasse, also durch die revolutionäre politische Aktion der Arbeiterklasse.

151. FRAGE: Dürfen sich die Gewerkschaften auf den wirtschaftlichen Kampf beschränken?

ANTWORT: Nein, die Gewerkschaften können und dürfen sich nicht auf den Kampf im Rahmen des kapitalistischen Lohngesetzes beschränken. Sie werden durch das Spiel der inneren Gesetze des Kapitalismus gezwungen, mehr und mehr ihre Anstrengungen zu richten auf den Sturz des kapitalistischen Systems, auf die proletarische Revolution. Aber der Kampf zum Sturz der Bourgeoisie fällt nicht zusammen mit dem wirtschaftlichen Kampf, er erfordert also den Uebergang der Gewerkschaften vom gewerkschaftlich-wirtschaftlichen zum politisch-revolutionären Kampf, die Einsetzung der Gewerkschaften als einer politischen Kampfkraft, politische Zielsetzung und politische Kampfmittel.

Der Rahmen des gewerkschaftlichen Kampfes und seiner Methoden muß also zu diesem Zweck überschritten werden. Der Uebergang der Gewerkschaften zum politischen Kampf erfordert zugleich die Schaffung neuer Organe der Einheitsfront und im unmittelbaren Kampf um die Macht von politischen Arbeiterräten. Einheitsfrontorgane und politische Räte können jedoch die Gewerkschaften nicht ersetzen. Der politische Kampf der Gewerkschaften bedarf der Verbindung der Gewerkschaften mit Einheitsorganen und (im Machtkampf) von Räten.

Die kommunistische Partei soll die Führerin des gesamten Befreiungskampfes der Arbeiterklasse sein. Die Führung der Massenkämpfe, Massenorganisationen und Massenorgane durch die Kommunistische Partei, eine Führung, die eine notwendige Vorbedingung des Sieges der Arbeiterklasse ist, erfolgt nicht auf dem Wege der mechanischen bürokratischen Unterordnung und Bevormundung der Massenorganisationen oder Massenorgane durch die Partei oder ihrer Verwandlung in Abteilungen der kommunistischen Partei.

Sie kann nur dadurch erfolgen, daß die Kommunisten als zielklare und organisierte Vorhut des Proletariats das Vertrauen der Arbeiter in diesen Organisationen und Organen genießen und erreichen, daß die kommunistische Politik von ihnen zur Richtschnur ihres Kampfes gemacht wird.

Die Leugnung der Notwendigkeit der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, die Behauptung, daß die Gewerkschaften „sich selbst genügen“, oder daß andere Organe, wie Räte, die Partei überflüssig machen (Syndikalismus), ist falsch.

Falsche Methoden der Ausübung der führenden Rolle der Partei in den proletarischen Massenorganisationen rufen als notwendige Reaktion syndikalistische Tendenzen hervor oder stärken sie (Frankreich), oder führen zur Zerstörung der Gewerkschaften (Tschechoslowakei).

152. FRAGE: Welche Umstände zwingen die Gewerkschaften, sich nicht auf den gewerkschaftlichen Kampf im Rahmen des Kapitalismus zu beschränken, sondern sich den Sturz des Kapitalismus, die proletarische Revolution zum Ziel zu setzen?

ANTWORT: Die wachsende Beschränkung der Erfolge, die durch den nur-gewerkschaftlichen Kampf erzielt werden können, die fortschreitende relative und absolute Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft durch die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung selbst.

153. FRAGE: Welche Umstände bewirken die immer engere Begrenzung der Erfolge des nur-gewerkschaftlichen Kampfes?

ANTWORT: 1. Die gewerkschaftlichen Kampfmittel setzen zu ihrer vollen Auswirkung voraus die Ausnützung der Konkurrenz der einzelnen Kapitalisten untereinander. Auf dieser Grundlage ist die gewerkschaftliche Strategie und Taktik ausgearbeitet worden.

Aber diese Grundlage schrumpft mehr und mehr zusammen durch die Ausschaltung der Konkurrenz der einzelnen Kapitalisten in den einzelnen Industriezweigen, durch die Bildung kapitalistischer Monopole aller Arten und Formen (Trusts, Kartelle, Syndikate), durch die Gegenüberstellung festgeschlossener Unternehmerverbände gegen die Gewerkschaften.

Dieser Prozeß ist in Deutschland so vorgeschritten, daß die Monopole die beherrschende Macht der Wirtschaft geworden sind und die kapitalistische Konkurrenz der Einzelkapitalisten nur noch eine untergeordnete Rolle spielt.

Die Wirkung der normalen Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes wird dadurch in steigendem Maße außer Kraft gesetzt.

Die deutsche Arbeiterklasse ist dadurch im Ganzen genommen wirtschaftlich aus dem Angriff in die Verteidigung zurückgedrängt.

2. Das Monopolkapital unterwirft den Arbeiter nicht nur als Produzenten im Betrieb einer verschärften Ausbeutung, es verkürzt gleichzeitig seinen Reallohn durch die Durchsetzung der Monopolpreise auf dem Warenmarkt, durch die erhöhte Ausbeutung des Arbeiters als Konsumenten.

3. Die nach dem Kriege verschärfte internationale Konkurrenz auf dem Weltmarkt und die Rationalisierung als Waffe sowohl in diesem internationalen Konkurrenzkampf als auch im inneren Kampfe zwischen Lohn und Profit, haben eine ständige Armee von Dauer-Arbeitslosen oder nur vorübergehend Arbeitenden geschaffen, die weit über dem Niveau der Arbeitslosigkeit vor dem Kriege steht und die auch in der Hoch-

konjunktur nicht aufgelösön wird. Diese riesige stehende Armee der Erwerbslosen ist eine mächtige Waffe des Monopolkapitals gegen die aktive Arbeiterarmee. Sie schränkt die Wirksamkeit der Mittel des normalen gewerkschaftlichen Kampfes noch weiter ein.

154. FRAGE: *Welche Folgerungen haben die reformistischen Gewerkschaftsführer aus dieser Lage gezogen?*

ANTWORT: 1. Statt Einstellung der Gewerkschaften auf den revolutionären Klassenkampf mit dem Ziele des Sturzes des Kapitalismus die Arbeitsgemeinschaft, die Klassenharmonie mit dem Kapital, die Solidarisierung mit der bürgerlichen Staatsmacht.

2. Statt der Verbindung der gewerkschaftlichen Kampfmittel mit den politischen — den weitgehenden Verzicht selbst auf die Anwendung der gewerkschaftlichen Kampfmittel, des Streiks und ihre Ersetzung durch das staatliche Zwangsschlichtungswesen.

3. Statt die Tarifverträge nur als zeitweilige Waffenstillstände zu betrachten, die dem Kampf untergeordnet sind, sehen sie in ihnen einen Selbstzweck, die Norm und Regel.

4. Die ideologische Zusammenfassung dieser prinzipiellen Kapitulation vor dem Monopolkapital ist die Ideologie der Wirtschaftsdemokratie, d. h. die Illusion, daß das Monopolkapital durch allmählich wachsenden Einfluß der Gewerkschaften und durch die Kontrolle der Organe des bürgerlichen Staates gebändigt und schließlich beseitigt werden könne; während tatsächlich das Monopolkapital steigend an Macht gewinnt über die Arbeiterklasse und der bürgerliche Staat nur sein Werkzeug ist und ihm immer vollständiger untergeordnet wird.

155. FRAGE: *Wann ist der offene tatsächliche und prinzipielle Uebertritt der Gewerkschaftsführer auf den Boden der Verteidigung des bürgerlichen Staats und der kapitalistischen Ordnung erfolgt?*

ANTWORT: Das geschah im Jahre 1914, mit dem Abschluß des Burgfriedens, mit der Uebernahme der Verpflichtung, während des Krieges keine Streiks zu führen; eine weitere Etappe, die notwendige Folge der ersten, war der Abschluß der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern durch die Generalkommission der Gewerkschaften (des späteren Vorstands des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes) am 15. November 1918, es war das die fest organisierte laufende Zusammenarbeit der Gewerkschaftsführung mit dem organisierten Unternehmertum.

156. FRAGE: *Hat sich der prinzipielle Standpunkt der reformistischen Gewerkschaftsführer zum Kapitalismus und zum bürgerlichen Staat geändert?*

ANTWORT: Nein, er ist prinzipiell derselbe geblieben.

157. FRAGE: *Welche Aenderungen in der Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführer sind seit 1918 eingetreten?*

ANTWORT: Aenderungen nicht prinzipieller Art, sondern untergeordnete Aenderungen ihrer Kampfmethoden auf dem Boden der Klassenharmonie und der Arbeitsgemeinschaft — entsprechend den Veränderungen der Situation und des Charakters des allgemeinen proletarischen Klassenkampfes.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer haben in der Regel den gewerkschaftlichen Kampf überhaupt zu unterbinden gesucht, solange die revolutionären Wellen noch hochgingen und sie befürchteten, daß diese Kämpfe in den Machtkampf übergehen oder die Wiederbefestigung des Kapitalismus stören könnten. Sie haben diesen Kämpfen nur dann einen gewissen engen Spielraum gelassen, wenn sie solche Gefahren für den Kapitalismus nicht befürchteten. Auch dann waren sie bestrebt, wenn möglich den Ausbruch von Streiks durch staatliche Schiedssprüche zu verhindern und sie nach der Fällung der Schiedssprüche abzuschließen.

158. FRAGE: *Warum hat im Jahre 1919-20 die Kommunistische Internationale unter der Leitung Lenins beschlossen, die Kommunisten zu verpflichten, in den Gewerkschaften zu arbeiten mit dem Ziel, sie für den Kommunismus zu erobern?*

ANTWORT: Dieser Beschluß war darauf gegründet, daß die von Reformisten und offenen Konterrevolutionären geführten Gewerkschaften die geschichtlich gewordenen Organisationen sind, in denen die breitesten Massen des Proletariats zur Verteidigung ihrer elementarsten Lebensinteressen zusammengefaßt sind; daß die Kommunisten diese Massen nicht dem reformistischen und konterrevolutionären Einfluß der Führung überlassen dürfen; daß die künstliche Schaffung besonderer „revolutionärer“ Gewerkschaften durch die Kommunisten ein schwerer Fehler ist, der die Kommunisten von den proletarischen Massen isoliert und sie diskreditiert, da solche künstlichen Sondergebilde von Minderheiten nicht imstande sind, das besser zu machen, was sie an den reformistischen Gewerkschaften mit Recht kritisieren.

Das Verlassen der Gewerkschaften durch die Kommunisten und der Aufbau von gewerkschaftlichen Ersatzorganisationen hat den Reformisten ermöglicht, die Schuld an der Zersplitterung und dadurch Schwächung der Gewerkschaftsmacht auf die Kommunisten zu schieben, es stärkt die Macht der Reformisten in den Gewerkschaften und ermöglicht ihnen, eine weit reaktionärrere Politik durchzuführen als zuvor.

159. FRAGE: *Sind die von Lenin angegebenen Voraussetzungen seitdem häufig geworden?*

ANTWORT: Nein, vielmehr hat alle spätere Erfahrung, auch auf deutschem Boden, haben insbesondere alle Versuche, besondere „revolutionäre“ Gewerkschaften zu gründen, die Richtigkeit dieser Taktik unbedingt bestätigt.

Die Kommunisten sind heute, wie je verpflichtet, auch bei der reaktionärsten Führung der Gewerkschaften in ihnen für den Kommunismus zu arbeiten.

160. FRAGE: *Haben die Kommunisten jederzeit für die Einheit der Gewerkschaften zu wirken und warum?*

ANTWORT: Ja, und zwar deshalb, weil jede Spaltung der Gewerkschaften den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter und letzten Endes auch ihren politischen Kampf schwächt. Falls den Reformisten die Spaltung einer Gewerkschaft, oder der Gewerkschaften eines ganzen Landes gelungen ist, sind die Kommunisten erst recht verpflichtet, für die Einheit der Gewerkschaften einzutreten.

161. FRAGE: *Was unterscheidet die Gewerkschaftseinheit von der Parteieinheit der Revolutionäre mit den Reformisten? Was unterscheidet die gewerkschaftliche Spaltung von der Abspaltung der Kommunisten von der Sozialdemokratie?*

ANTWORT: Die politische Abspaltung der Kommunisten von den Sozialdemokraten und die Herausbildung einer selbständigen politischen Partei der Kommunisten ist notwendig und ein Fortschritt, weil die Kommunistische Partei die Organisation der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse ist und notwendigerweise eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten sein muß.

Die Gewerkschaften sind keine Organisation der revolutionären Vorhut. Sie sind eine Organisation der ganzen Klasse, die möglichst alle Arbeiter ohne Unterschied der politischen, der religiösen usw. Auffassungen umfassen soll und umfassen muß, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Der Erfolg gewerkschaftlicher Bewegungen ist gebunden an das Größenverhältnis der organisierten zu den unorganisierten Massen.

Die politische Abspaltung der Kommunisten von den Reformisten und Anarchisten fördert den Kampf der Arbeiterklasse, indem sie ihre politische Klärung fördert. Die Spaltung der Gewerkschaften schädigt in jedem Falle den Kampf der Arbeiter. Die Abspaltung der Revolutionäre von den Gewerkschaften liegt im Interesse des Reformismus und der Konterrevolution. Im Interesse der Kommunisten liegt dagegen jederzeit der Kampf gegen die Spaltungstendenzen.

162. FRAGE: *Was heißt die Eroberung der Gewerkschaften für den Kommunismus? Ist sie überhaupt möglich angesichts des wachsenden Widerstandes der reformistischen Gewerkschaftsführer gegen die kommunistische Gewerkschaftsarbeit, der Ausschlüsse usw.?*

ANTWORT: Die Eroberung der Gewerkschaften bedeutet die Eroberung der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für die Grundsätze und Ziele des Kommunismus, die Vertreibung der reformistischen Gewerkschaftsfunktionäre durch die Mitglieder, ihre Ersetzung durch kommunistische Führungen von den unteren Organisationen bis zur zentralen Leitung.

Der volle Sieg über die reformistische Führung ist nur möglich in Zeiten revolutionärer Krise.

Das Wachstum des kommunistischen Einflusses unter den Gewerkschaftsmitgliedern und die fortschreitende Eroberung des unteren und mittleren Gewerkschaftsapparates ist aber durchaus möglich in der Zeit bloßer Tageskämpfe.

Der wachsende Widerstand der reformistischen Gewerkschaftsführung wird um so wirkungsloser gemacht, je besser die Kommunisten in den Gewerkschaften es verstehen, sich in der Mitgliedschaft zu verwurzeln. Dies aber wird um so besser gelingen, je mehr die Kommunisten in den Gewerkschaften den Mitgliedern praktisch zu beweisen verstehen, daß sie, als Kommunisten, auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes den Gewerkschaftskampf wirksamer, mit größeren unmittelbaren Erfolgen zu führen verstehen, als die Reformisten.

163. FRAGE: *Worin unterscheidet sich die kommunistische von der reformistischen Gewerkschaftsarbeit?*

ANTWORT: 1. Darin, daß die Kommunisten den Kampf führen ohne Rücksicht auf die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung und der bürgerlichen Staatsmacht. Die Kommunisten können daher den gewerkschaftlichen Kampf führen, soweit jeweils die Kraft der beteiligten Arbeiterschaft ausreicht. Sie können daher mehr an unmittelbaren Erfolgen erzielen als die Reformisten.

2. Darin, daß die Kommunisten imstande sind, den gewerkschaftlichen Kampf bei gegebenen Voraussetzungen in den politischen Kampf überzuführen und so die Schwäche des nur-gewerkschaftlichen Kampfes zu kompensieren durch die Stoßkraft des politischen Kampfes.

3. Darin, daß die Kommunisten den gewerkschaftlichen und politischen Tageskampf nach dem Ziel der proletarischen Revolution ausrichten und mit der Propaganda des Kommunismus verbinden.

164. FRAGE: *Worin unterscheidet sich die kommunistische Gewerkschaftstaktik von der anarchistischen und ultralinken?*

ANTWORT: 1. Die Kommunisten legen Wert auf die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen, Anarchisten und Ultralinke vernachlässigen sie.

2. Die Kommunisten berücksichtigen bei jedem Kampf die vorhandene Kraft der Arbeiterklasse. Anarchisten und Ultralinke tun das nicht. Sie betreiben eine gewerkschaftliche Putschtaktik, sie stellen Forderungen ohne Rücksicht auf die jeweils vorhandene Kampfkraft der Arbeiter.

3. Kommunisten haben kein fertiges Schema für den Gewerkschaftskampf, sondern treffen jeweils diejenigen Maßregeln, die geeignet sind, die höchste Kampfenergie der Arbeiter zu entwickeln und den Klassenfeind am empfindlichsten zu treffen.

Anarchisten und Ultralinke haben Universalrezepte, wie „Generalstreik“ und „Verbreiterung der Lohnkämpfe“ ohne Rücksicht auf die Situation. Sie glauben, daß die Summierung der Lohnkämpfe den politischen Massenkampf und den politischen Massestreik ergibt oder ersetzt.

165. FRAGE: *Wie erfolgt die Ueberleitung des gewerkschaftlichen in den politischen Kampf und unter welchen Bedingungen ist sie möglich?*

ANTWORT: Sie erfolgt dadurch, daß die wirtschaftlichen Ziele des Kampfes verbunden werden mit politischen, d. h. mit Forderungen an die bürgerliche Staatsmacht oder mit Kampflosungen zum Sturz der bürgerlichen Staatsmacht.

Gelingt es, eine Streikbewegung unter politischen Losungen, mit politischen Zielen zu führen, so ist das ein politischer Massenstreik. Zum Wesen des politischen Massenstreiks gehört:

- a) die Beteiligung von bedeutenden Massen,
- b) die politische Zielsetzung.

Nicht jeder Streik, der politische Wirkungen hat, ist ein politischer Massenstreik. Ebenso wenig wird ein Streik schon dadurch zum politischen, daß er zu Zusammenstößen mit der Staatsgewalt führt. Die politische Zielsetzung, ohne die von politischem Massenstreik nicht gesprochen werden kann, ist besondere Aufgabe der Kommunisten.

Nicht jeder gewerkschaftliche Massenstreik kann jederzeit in einen politischen Massenstreik verwandelt werden. Dies ist nur möglich bei einer solchen Art und Umfang der Streikbewegung, daß ihre Wirkung nicht nur auf einzelne Unternehmerschichten beschränkt bleibt, sondern die Gesamtwirtschaft unmittelbar erschüttert wird (Verkehr, Kohlenarbeiter, Elektrizitätsversorgung usw.) und bei äußerster Verschärfung des Kampfes.

166. FRAGE: *Welche politischen Losungen sind geeignet, den Gewerkschaftskampf in den politischen Kampf überzuführen?*

ANTWORT: Die geeigneten politischen Aktionslosungen sind nur aus der konkreten Situation heraus zu bestimmen. Eine der wichtigsten Propagandalosungen in nicht akut revolutionärer Situation ist die Arbeiterkontrolle der Produktion.

Der politische Massenstreik darf sich nicht nur solche politischen Ziele setzen, die unmittelbar zu verwirklichen sind, d. h. Aktionslosungen. Er muß verbunden werden mit der Propaganda weitergehender Losungen (revolutionäre Ueberganglosungen und Endlosungen) und zu einer aktiven Demonstration für diese Losungen ausgestaltet werden (siehe Rosa Luxemburg über den Massenstreik in Rußland 1904/5 und Lenin über die politischen Streiks von 1903—1912/14). Der politische Massenstreik darf ebenso wenig auf die Aufstellung wirtschaftlicher Forderungen an die Unternehmer verzichten (Kapp-Putsch).

Gerade die Verbindung wirtschaftlicher und politischer Forderungen und Losungen ist geeignet, den Umfang der beteiligten Massen und die Stoßkraft ihres Kampfes gewaltig zu verstärken (Luxemburg, Lenin).

167. FRAGE: Wann können Streiks ohne Zustimmung der Gewerkschaftsinstanzen geführt werden?

ANTWORT: Nur dann, wenn

1. die erdrückende Mehrheit der in Betracht kommenden Arbeiter, vor allem der gewerkschaftlich organisierten, dafür gewonnen ist,
2. wenn der Kampf Aussichten auf Erfolg bietet.

168. FRAGE: Soll die Kommunistische Partei unmittelbar die Führung von Gewerkschaftskämpfen übernehmen?

ANTWORT: Nein, die Führung gewerkschaftlicher Kämpfe soll nicht unmittelbar durch die Partei geschehen, sondern durch die Gewerkschaftsfraktionen.

„Die Partei muß verstehen, ihren entscheidenden Einfluß auf die Gewerkschaften ausüben zu können, ohne die Gewerkschaften kleinlich bevormunden zu wollen. Der Partei untersteht nur die betreffende kommunistische Zelle in der Gewerkschaft, nicht aber die Gewerkschaft als solche. Nur durch dauernde aufopfernde und einsichtsvolle Arbeit der kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften kann und soll die Partei einen solchen Stand der Dinge erreichen, wo die Gewerkschaften als Ganzes mit Freude und Bereitschaft den Ratschlägen der Partei folgen.“ (Thesen des III. Kongresses der Komintern zur Taktik.)

Die Kommunisten müssen bestrebt sein, die betrieblichen und gewerkschaftlichen Streikleitungen zu besetzen und gleichzeitig dafür kämpfen, daß auch die Zentralstreikleitungen aus der Mitte der streikenden Arbeiter gewählt werden. Die Kommunisten müssen durch Mobilisierung der Gesamtarbeiterschaft gleichzeitig den stärksten Druck auf die Gewerkschaftsinstanzen ausüben. Bei Streiks, die ohne Zustimmung der Gewerkschaftsinstanzen geführt werden, muß die Kampfleitung sich stützen auf die aktivsten Gewerkschafter des betreffenden Betriebes, Branche oder Betriebszweig. Das muß auch in ihrer Zusammensetzung zum Ausdruck kommen.

Kampfleitungen, wie sie von den offiziellen Instanzen der Kommunistischen Partei Deutschlands gefordert werden, sind abzulehnen, d. h. solche Kampfleitungen, die

- a) neben und gegen vorhandene gewerkschaftliche Kampfleitungen gebildet werden,
- b) sich nicht auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stützen sondern in erster Linie auf die unorganisierten,
- c) von vornherein darauf verzichten, die Gewerkschaften in den Kampf einzustellen.

Derartige Kampfleitungen vertiefen den Gegensatz zwischen Organisierten und Unorganisierten, anstatt ihn zu überwinden; sie stärken nicht die Kampfkraft der Arbeiterklasse gegenüber dem Unternehmer, und ebensowenig den Druck auf die Gewerkschaftsinstanzen, sondern schwächen ihn. Solche Kampfleitungen sind tatsächlich keine Organe des Kampfes; sie sind leere Atrappen und haben in der Regel nie wirkliche Kämpfe zu leiten. Ihre Bildung erleichtert in der Regel den Reformisten, dem Kampf auszuweichen.

169. FRAGE: Sind die Unorganisierten das revolutionärere Element im Gewerkschaftskampf?

ANTWORT: Nein. Die Kraft der Unorganisierten ist geringer als die der gleichen Zahl von Organisierten. Die Kraft der Masse wird durch Organisiertheit vervielfacht, die erst die Kräfte der einzelnen planmäßig auf ein gemeinsames Ziel richtet. Die Organisation ist die wichtigste Waffe der Arbeiterklasse. Die gewerkschaftliche Organisiertheit ist der Uebergang von der vollkommenen Unorganisiiertheit zu der elementarsten, niedersten, einfachsten (für die von bürgerlich-demokratischen Vorurteilen noch Erfüllten) zugänglichsten Organisationsform. (Lenin.)

Die Aufgabe der Kommunisten ist es, die Unorganisierten mittels des Kampfes und der Betätigung in den Gewerkschaften diesen zuzuführen. Das Schwergewicht im gewerkschaftlichen Kampf ruht bei den Organisierten. Sie entscheiden in Deutschland in fast allen Fällen über Auslösung, Durchführung und Beendigung von Bewegungen und Streiks. Im revolutionären Sturmangriff können solche Arbeiterschichten, die infolge des übermächtigen Drucks des Kapitals sich nicht zu organisieren vermochten, außergewöhnliche Stoßkraft entwickeln (Eisenbahner, Landarbeiter usw.).

Auch solche Schichten, die erst durch eine revolutionäre Krise zum Klassenbewußtsein, zu wirtschaftlicher und politischer Aktion erweckt werden, können in solchen Zeiten besonders stürmische Angriffskraft entfalten.

Die revolutionären Kerntruppen, die nicht nur im Tageskampf, sondern auch im revolutionären Kampf an der Spitze der Arbeiterklasse marschieren, sind entsprechend der gesamten bisherigen Erfahrung die organisierten Arbeiter der Groß- und Riesenbetriebe der Industriebezirke.

170. FRAGE: Sind die deutschen Gewerkschaften Organisationen der Arbeiteraristokratie?

ANTWORT: Nein. Die Hauptmasse der Mitglieder in großen Gewerkschaften sind ungelernete und angelernte Arbeiter.

171. FRAGE: Sind alle gelernten Arbeiter Arbeiteraristokraten?

ANTWORT: Nein. Arbeiteraristokraten sind nur diejenigen Arbeiter, die sich von den übrigen Arbeitern unterscheiden durch eine dauernde Vorzugsstellung nach Lohnhöhe, Sicherheit der Stellung, engere Verbundenheit mit dem Unternehmen, Beteiligung am Unternehmerprofit usw., die also in irgend einer Weise am Bestand der kapitalistischen Wirtschaft materiell interessiert sind.

172. FRAGE: Ist die Arbeiteraristokratie ein Teil der Unternehmerode der Arbeiterklasse?

ANTWORT: Sie ist der materiell verkleinbürgerlichte Teil der Arbeiterklasse; der Teil, der noch nicht unablöslich mit dem Kapital verwachsen ist, kann und muß für den Klassenkampf gewonnen werden. Die allgemeine materielle Grundlage für die Heranbildung der Arbeiteraristokratie ist heute schmaler als vor dem Kriege. Ihre Zahl vermindert sich durch die Entwicklungstendenzen des deutschen Kapita-

lismus, was die zeitweise Erhöhung ihres Lebensniveaus im Vergleich zum Durchschnitt der Arbeiter nicht ausschließt. Die Arbeiteraristokratie ist ihrer Zusammensetzung nach keine ein für allemal feststehende Schicht. Fortgesetzt werden bestimmte Teile aus ihr abgestoßen, zum proletarischen Durchschnittsniveau degradiert, während neue Teile zu ihr erhoben werden.

Der Begriff der Arbeiteraristokratie beruht auf der materiellen Verkleinbürgerlichung. Dagegen ist der Durchschnittsarbeiter, der nur ideologisch verkleinbürgerlicht ist (d. h. eine nicht proletarische Ideologie vertritt), kein Arbeiteraristokrat.

173. FRAGE: Wie stellen sich die Kommunisten zum Schlichtungswesen?

ANTWORT: Die Kommunisten verwerfen das Schlichtungswesen im kapitalistischen Staat grundsätzlich. Sie sind verpflichtet, die Massen zu seiner Sprengung zu führen und überall da, wo eine Aussicht auf Erfolg vorhanden ist und die Mehrheit der in Betracht kommenden Arbeiter damit einverstanden ist, den Kampf auch gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch weiterzuführen. Solange jedoch die Kraft zur Beseitigung des Schlichtungswesens nicht ausreicht, sind sie verpflichtet, auch in den Schlichtungsinstanzen die Interessen der Arbeiter gegenüber den Unternehmern zu vertreten und zu versuchen, aus einem gegebenen Kampf möglichst viel an praktischen Ergebnissen herauszuholen und die Reformisten zu entlarven.

174. FRAGE: Auf welcher Grundlage kann der Kampf der in Arbeit stehenden mit dem der Erwerbslosen verbunden werden?

ANTWORT: Auf der Grundlage des Kampfes um allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, gegen Massenentlassungen, für die volle Unterstützung der Arbeitslosen während der ganzen Dauer ihrer Erwerbslosigkeit durch den Kampf um öffentliche Beschaffung von Arbeit, durch die Propaganda der Arbeiterkontrolle der Produktion.

175. FRAGE: Worin bestehen die Hauptaufgaben der Betriebsräte vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes?

ANTWORT: 1. Die Betriebsräte sind entstanden in der Zeit einer revolutionären Krise. Ihre Aufgabe in der Revolution ist es, die Macht der Unternehmer im Betrieb zu brechen und die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter zu verwirklichen.

2. Gegenwärtig sind die Betriebsräte in ihrem Wirken beengt: a) durch die Verschiebung der Machtverhältnisse im Betrieb, b) durch die gesetzlichen Bestimmungen und c) durch die Bevormundung durch die Gewerkschaftsbürokratie. Der Zweck des Betriebsrätegesetzes und das Ziel der Gewerkschaftsbürokratie ist es, aus den Betriebsräten Organe der Arbeitsgemeinschaftspolitik zu machen.

3. Wir lehnen die heutige organisatorische Unterordnung der Betriebsräte unter die Gewerkschaften prinzipiell ab. Der Kampf gegen diese Bevormundung kann aber nicht geführt werden, wenn die revolutionären Arbeiter sich von den gewerkschaftlich organisierten Massen isolieren. durch die Schaffung von nicht gewerkschaftlichen sogenannten „Roten Betriebsräten“ Der Kampf um die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte kann nur geführt werden gestützt auf die gewerkschaftlich organisierten Massen und wenn insbesondere die Position des Betriebsrats als Waffe im Kampf um die Erweiterung des revolutionären Einflusses in den Gewerkschaften, um die Eroberung der Gewerkschaften benutzt wird.

4. Die Aufgaben der Betriebsräte sind heute: die Vertretung der täglichen Beschwerden der einzelnen Arbeiter, wie der Gesamtbelegschaft des betreffenden Betriebes. Dazu müssen die Betriebsräte sich die notwendige Kenntnis der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen erwerben. In revolutionären Zeiten haben die Betriebsräte für die Verwirklichung der Kontrolle der Produktion zu kämpfen. Dies ist ihre geschichtliche Aufgabe. Beide Aufgaben, die Gegenwarts- und die Zukunftsaufgabe der Betriebsräte sind eng miteinander verbunden. Weder können die Betriebsräte die Tagesinteressen ihrer Belegschaft wirksam vertreten, wenn sie sich nicht als Organe des Klassenkampfes fühlen, wenn sie nicht auf eine revolutionäre Lösung hinsteuern und sie propagieren; noch können die Betriebsräte sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben in der Revolution vorbereiten, wenn sie sich nicht in der heutigen Zeit als die Vertreter aller Lebensinteressen der Arbeiter erweisen. Es ist nicht Aufgabe des Betriebsrats, sich um das Wohlergehen des kapitalistischen Betriebes zu sorgen; er hat vielmehr die Aufgabe, alle Praktiken des Unternehmers aufmerksam zu verfolgen und zu enthüllen. Er hat, wo es ihm möglich ist, das Geschäftsgeheimnis zu lüften und den Massen genaue Daten über die kapitalistische Profitmacherei, den Monopolwucher, die Steuerhinterziehungspraxis der Unternehmer zu geben. Durch eine solche Aufdeckung der kapitalistischen Praktiken wird die Aufstellung und Durchsetzung von Lohn- und Arbeitszeitforderungen wesentlich erleichtert und eine wichtige propagandistische Vorarbeit für den revolutionären Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion geleistet.

5. Die Betriebsräte spielen eine entscheidende Rolle bei der Ueberleitung des wirtschaftlichen Kampfes in den politischen.

6. Die Betriebsräte müssen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, über den Rahmen ihres Betriebes hinaus, vor allem industrie- und bezirksweise zusammenarbeiten.

7. Die Betriebsräte müssen eine entscheidende Rolle spielen bei der revolutionären Umgestaltung der Gewerkschaften, bei ihrer ideologischen Eroberung und ihrer organisatorischen Umwandlung in Industrieverbände.

b. Genossenschaften

176. FRAGE: Sind Arbeiter-, Konsum- und Produktivgenossenschaften ein Weg zur allmählichen friedlichen Ueberwindung des Kapitalismus?

ANTWORT: Nein, vielmehr engt das Wachsen der Monopolkapitale, die Verschmelzung von Industrie-, Bank- und Handelskapital, ihre Rolle

in der kapitalistischen Gesamtwirtschaft immer mehr ein, auch dann, wenn sie sich absolut ausdehnen.

177. FRAGE: Sind also die Genossenschaften wertlos für die Arbeiter?

ANTWORT: Nein, sie sind eine wichtige, aber begrenzte Waffe der Arbeiterklasse im Kampf gegen seine Ausbeutung durch das Handelskapital und für seine Schulung in der Leitung der Wirtschaft.

c. Sportorganisationen

178. FRAGE: Welche Aufgabe erfüllt die bürgerliche Sportbewegung?

ANTWORT: Für die kapitalistische Klasse bedeutet die Beschäftigung vornehmlich der Jugend mit Turnen und Sport die Vorbereitung und Ergänzung des Militärdienstes, Schaffung eines Ausgleiches zur körperlich-einseitigen und entnervenden Arbeit im kapitalistischen Betrieb, die Entfremdung der Arbeiter vom Klassenkampf des Proletariats durch die nationalistische Politik in den bürgerlichen Sportverbänden. In den Werksportvereinen versuchen die Großindustriellen, durch Vergünstigungen eine Prätorianergarde zu schaffen.

In den faschistischen Ländern sind die bürgerlichen Sportvereine Stützpunkte und Reservoirs für die faschistischen Verbände.

Gegen die bürgerliche Sportbewegung muß die Arbeiterklasse mit ihren Organisationen einen unversöhnlichen Kampf führen. Die Arbeiter sind den Arbeitersportverbänden zuzuführen. Zur schnelleren Loslösung proletarischer Elemente aus der bürgerlichen Sportbewegung ist die Herstellung von Verbindungen zu Arbeitern im bürgerlichen Sport und die Entwicklung einer Arbeiteropposition gegen die Sportbürokratie eine wichtige Aufgabe.

179. FRAGE: Welche Entwicklung hat die Arbeitersportbewegung genommen?

ANTWORT: Die Arbeitersportbewegung aller Länder ist im schärfsten Kampf gegen die bürgerliche Sportbewegung, wegen ihrer reaktionären Politik und ihres militärischen Charakters im Sportbetrieb, wegen ihres „Kanonenkults“ und des Fehlens jeder Organisations- und Vereinsdemokratie.

In allen Ländern vollzog sich die Gründung der Arbeitersportvereine gegen den Willen des sozialdemokratischen Parteiapparates und der reformistischen Gewerkschaftsführer. Sie traten immer erst dann als Freunde des Arbeitersports auf, wenn vor ihnen die Aufgabe stand, die Arbeitersportbewegung dem Klassenkampf zu entziehen und sie mit den kapitalistischen Staaten und der bürgerlichen Sportbewegung auszusöhnen. Um dieses Ziel zu erreichen, schrecken die sozialdemokratischen Parteien auch vor der Spaltung der Arbeitersportbewegung nicht zurück. Sie greifen zu offenen Provokationen gegenüber revolutionären

Elementen, versuchen die Opposition vom Gros der Arbeitermassen zu isolieren, um mit geringerem Widerstand die Mitglieder der Stammorganisationen ihrer Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik dienstbar zu machen.

180. FRAGE: *Welche Aufgaben erfüllt die Arbeitersportbewegung?*

ANTWORT: Die Arbeitersportvereine waren und sind Sammelbecken für Arbeiter mit entwickeltem Klassenbewußtsein und Schulen proletarischer Solidarität. In Zeiten verschärften Klassenkampfes gelingt es den in den Arbeitersportvereinen verankerten Kommunisten, größere Massen der Arbeitersportler für die aktive Unterstützung der revolutionären Kämpfe der Arbeiter zu gewinnen.

181. FRAGE: *Welche Aufgabe fällt dem Arbeitersportler im Kampf gegen den Faschismus zu?*

ANTWORT: Körperlich ertüchtigt, vom Klassenkampfgeist erfüllt und zu Opfern für die Sache der Arbeiterklasse bereit, kann dem faschistischen Terror in der Arbeitersportbewegung ein ernster Gegner erwachsen, der im Bunde mit der revolutionären Arbeiterschaft dem Faschismus wirksamen Widerstand entgegenzusetzen vermag. Die Arbeitersportvereine können bei richtiger kommunistischer Politik zum Hebel von einheitlichen Abwehrorganisationen und Aktionen werden.

182. FRAGE: *Sollen die Kommunisten parallele oder revolutionäre Arbeitersportorganisationen gründen?*

ANTWORT: Alle Erfahrungen zeigen, daß die Kommunisten ihre Aufgaben mit größtem politischen Erfolg nur dann erfüllen können, wenn ihre revolutionäre Politik unter den breitesten Arbeitermassen wirksam wird, wenn die Arbeitersportvereine lokal- und gebietsweise vereinigt, partikularistische Bestrebungen überwinden. Die parteimäßige Spaltung zerstört die Klassenbasis der Arbeitersportbewegung, isoliert die revolutionäre Vorhut vom Gros der Mitgliedschaft, erleichtert den reformistischen Führern die Beschleunigung des Kurses, die Arbeitersportbewegung mit dem kapitalistischen Staat auszusöhnen. (Gemeinsame Veranstaltungen mit bürgerlichen Sportvereinen, Teilnahme an kommunalen und staatlichen Veranstaltungen, Zusammenarbeit mit bürgerlichen Wehrorganisationen, Verteidigung des bürgerlichen Staates gegen den inneren und äußeren Feind), aktive Einsetzung der Arbeitersportler zum Kampf gegen den Kommunismus.

183. FRAGE: *Entspricht die Spaltung proletarischer Massenorganisationen dem Interesse des Kommunismus und der Arbeiterklasse?*

ANTWORT: Nein. Denn 1. schwächt sie allgemein die Kampfkraft dieser Organisationen gegenüber dem Klassengegner, 2. trennt sie die Kommunisten von einem bestimmten Teil der in diesen Organisationen zusammengefaßten Arbeiter und überläßt sie ungehindert reformistischen oder anderen bürgerlichen Einflüssen, 3. die abgespaltenen, von Kommunisten geführten Organisationen sind in der Regel außerstande, das normale Funktionieren dieser Organisationen zu gewährleisten.

VIII. DIE KRISE DER KPD U. IHRE ÜBERWINDUNG

A. Die Krise in der KPD

184. FRAGE: *Worin zeigt sich die Krise in der Kommunistischen Partei Deutschlands?*

ANTWORT: Die Krise der Kommunistischen Partei Deutschlands zeigt sich:

1. Im Innern: In der Spaltung der Kommunistischen Bewegung, in dem nicht abbrechenden Fraktionskampf innerhalb der Partei, im geheimen und offenen Klikenkampf innerhalb der Führung in zunehmender Korruption im oberen und mittleren Funktionärapparat der Partei, in der Abspaltung der alten revolutionären Kader, wie die besten jüngeren Kader von der Partei.

2. Nach außen: In der Unfähigkeit der Partei, den Kampf der Arbeiter zu führen und eine wirksame Propaganda für den Kommunismus damit zu verbinden. Die Folgen sind:

- a) der Rückgang des Aktionsradius der Partei (trotz zeitweiliger Erfolge bei parlamentarischen Wahlen;
- b) die relative und zuweilen absolute Stärkung des Reformismus in den proletarischen Massenorganisationen;
- c) daß es der Partei nicht gelingt, trotz der günstigsten Voraussetzungen den Reformismus zu Gunsten des Kommunismus zu schwächen;
- d) der Verlust fast aller wichtigen Positionen der Partei in den Gewerkschaften und den übrigen proletarischen Massenorganisationen;
- e) die Stärkung des Faschismus;
- f) wachsende Fluktuation im Mitgliederbestand der Partei;
- g) wachsende Passivität der Parteimitglieder und der unteren Funktionäre;
- h) die Vernachlässigung der theoretischen Arbeit in der Partei und der politischen Schulung der Parteimitglieder.

185. FRAGE: *Was ist die allgemeine Ursache dieser Krise, soweit sie innerhalb der Partei liegt?*

ANTWORT: Allgemein ist es die künstliche Hemmung der Entwicklung und Reifung der Partei, so daß sie ihre grundlegende Aufgabe nicht erfüllen kann, die darin besteht, die Erfahrung der revolutionären Kämpfe im eigenen Lande, der russischen Revolution und des internationalen revolutionären Kampfes auszuwerten zur richtigen und selbständigen Anwendung der durch sie gewonnenen Grundsätze und taktischen Grundlinien auf die Fragen der proletarischen Revolution in Deutschland.

Die besondere Aufgabe der Kommunistischen Partei Deutschlands in der gegenwärtigen Periode besteht in der Herausarbeitung der Taktik und Strategie zur Führung der Tageskämpfe der Arbeiterklasse und ihrer Ueberleitung in den Kampf um die Macht entsprechend der Eigenart der Klassenverhältnisse in Deutschland.

Die Kommunistische Partei Deutschlands erweist sich seit Jahren als unfähig, sie zu lösen. Die Lösung der Aufgabe erfordert eine Höherentwicklung der Partei. Stattdessen findet eine Rückentwicklung statt.

186. FRAGE: Was sind die besonderen Ursachen der Krise der Kommunistischen Partei Deutschlands?

ANTWORT: Der verschärfte Rückfall in „linke Kinderkrankheiten“, in die ultralinke Taktik.

Ihre Haupterscheinungen sind,

1. Die Preisgabe der Taktik der Einheitsfront.
2. Die Ablehnung der revolutionären Uebergangslösungen, somit einer konkreten revolutionären Propaganda des Kommunismus.
3. Die falsche Gewerkschaftslinie. Ihre Hauptmerkmale sind:
 - a) Der Verzicht auf den Kampf für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.
 - b) Der Verzicht auf die Eroberung der Gewerkschaften; statt dessen der Kurs auf ihre Spaltung und die Bildung besonderer „revolutionärer“ Gewerkschaften.
 - c) Der Versuch der direkten Führung der Gewerkschaftskämpfe durch den Parteiapparat.
 - d) Die Verlegung des Schwerpunktes auf die Unorganisierten.
 - e) Als allgemeines Resultat: Die Züchtung einer antigewerkschaftlichen Einstellung in der Parteimitgliedschaft und den mit ihr sympathisierenden Arbeitermassen.
4. Der Spaltungskurs in allen proletarischen Massenorganisationen (Sportbewegung, Freidenkerverbände usw.).
5. Die Unterdrückung der innerparteilichen Demokratie, die bürokratische Selbstherrlichkeit und Entartung des oberen und mittleren Parteiapparats, die Ersetzung des demokratischen durch den bürokratischen Zentralismus.
Die Hauptmerkmale dieser Krankheit sind:
 - a) Die Unterdrückung der Teilnahme der Parteimitgliedschaft an der Ausarbeitung der Politik der Partei. Die Rolle der Mitgliedschaft wird beschränkt auf die der Ausführung von oben gegebener Befehle.
Die Unterdrückung der Kontrolle und Kritik der Mitgliedschaft gegenüber den Parteifunktionären und der zentralen Parteiführung.
 - b) Die Einsetzung der Parteifunktionäre durch die oberen Parteieninstanzen und ihre Unterwerfung unter die leitenden Organe durch mechanische Disziplin- und wirtschaftliche Druckmittel oder Begünstigungen.

- c) Die Bestimmung der Zusammensetzung der Parteitage, Bezirkstage usw. nicht durch die Mitgliedschaft auf Grund freier Diskussion, sondern durch den Parteiapparat, wodurch die Kontrolle und Mitbestimmung der Mitglieder in einen bloßen Schein verwandelt wird.
- d) Dasselbe Verfahren wird angewandt bei den Delegationen zu den internationalen Kongressen (Komintern, Profintern usw.).
- e) Der Mißbrauch des grundsätzlich richtigen Prinzips der Betriebszellenorganisation zur Atomisierung der Parteimitgliedschaft, zu ihrer Auslieferung an den Parteiapparat.

2. An die Stelle der Ableitung der Politik der Partei aus einer wirklichen Analyse der internationalen und nationalen Klassenverhältnisse ist das umgekehrte Verfahren getreten: die willkürliche scholastische Konstruktion von „Analysen“ und „Schlagworten“ als Ueber- oder Unterbau zu bereits festgelegten taktischen Linien oder als Mittel des Fraktionskampfes.

Die Fähigkeit und sogar das Bedürfnis zur Analyse der Wirklichkeit, auf der die revolutionäre Politik fußen muß, wird so abgetötet.

187. FRAGE: *Wohin führt die Krise der Kommunistischen Partei Deutschlands, wenn der ultralinke Kurs ungehindert weitergeht und das gegenwärtige Parteiregime nicht geändert wird?*

ANTWORT: Sie führt dazu, daß die Partei aufhört, in der Wirklichkeit die Trägerin des Kommunismus zu sein, daß sie sich in einen leerlaufenden, selbstgenügsamen Apparat verwandelt, der mit dem wirklichen Kampf der Arbeiterklasse nichts mehr zu tun hat und der schließlich bei der ersten ernststen revolutionären Probe physisch und moralisch zusammenbricht.

188. FRAGE: *Durch welche Kräfte kann die Partei gerettet werden?*

ANTWORT: Die Rettung ist nicht mehr möglich von oben, durch die Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Internationale. Sie ist nur mehr möglich von unten her: durch den entschlossenen und hartnäckigen Kampf der Mitgliedschaft in Verbindung mit dem Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition).

Selbst wenn die Instanzen angesichts des Zusammenbruchs ihrer falschen Linie, eine „Wendung“ von oben versuchen würden, könnte das nicht die Rettung der Partei bedeuten, weil die Instanzen, um den Schein ihrer Unfehlbarkeit zu erhalten, die Wendung nicht vollständig und konsequent durchführen würden, weil eine wirkliche Wendung zu einer richtigen Politik das klare Bewußtsein ihrer Notwendigkeit voraussetzt, und weil die Rettung nicht möglich ist ohne Liquidierung des heutigen innerparteilichen Systems.

189. FRAGE: Was sind die Hauptfordernisse dieses Kampfes?

ANTWORT: 1. Planmäßig organisiertes Auftreten — der Zusammenschluß um die Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition).

2. Die rücksichtslose innerparteiliche und öffentliche Kritik des falschen inneren und äußeren Kurses der Partei.

3. Die positive Ausarbeitung und Durchführung der richtigen kommunistischen Politik, ihre Gegenüberstellung der Politik der Partei in der Arbeiteröffentlichkeit, vor allem in den proletarischen Massenorganisationen.

190. FRAGE: Welche Ziele muß sich der Kampf für die Gesundung der Partei setzen?

ANTWORT: 1. Den Bruch mit dem ultralinken Kurs auf allen Gebieten der Parteitätigkeit.

2. Den Bruch mit dem bürokratischen Zentralismus, die Durchführung der innerparteilichen Demokratie auf Grund des demokratischen Zentralismus.

Dies umfaßt:

- a) In legalen Zeiten die Wahl aller Parteifunktionäre von unten, durch die Mitgliedschaft.
- b) Wirkliche und ständige Kontrolle des Parteiapparats durch die Mitgliedschaft.
- c) Gründung der revolutionären Disziplin auf der Ueberzeugung der Mitglieder.
- d) Diskussion aller Parteifragen in der Mitgliedschaft vor ihrer Festlegung durch den Parteiapparat. Weckung und freie Bahn für die Initiative der Parteimitglieder.
- e) Entfernung aus der Leitung der Partei aller derer, die für den ultralinken und inneren Parteikurs verantwortlich sind oder die ihn gegen die bessere Ueberzeugung aus Charakterlosigkeit und Korruption mitgemacht haben. Erneuerung der Führung der Partei von unten.
- f) Eine solche konkrete Gestaltung der Parteiorganisation auf Grund des Prinzips der Betriebsorganisation, die ein Höchstmaß von Initiative, politischer Schulung, Selbstbestimmung und Aktivität der Mitgliedschaft sichert.
- g) Die materielle Selbständigkeit der Partei: Anpassung ihres Apparats an die finanziellen Mittel und die personellen Kräfte, die die Partei selbst stellen kann.

B. Die Krise der Kommunistischen Internationale

191. FRAGE: Worin äußert sich die Krise der Kommunistischen Internationale?

ANTWORT: 1. Im andauernden Sinken des Einflusses und der Autorität der Kommunistischen Internationale in der internationalen Arbeiterbewegung.

2. In den Spaltungen, dem organisatorischen Zerfall und Rückgang ihrer wichtigsten Sektionen (Deutschland, Tschechoslowakei, Frankreich, Schweden, England, Amerika usw.).

192. FRAGE: *Was ist die grundlegende Ursache der Stagnation und Krise der Kommunistischen Internationale?*

ANTWORT: Die grundlegende Ursache der Krise der Kommunistischen Internationale ist die Erhaltung und Verschärfung des Monopols ihrer Führung durch die Kommunistische Partei der Sowjetunion über den Zeitpunkt hinaus, wo sie ein Fortschritt für die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung war.

Das Monopol der Führung der internationalen kommunistischen Bewegung fiel der russischen Kommunistischen Partei natürlicherweise durch die Tatsache zu, daß sie die erste war, die die proletarische Revolution zum Siege führte und diesen Sieg festzuhalten und zum Aufbau eines Rätestaates und des Sozialismus zu verwenden verstand.

Dieses Monopol war eine mächtige Kraft des Fortschritts, solange die außerrussischen Sektionen der Kommunistischen Partei erst in Bildung begriffen, unreif, zum Teil erst zum Kommunismus strebende Gruppen und Richtungen, statt wirklicher kommunistischer Parteien waren; solange die russische Partei selbst geführt wurde von Genossen mit internationaler Erfahrung und Kenntnissen (Lenin und seine näheren Mitarbeiter), und schließlich solange es erst galt, die durch die russische Revolution gewonnenen Grundsätze und taktischen Hauptlinien den anderen Sektionen zu übermitteln.

Diese aufsteigende Periode der Kommunistischen Internationale schließt ab mit dem Ausscheiden Lenins aus ihrer Führung; mit dem 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale (1921).

Das Monopol der Führung der Kommunistischen Internationale durch die Kommunistische Partei der Sowjet-Union schlug in sein Gegenteil um, in eine Hemmung der weiteren Entwicklung der Kommunistischen Internationale und in die Ursache einer sich mehr und mehr vertiefenden Krise auf Grund der folgenden Tatsachen:

1. Dem wachsenden Abstand der Aufgaben, die der russischen Sektion zufielen, von denen der außerrussischen Parteien, zwischen denen des Aufbaus des Sozialismus und des Rätestaates einerseits und denen der Vorbereitung der proletarischen Revolution andererseits.
2. Die wachsende Inanspruchnahme der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union durch die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus in Rußland im Vergleich mit denen der Vorbereitung der proletarischen Revolution in anderen Ländern.
3. Die Ersetzung von Führern, die mit der internationalen Arbeiterbewegung und den Klassenverhältnissen außerhalb Rußlands durch eige-

ne Anschauung und Teilnahme bekannt waren durch solche, die solche unmittelbare und lebendige Kenntnis nicht besitzen.

Daraus entsprang:

4. Das Unvermögen der Leitung der Kommunistischen Internationale, die Aufgaben der internationalen Führung der kommunistischen Weltbewegung im Ganzen wie im Einzelnen zu lösen. Sie sind überhaupt nicht mehr durch eine einzelne Partei zu lösen.

5. Die Ersetzung der auf richtiger Führung und dem darauf aufgebauten Vertrauen beruhenden internationalen Disziplin durch mechanische Disziplin, die beruht auf bürokratischem Zwang und Druck und auf dem Mißbrauch der Autorität der russischen Revolution.

6. Der Mißbrauch der Kommunistischen Internationale als Hilfswerkzeug für die Ausfechtung der Fraktionskämpfe innerhalb der kommunistischen Partei der Sowjet-Union, die Unterordnung aller Fragen der revolutionären Bewegung in den einzelnen Ländern unter die Bedürfnisse des Fraktionskampfes der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union.

7. Die bürokratische Auslese der Führungen der Sektionen der Komintern nach dem Gesichtspunkt der unbedingten Ergebnislichkeit für die jeweilige herrschende Fraktion der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union und ihre jeweiligen Häupter.

8. Die Unterdrückung jeder Kritik der internationalen Führung und jeder wirklichen Kontrolle durch die Sektionen, national wie international, ihre Ausschaltung von jeder wirklichen Mitbestimmung in der internationalen Führung und jeder Selbstbestimmung in der eigenen Partei.

Die internationale Führung verwandelte sich so in eine völlig versagende bürokratische Verwaltung durch die jeweiligen untergeordneten Organe der jeweils herrschenden Fraktion der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union.

Die Sektionen der Komintern wurden mechanisch im Kindheitsstadium zurückgehalten.

Alle die Elemente, die die revolutionäre Erfahrung in den einzelnen Sektionen verkörpern, wurden systematisch ausgestoßen und mit allen Mitteln niedergehetzt.

Die unbedingte Beherrschung der Führungen und der Funktionärapparate der einzelnen Sektionen wurde noch außerdem gesichert durch die völlige materielle Abhängigkeit dieser Apparate vom führenden Zentrum. Die bürokratische Ueberspannung des Zentralismus in der Komintern wirkt sich aus auf den wirklich notwendigen internationalen Zentralismus, den Zentralismus der Aktionen. Die Sektionen befassen sich nicht mehr gründlich mit internationalen Fragen. Um nicht wegen Abweichungen verfolgt zu werden, stimmen sie oft wider bessere Ueberzeugung den falschen Maßnahmen der Komintern zu. Die heutige Leitung der Komintern ist deshalb nur noch fähig, international Fraktionskämpfe zu führen, sie ist unfähig, internationale politische Mas-

senaktionen zu tun und, wo es notwendig ist, die Aktionen der einzelnen Sektionen zu aktuellen allgemeinen politischen Fragen international zu koordinieren.

193. FRAGE: *Wie muß der gegenwärtige Zustand der Kommunistischen Internationale geändert werden, wenn die Krise überwunden werden soll?*

ANTWORT: 1. Das Monopol der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union in der Führung der Kommunistischen Internationale ist ein Hemmnis geworden, ist überholt. Es muß fallen. Die Kommunistische Partei der Sowjet-Union kann nicht mehr die alleinige Führerin der Kommunistischen Internationale sein, sondern nur noch die Erste unter Gleichen.

Diese Stellung sichert ihr die Tatsache, daß sie die einzige Partei ist, die die Macht in einem proletarischen Staate ausübt. Nicht weniger gebührt ihr, nicht mehr ist mit der Erhaltung und dem Fortschritt der internationalen kommunistischen Bewegung vereinbar.

2. Die Führung der Kommunistischen Internationale muß eine wirklich kollektive internationale Führung werden, in der die Erfahrungen ihrer einzelnen Sektionen zur Geltung kommen und durch kollektive Arbeit vereinheitlicht werden. Das normale Mittel der internationalen Einwirkung auf die nationalen Sektionen soll die kameradschaftliche Hilfe und nicht der bürokratische Stockprügel oder die fraktionelle Hetze sein.

3. Die Fragen der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union müssen in der Internationale diskutiert werden. Aber sie müssen aufhören, das einzige und ausschließliche Kriterium der revolutionären Qualität zu sein. An erster Stelle stehen müssen die Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung selbst.

4. Bei der Herausarbeitung der spezifischen Fragen der einzelnen Länder muß den Parteien dieser Länder die wichtigste und führende Rolle zufallen. Der Führung der Kommunistischen Internationale fällt die oberste und letzte Entscheidung auch in diesen Fragen zu. Sie hat darauf zu achten, daß sie sich im Rahmen der Grundsätze des Kommunismus und der taktischen Hauptsätze bewegen. Aber die internationale Führung darf die Selbsttätigkeit der Kommunistischen Parteien auf diesen Gebieten weder ersetzen noch unterdrücken wollen.

5. Die Voraussetzungen für eine solche Reform der Kommunistischen Internationale, die ihr ermöglicht, die Aufgaben zu erfüllen, die durch die zweite Etappe der proletarischen Revolution gestellt werden, sind:

a) Die Unterwerfung der internationalen Führung unter die laufende Kritik und die wirkliche Kontrolle der Sektionen und zwar durch die Masse der Mitglieder.

b) Die Wahl der Leitungen der einzelnen Sektionen ausschließlich von unten durch die Mitgliedschaft; ebenso kann die Wahl der

Delegierten zu den internationalen Kongressen nur von unten durch die Mitgliedschaft nach ausgiebiger und freier Diskussion der zu behandelnden Fragen erfolgen.

- c) Zusammensetzung der Exekutive aus den reifsten, kritischsten und selbständigsten Kräften der einzelnen Sektionen. Die Funktionäre der Exekutive sollen aus solchen Genossen zusammengesetzt sein, die die internationale Arbeiterbewegung oder große Teile von ihr aus eigener Anschauung und Mitarbeit kennen.

194. FRAGE: *Wie kann diese notwendige Reform der Kommunistischen Internationale verwirklicht werden?*

ANTWORT: Nicht von oben, sondern von unten; nur durch den Kampf um die Herausbildung reifer Parteien in den einzelnen Sektionen.

195. FRAGE: *Soll die internationale Kommunistische Opposition sich zusammenschließen und auf welcher Grundlage?*

ANTWORT: Dieser Zusammenschluß ist eine Notwendigkeit. Er kann nur erfolgen auf einer einheitlichen Plattform, auf Grund einheitlicher Auffassungen in allen wesentlichen Fragen der Taktik und Strategie des Kommunismus.

Dieser Zusammenschluß soll in sich die Kräfte zur Erneuerung der Kommunistischen Internationale vereinigen. Er soll kein Ersatz für die Kommunistischen Internationale, kein Ansatz für eine neue Kommunistische Internationale sein. Er soll vor allen Dingen nicht die monopolistische Herrschaft einer Sektion über die andere reproduzieren, sondern der kollektiven Klärung der Fragen der internationalen Bewegung der gegenseitigen kameradschaftlichen Hilfe bei ihrer Lösung dienen. Der tatsächliche internationale Zusammenschluß der Kommunistischen Opposition ist auf der Grundlage der internationalen Plattform auf der 1. internationalen Konferenz der Kommunistischen Opposition im Dezember 1930 zu Berlin erfolgt. Sie nennt sich: „Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition.“

196. FRAGE: *Welches sind die organisatorischen Grundsätze der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)?*

ANTWORT: Die organisatorischen Grundsätze der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) sind die des Kommunismus: d. h. des demokratischen Zentralismus. Die Parteidisziplin der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) muß den strengsten Anforderungen der kommunistischen Disziplin entsprechen.

SACHREGISTER

(Die Zahlen g-ben die Nummern der Fragen an)

Abbau der Sozialpolitik:	47, 139	Bürokratismus, staatlicher:	67
Abrüstung:	36, 117	innerparteilicher:	186, 192
Absetzbarkeit der Richter:	143	Chemische Industrie und Krieg:	37
Absterben des Staates:	2	China:	21, 22, 27, 28
Abwehrorganisationen, proletarische:	132, 181	Deflation:	49
Agrarkrise:	20, 54	Demokratie, bürgerliche:	6, 26, 38—44, 46, 54, 123 ff.
Allgemeine Wehrpflicht:	75, 129, 138	— proletarische:	67, 123
Anarchische Wirtschaftsweise:	2, 15	— innerparteiliche:	186, 190
Anarchisten:	161, 164	Demokratische Rechte:	123, 124
Angestellte:	52, 73	Demokratischer Zentralismus:	2, 3, 190, 196
„Antikriegspakte“:	28, 117	Deutscher Imperialismus: (Siehe Imperialismus)	
Arabien:	27	Deutschnationale:	53
Arbeiteraristokratie:	40, 43, 59, 170, 171, 172	Dezentralisation:	64
Arbeiterkontrolle der Produktion:	78, 106, 109, 113, 118, 166, 174, 175.	Diktatur des Proletariats:	2, 38, 67
Arbeiterräte, politische:	38, 78, 106— 108, 110—112, 142, 151	Disziplin:	3, 190, 192, 196
Arbeitersport:	132, 179—182	Doppelregierung:	38
Arbeiter- u. Bauernregierung:	114	„Dritte Periode“:	25
Arbeitsgemeinschaft mit dem Unter- nehmertum:	6, 154, 155, 157, 179	Einheitsfrontorgane:	87, 151
Arbeitslosigkeit:	20, 50, 153	Einheitsfronttaktik:	88—92, 95—98, 132
Aufbau des Sozialismus:	2, 25, 38, 67, 116, 192	Einheitsstaat:	126—128
Aufrüstung, imperialistische:	36, 58	Eroberung der Gewerkschaften:	162
Aufteilung der Welt:	10	Eroberung der Mehrheit:	82, 83, 97, 98, 145
Außenhandelsmonopol:	68	Erwerbslosenkampf:	174
Außenpolitik:	6, 115 ff.	Exekutive der Kl:	193
Beamte:	73	Extraprofiten:	12—14, 51
Betriebsräte:	109, 113, 118, 175	Faschismus:	18, 26, 44—49, 53, 54, 123, 130, 132, 142, 178, 181
Betriebsrätegesetz:	175	Finanzkapital:	10, 11
Betriebszellenorganisation:	186, 190	Fractionskampf:	186, 192
Bewaffneter Aufstand:	2, 78, 81, 120	Frauen, ihre Gewinnung:	145
Bewaffnung der Arbeiter:	131	Führermonopol der KPdSU:	192
Bürgerkrieg:	2, 26, 67, 120	Führerrolle der Partei:	2, 98, 114, 151
Bürgerkriegsvorbereitungen der Konter- revolution:	132	Genossenschaften: (Siehe Konsumgenossenschaften)	
Bürgerliche Arbeiterpartei:	6	Geschäftsgeheimnis:	175
Bürgerliche Demokratie: (Siehe Demokratie):		Gewaltanwendung:	2, 6, 26, 99
Bürgerlich-demokratische Republik: (Siehe Parlamentarische Republik)		Gewerkschaften:	146—175
Bürgerliche Revolution in Deutschland:	62	Gewerkschaftseinheit:	160, 161
Bürgerlicher Staat sein Wesen:	2	Gewerkschaftsfaktionen:	168
— und S.P.D.:	6, 59, 154	Gewerkschaft u. Partei, Unterschiede:	161
Burgfrieden:	155		

Gleichberechtigung der Frau:	67
Großbauern:	69, 71
Großgrundbesitzer:	71, 74
Handelsflugwesen:	37
Hohenzollernmonarchie:	40
Imperialismus:	9, 10, 19, 20, 27, 117, 121
— deutscher:	31—37, 65
Imperialistischer Krieg:	18, 26—30, 36, 115, 117, 119, 120, 132
Indien:	22, 27
Industrielle Reservearmee:	
(Siehe Arbeitslosigkeit)	
Industrieverbände:	148, 175
Inflationskrise:	21, 45, 49
Intellektuelle:	48, 71, 73
Internationale Plattform der KPD:	195
Internationale Solidarität:	2
Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition:	195
Jugendliche Arbeitskräfte:	51
Jugendorganisation:	144
Junkertum:	40
Kampfmittel der Gewerkschaften:	147
Kapitalexport:	10
Kapitalsoffensive:	53, 60
Kartelle und Syndikate:	11, 153
Kelloggpaakt: (Siehe Antikriegspakte)	
Klassenharmonie des Reformismus:	6, 154, 157
Klassenjustiz:	143
Klassenlose Gesellschaft:	2
Kleinbauern:	69, 73
Kleinbürgertum:	40, 42, 43, 45, 49, 54, 129
Koalitionspolitik:	6, 38, 54, 57, 59, 60, 179
Kollektive Führung:	193
Kollektivierung der Landwirtschaft:	67, 69
Kolonien und Halbkolonien:	20, 27, 33, 115
Kommandostellen, militärische:	40, 134
Kommunalbetriebe:	142
Kommunalpolitik:	142
Kommunistische Grundsätze:	2
Kommunistische Internationale:	2, 158, 191 ff.
Kommunistische Opposition:	1—8, 188, 189, 195, 196
— als Organisation:	4
— ihr Ziel:	5
— Grundlagen ihrer taktischen Anschauungen:	8
— Unterschied von der KPD:	1, 3

— Grundsätzliche Unterschiede von der SPD:	6, 7
— Internat. Zusammenschluß:	195
— Organisationsprinzip:	196
Kommunistische Partei:	2, 61, 81, 83, 96, 132, 161, 184 ff.
Kompromisse:	93, 96
Konkurrenz:	15, 153
Konsumgenossenschaften:	142, 176, 177
K.P.d.S.L.:	192, 193
Kriegsdienstverweigerung:	122
Kriegsgefahr:	27 ff., 117, 119
Kriegskommunismus:	25
Kriegskreditbewilligung (S. Wehretat)	
Kriegsschulden:	70, 121
Kriegstribute:	20
Kriegsvorbereitungen:	28, 29, 36, 37, 117
Krise des Parlamentarismus:	53
Leninismus:	3, 8, 10, 158, 159
Linke SPD:	59, 100
Locarnovertrag: (S. „Antikriegspakte“)	
Lohnabbau:	47
Lohngesetz:	150
Lumpenproletariat:	48, 51
Machtkampf:	78, 98, 101, 113, 157, 185
Marxismus, revolutionäres:	6
Milizheer:	135, 138
Mittelbauern:	73
Mittelschichten:	73, 74
(Siehe auch Kleinbürgertum)	
Monopolkapital:	11—18, 20, 31, 32, 39, 41, 43, 45, 51, 53, 71, 74, 113, 126, 153, 154
Nachkriegskrise:	21
Nationalsozialisten: (Siehe Faschismus)	
Niedergangsperiode des Kapitalismus:	19, 20, 26
Niederländisch-Indien:	27
Novemberrevolution:	38
Nurgewerkschaftlicher Kampf:	150, 152, 153
Objektive Voraussetzungen der Revolution:	80
Organisationsmonopol:	26
Organisierte:	85, 92, 161, 168, 169
Panzerkreuzerbau:	28, 58
Parlamentarische Republik:	38—43, 123 ff.
Partei und Richtung:	4
Partikularismus:	64, 126, 127
Pazifismus:	28, 117
Politischer Massenstreik:	164—166
Preisfall, durch Monopole gehemmt:	17
Preisunterbietung:	14

Presse:	40
Produktionskapazität:	20
Produktionskontrolle: (Siehe Arbeiterkontrolle der Produktion)	
Proletarische Demokratie: (Siehe Demokratie)	
Proletarische Revolution:	44, 121, 151, 152, 192
— in Deutschland:	62—83, 185
Proletarischer Staat: (S. Räterepublik)	
Propaganda, revolutionäre:	84, 94, f., 120, 124
Putschismus:	25, 114
Räterepublik:	2, 44, 62—70, 123, 142, 192
Rätestaat: (Siehe Räterepublik)	
Rationalisierung:	50—52, 153
Reformen:	94, 125
Reform der KI:	193, 194
Reformismus:	26, 28, 60, 94, 98, 99, 154 ff.
Reichswehr:	37, 58, 129
Rentnerschichten, kapitalistische:	20
„Rote Betriebsräte“:	175
„Roter Imperialismus“:	116
Roter Frontkämpferbund	132
Rüstungskontrolle:	118
Schiedsgerichte:	117
Schlichtungswesen:	154, 157, 173
Schupo:	130
Selbstbestimmungsrecht, nationales:	64, 65, 115, 121
Selbstverwaltung, kommunale:	125, 127, 142
— in der Sozialpolitik:	140
Soldatenräte:	38, 106, 112, 137
Sowjet-Union:	2, 20, 21, 25, 27, 28, 34, 38, 66, 75, 76, 115, 116, 192, 193
Sozialdemokratie:	6, 55—61, 98—100, 179
„Sozialfaschismus“:	60
Sozialistischer Aufbau: (Siehe Aufbau des Sozialismus)	
Sozialpolitik:	139, 140
Sportbewegung, bürgerliches	178
Sport und Kriegsvorbereitung:	37
— proletarische: (S. Arbeitersport)	
Staat:	2, 67
Stabilisierung d. Kapitalismus, relative:	21, 22, 31, 45, 49—52
Stahlhelm:	53
Steuer- und Zollpolitik:	141
Streikleitungen:	168

Subjektive Voraussetzungen der Revolution:	81—83
Syndikalismus:	151

Tageskämpfe:	77, 84, 87, 90, 162, 185
Taktik und Grundsätze:	1, 5
Tarifverträge:	154
Tolerierung:	6
Trusts:	11, 20, 32, 113, 153
Türkei:	27

Überleitung des wirtschaftlichen Kampfes in den politischen:	165, 175
Übergangslösungen:	83, 89, 101 ff., 166
Ultraimperialismus:	15
Ultralinke Taktik:	54, 164, 186
Ungleichmäßigkeit der Entwicklung:	15, 21, 26
Unorganisierte:	92, 161, 168, 169
Unternehmerverbände:	153
Unterordnung unter die Internationale:	2, 193

Vaterlandsverteidigung:	59
Völkerbund:	28, 117
„Verankerung der Räte in der Verfassung“:	2
Versailler-Vertrag:	33, 70, 115, 121, 129
Verselbständigung der Exekutivgewalt:	26, 44
Verstaatlichung:	68
Volksbeauftragten, Regierung der:	38

Wehretat:	136
Wehrformen:	135, 138
Wehrfrage:	129, 133 ff.
Wehrmacht, proletarische:	79
Werksportvereine:	178
Weibliche Arbeitskräfte:	51
Weltkrieg (1914—1918):	19, 27
Weltrevolution:	21—23, 30
Wertgesetz:	14, 150
„Wilde“ Streiks:	167, 168
Wirtschaftsdemokratie:	113, 154
Wirtschaftskrisen:	15—18, 23, 24, 43, 113
Wucher des Monopolkapitals:	20, 175

Youngplan:	35, 70
-------------------	--------

Zentralisation:	64, 68, 127
Zentralismus: (S. demokratischer Zentralismus)	
Zentrismus: (Siehe Linke SPD.)	
Zerspaltung Europas:	66
Zwangsschlichtungswesen: (S. Schlichtungswesen)	





**GESELLSCHAFT
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS
DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.
Postfach 150247 · 2800 Bremen 15
Postscheck Hamburg Nr. 41 0077-205**